

**8. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 24. Juni 2010
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 21.30 Uhr**

Anwesend sind: 37 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Daniel Dähler, 3. Nadja Fleischli, 4. Thomas Frey, 5. Daniel Probst,
6. Andreas Schibli, 7. Christian Wüthrich, 8. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Corinne Bader, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Huguette Meyer Derungs, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Daniel Schneider,
9. Luzia Stocker Rötheli, 10. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling,
5. Roland Rudolf von Rohr

Evangelische Volkspartei Olten:

1. René Steiner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Theo Schöni, 4. Patrick Weibel, 5. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Markus Flury, 3. André Kappeler, 4. André Köstli, 5. Christian Werner,
6. Marc Winistörfer, 7. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Cematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Franco Giori, Leiter Sicherheitsdienste
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Markus Sieber, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Alexandra Kämpf
Urs Knapp
Stefan Nünlist
Dr. Max Pfenninger
René Wernli
Dr. Markus Ammann
Thomas Marbet
Dr. Arnold Uebelhart
Marcel Steffen
Armand Weissen
Stephan Hodonou
Stephan Fröhlicher
Anita Huber

Vorsitz: Roland Rudolf von Rohr

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Gemeindeparlament/Demission
3. Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Demission und Ersatzwahl
4. Altstadtkommission/Demission
5. Rechnungsprüfungskommission/Demission
6. Schulkommission/Demissionen und Ersatzwahl
7. Kommission für Stadtentwicklung/Demissionen und Ersatzwahl
8. Zweckverband Abwasserregion/Demission Ersatz-Delegierter
- * 8a Dringliche Motion SP betr. Parkleitsystem/Frage der Dringlichkeit
- * 8b Dringliches Postulat Nadja Fleischli (FdP) betr. Mozartstele/Frage der Dringlichkeit
9. Einwohnergemeinde Olten, Rechnungen und Verwaltungsberichte 2009/Genehmigung
10. Rechtsdienst, Pensenerhöhung auf 100%/Genehmigung
11. Kanalspülfahrzeug, Ersatzanschaffung/Kreditbewilligung
12. Uferweg Gösgerstrasse, Gesamtsanierung/Projekt- und Kreditbewilligung
13. Bornfeld, Erschliessung, Vorziehen 2. und 3. Ausbaustappe/Kreditgenehmigung
14. Neuer Kinderhort/Aufnahme in städtische Leistungsvereinbarung und Nachtragskredit
- * 14a Dringliches Postulat Nadja Fleischli (FdP) betr. Mozartstele/Beantwortung

15. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - ** 15.1. Motion Andreas Schibli (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Ladenstruktur (eingereicht am 18.11.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.2. Durchgangsverkehr im Sälquartier stoppen (eingereicht am 17.12.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.3. Motion Daniel Schneider und Luzia Stocker (SP) betr. Sperrung Tannwaldstrasse-Süd (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.4. Postulat Andreas Schibli (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Spielplatzgeräte in der Stadt Olten (eingereicht am 17.12.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.5. Postulat Patrick Weibel (GO) und Mitunterzeichnende betr. Steigerung der energetischen Grüngutnutzung (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.6. Postulat Thomas Marbet (SP) und Mitunterzeichnende betr. ehemaliger Kapo-Posten (eingereicht am 25.03.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - *** 15.7. Interpellation Marcel Steffen (CVP/EVP/GLP) und Mitunterzeichnende betr. „ERO in Olten“ (eingereicht am 18.11.2009/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.8. Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Burka“ (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 20.05.2010)
 - ** 15.9. Motion Daniel Probst (FdP) und Huguette Meyer (SP) und Mitunterzeichnende betr. Prüfung und Anpassung der Vorgaben für die Nutzung des öffentlichen Raums durch Gastronomie- und Gewerbebetriebe (eingereicht am 20.05.2010/neu traktandiert)
 - *** 15.10. Interpellation Urs Knapp (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Pensionskasse der Stadt Olten (eingereicht am 17.12.2009/neu traktandiert)
 16. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2010/11
 17. Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten
- * Ergänzung der Traktandenliste
 ** aus Zeitgründen nicht behandelt
 *** verschoben

* * *

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Ich begrüsse alle, die hier sind, recht herzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse auch die Stadträtin und die Stadträte sowie unsere Gäste und die Pressevertreter. Für mich ist es die letzte Sitzung als Parlamentspräsident, und es ist wirklich etwas schade, dass es so zäh war, bis wir überhaupt beschlussfähig waren. Deshalb noch ein Appell, falls ich als fast abtretender Präsident noch etwas sagen darf: Bemüht Euch doch, die Termine einzuhalten.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/5

Prot.-Nr. 105

Wahl Ersatzstimmenzähler

Als Ersatzstimmenzähler für Thomas Marbet und René Wernli sind von der SP Lukas Derendinger und von der FdP Daniel Dähler nominiert.

Beschluss

Einstimmig werden Lukas Derendinger und Daniel Dähler als Ersatzstimmenzähler gewählt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Mitteilungen

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr:

Zusatzinformation Bornfeld

Die von der GPK verlangte Zusatzinformation zu Geschäft 13, Erschliessung Bornfeld, liegt auf Euren Tischen vor.

* * *

Traktandenliste

Das Geschäft 15.7 des Interpellanten Marcel Steffen betr. ERO ist wegen Abwesenheit abgesetzt, ebenso das Geschäft 15.10 von Urs Knapp betr. Pensionskasse. Trotzdem haben wir noch eine happige Traktandenliste, und wir versuchen, so weit als möglich zu kommen. Mein Ziel ist aber, um 20.30 Uhr, spätestens um 21.00 Uhr, fertig zu sein, damit wir den traditionellen Schlussembiss, der wieder einmal auf der Stadthaustrasse stattfinden kann, geniessen können.

* * *

Abstimmung vom 13. Juni 2010 (Attraktivierung Innenstadt Olten)

Das Protokoll liegt vor. Es wurden keine Beschwerden eingereicht. In diesem Sinne ist die Abstimmung gültig.

* * *

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 18./19. November 2009, 17. Dezember 2009 und 28. Januar 2010 sind vom Büro am 9. Juni 2010 definitiv genehmigt worden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Volksmotion Olten betr. Kronenplatz mit 249 gültigen Unterschriften
- Motion Anna Engeler (GO) und Myriam Frey (GO) betr. Fussball
- Postulat SP-Fraktion betr. attraktivere Innenstadt: Für eine rasche Realisierung des Museenneubaus
- Dringliches Postulat Nadja Fleischli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Olten gehört ab dem 28. September 2010 offiziell zum Schweizer Mozartweg
- Dringliche Motion SP-Fraktion betr. sofortige Umsetzung eines Parkleitsystemes
- Dringliche Motion Marcel Buck (SVP) betr. Reformitis in der Stadtpolizei stoppen. Die Motion ist leider zu spät eingetroffen ist. Über die Dringlichkeit werden wir im September befinden.
- Motion Daniel Dähler (FdP) und Mitunterzeichnende betr. Neubau Kunstmuseum und Erweiterung Naturmuseum mit städtischer, kantonaler und privater Unterstützung
- Postulat Simon Haller (GLP), Fraktion CVP/EVP/GLP und Mitunterzeichnende betr. Kunstmuseum

Marcel Buck: Obwohl der Vorstoss nur 45 statt 48 Stunden vorher, wie in der Gemeindeordnung des Gemeindeparlamentes Artikel 63 steht, eingereicht worden ist, habe ich mir aufgrund der Wichtigkeit eigentlich schon gewünscht, dass sie trotzdem noch angenommen würde. Die Umstände respektive die Grundlage für die Motion sind aber leider auch relativ vorgelegen. Deshalb akzeptiere ich selbstverständlich den Entscheid des Präsidenten und werde die Motion im September vielleicht mit etwas mehr Gründen noch einmal einreichen. Wünschenswert wäre allerdings, dass mit der weiteren Umsetzung der angesprochenen Projekte bis dann zugewartet würde, einerseits um unnötige Kosten und andererseits zu verhindern, noch mehr Polizistinnen und Polizisten zu verlieren.

* * *

Totenehrung

Am 16. Juni 2010 ist Urs Zwick im Alter von 71 Jahren verstorben. Er war von 1973 bis 1977 Gemeinderat und hat nachher nicht weniger als 12 Jahre als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission gewirkt.

Gestern ist René Wernli, der Vater unseres Büromitgliedes René Wernli, verstorben. Er war in den Jahren 1981 bis 1989 ebenfalls Gemeinderat. Wir sind alle betroffen, und ich habe im Namen des Parlamentes René Wernli bereits kondoliert.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Mitteilung Büro betr. Leserbrief Felix Wettstein

In seinem Leserbrief unter dem Titel „Zu früh abgestimmt – es gibt ein Gegenmittel“ vom 5. Juni 2010 schreibt Felix Wettstein unter anderem: „Dann musst Du jetzt zwei Bekannte finden, die sich auch aufrufen, ein entschlossenes Nein auf ihren Stimmzettel zu setzen. Unterschreiben müssen sie selber. Aber vielleicht nimmst Du ihnen den Gang zum Stadthausbriefkasten oder das Porto ab.“ Das Büro macht Felix Wettstein darauf aufmerksam, dass diese Wortwahl brisant ist, denn gemäss Artikel 282 des Strafgesetzbuches macht sich wegen Stimmenfang schon strafbar, wer in grösserer Anzahl Stimmzettel einsammelt. Juristische Auskünfte haben aber ergeben, dass Felix Wettstein nicht eigentlichen Stimmenfang betrieben hat, aber möglicherweise Mitbürgerinnen und Mitbürger zu diesem Tatbestand aufgerufen hat. Weil Felix Wettstein den Leserbrief als Gemeinderat unterschrieben hat – das ist übrigens auch der Grund, weshalb das Büro aktiv geworden ist – könnten sich einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vorstellen, dass das Einsammeln von Stimmzetteln legitim ist. Das ist definitiv nicht so. Wenn dies jetzt mehrere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gemacht hätten, wäre eben auch noch der Tatbestand der grösseren Anzahl erfüllt, und dann wäre es wirklich strafbar. Das Büro des Gemeindeparlamentes findet dieses Verhalten für einen Gemeinderat unwürdig und rügt Felix Wettstein. Das Parlamentsbüro verlangt von ihm, dass er inskünftig auf solche problematischen Aufrufe verzichtet.

Mitteilung an:
Kanzleiakten (3)

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 106

Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 10. Juni 2010 gibt André Kappeler (SVP) seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament per 31. Juli 2010 bekannt.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von André Kappeler (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Mehrheitlich (2 Enthaltungen) wird die Demission von André Kappeler (SVP) genehmigt.

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Einige Mitglieder der SVP sind aus verständlichen Gründen dagegen. Ich wünsche Dir alles Gute für die Zukunft. Wir haben zudem eine Demission, die wir heute noch nicht genehmigen können, weil sie etwas zu spät eingetroffen ist. Ich möchte es aber trotzdem erwähnen. Es ist René Steiner aus unserer Fraktion. Er hat seinen Rücktritt aus beruflichen Gründen erklärt. Wir haben auch hier Verständnis dafür. Die Genehmigung wird dann aber erst in der September-Sitzung erfolgen. Ich habe es aber bereits gesagt, damit wir uns von René Steiner verabschieden können. Auch ihm besten Dank für seine Arbeit.

Mitteilung:
Herrn André Kappeler, Hübeli 18, 4618 Boningen
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/8

Prot.-Nr. 107

Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen/Demission und Ersatzwahl

Für die Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Heidi Huber (FdP) hat beim Parteipräsidium ihren Rücktritt als Mitglied der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen mündlich mitgeteilt.

Als Ersatz für Heidi Huber schlägt die FdP Nadja Fleischli als neues Mitglied der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen zur Wahl vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Heidi Huber (FdP) und die Ersatzwahl von Nadja Fleischli (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Die Demission von Heidi Huber (FdP) und die Ersatzwahl von Nadja Fleischli (FdP) werden genehmigt.

Mitteilung:

Frau Heidi Huber, Solothurnerstrasse 70, 4600 Olten
Frau Nadja Fleischli, Käppelistrasse 62, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Soziales
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/9

Prot.-Nr. 108

Altstadtkommission/Demission

Für die Altstadtkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 10. Juni 2010 reicht André Kappeler (SVP) seinen Rücktritt aus der Altstadtkommission per 31. Juli 2010 ein.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von André Kappeler (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Die Demission von André Kappeler (SVP) wird genehmigt.

Mitteilung:
Herrn André Kappeler, Hübeli 18, 4618 Boningen
Baudirektion
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/7

Prot.-Nr. 109

Rechnungsprüfungskommission/Demission

Für die Rechnungsprüfungskommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 10. Juni 2010 reicht Nicole Kappeler (SVP) ihren Rücktritt aus der Rechnungsprüfungskommission per 31. Juli 2010 ein.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Nicole Kappeler (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Nicole Kappeler (SVP) genehmigt.

Mitteilung:
Frau Nicole Kappeler, Hübeli 18, 4618 Boningen
Direktion Finanzen und Informatik
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/20

Prot.-Nr. 110

Schulkommission/Demissionen und Ersatzwahl

Für die Schulkommission sind drei Demissionen und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 20. März 2010 reicht Livia Schmid (GPS) den Rücktritt als Mitglied der Schulkommission ein.

Mit Schreiben vom 20. Mai 2010 reicht Laetitia Wüthrich (FdP) den Rücktritt als Mitglied der Schulkommission ein.

Mit Mail vom 10. Juni 2010 reicht Nicole Kappeler (SVP) den Rücktritt als Mitglied der Schulkommission ein.

Als Ersatz für Livia Schmid schlägt die GPS Sandra Näf-Frei als neues Mitglied der Schulkommission vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Livia Schmid (GPS), Laetitia Wüthrich (FdP) sowie Nicole Kappeler (SVP) und die Ersatzwahl von Sandra Näf-Frei (GPS) zu genehmigen.

Luzia Stocker Rötheli: Drei gleichzeitige Demissionen aus der Schulkommission geben uns doch zu denken. Wir hoffen, das hat keinen weiteren Grund. Wenn dies aber im Zusammenhang mit der ungeklärten Rolle und Aufgaben der Schulkommission stehen sollte, denken wir, dass sicher dringender Handlungsbedarf besteht, hier eine Klärung vorzunehmen.

Beschluss

Die drei Demissionen werden einstimmig in globo genehmigt.

Felix Wettstein: Die GPS gibt es in der Stadt Olten nicht, sondern Grüne.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Sandra Näf-Frei (GO) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Livia Schmid, Industriestrasse 20, 4600 Olten

Frau Laetitia Wüthrich, Weingartenstrasse 65, 4600 Olten

Frau Nicole Kappeler, Hübeli 18, 4618 Boningen

Frau Sandra Näf-Frei, Schöngrundstrasse 27, 4600 Olten

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Direktion Bildung und Sport

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/22

Prot.-Nr. 111

Kommission für Stadtentwicklung/Demissionen und Ersatzwahl

Für die Kommission für Stadtentwicklung sind zwei Demissionen und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 10. Juni 2010 reicht André Kappeler (SVP) seinen Rücktritt aus der Kommission für Stadtentwicklung per 31. Juli 2010 ein.

Mit Mail vom 10. Juni 2010 reicht Theo Schöni (Grüne) seinen Rücktritt aus der Kommission für Stadtentwicklung rückwirkend per Ende Mai 2010 ein

Als Ersatz für Theo Schöni schlagen die Grünen Myriam Frey als neues Mitglied für die Kommission für Stadtentwicklung vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von André Kappeler (SVP) und Theo Schöni (Grüne) sowie die Ersatzwahl von Myriam Frey (Grüne) zu genehmigen.

Beschluss

Die Demissionen von André Kappeler (SVP) und Theo Schöni (Grüne) werden grossmehrheitlich genehmigt.

Beschluss

Die Ersatzwahl von Myriam Frey wird genehmigt.

Mitteilung:

Herrn André Kappeler, Hübeli 18, 4618 Boningen
Herrn Theo Schöni, Blumenweg 33, 4600 Olten
Frau Myriam Frey, Tellstrasse 24, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Stadtpräsidium
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/34

Prot.-Nr. 112

Zweckverband Abwasserregion/Demission Ersatz-Delegierter

Für den Zweckverband Abwasserregion ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 10. Juni 2010 reicht André Kappeler (SVP) seinen Rücktritt als Ersatz-Delegierter im ZV Abwasserregion per 31. Juli 2010 ein.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von André Kappeler (SVP) zu genehmigen.

Beschluss

Die Demission von André Kappeler (SVP) wird genehmigt.

Mitteilung:
Herrn André Kappeler, Hübeli 18, 4618 Boningen
Baudirektion
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 113

Dringliche Motion Daniel Schneider (SP-Fraktion) betr. sofortige Umsetzung eines Parkleitsystems/Frage der Dringlichkeit

Daniel Schneider: Seit zehn Jahren verlangt das Parlament oder ist der Stadtrat willens, das Parkleitsystem in Olten einzuführen. Ich glaube, im Vorspann zum 13. Juni niemanden sagen gehört zu haben, es sei kein gutes Instrument, und man hat offenbar auch bereits Verhandlungen mit den privaten Parkhausbesitzern aufgenommen, die, wie mir mitgeteilt worden ist, auch etwas in Stocken geraten sind, weil der Verteiler nicht ganz klar ist. Würden wir zum Schluss kommen oder der Meinung sein, dass man diese Investition vollständig durch die Stadt übernehmen sollte, müssten dies die Leute, die verhandeln, ja jetzt wissen, weil es grundlegend andere Voraussetzungen sind. Das ist die Begründung der Dringlichkeit. Ich möchte aber gerne noch etwas anfügen. Martin Wey hat mich bereits orientiert, dass der verlangte Zeitraum von drei Monaten zur Erarbeitung einer Vorlage zu eng ist. Ich war der naiven Auffassung, das Projekt sein schon so weit, wenn man verhandelt. Das ist offenbar nicht so. Man könnte die Dringlichkeit trotzdem beschliessen, weil ich Euch später gemäss Artikel 64 des Geschäftsreglementes des Gemeindeparlamentes den Antrag stellen könnte, den Wortlaut zu verändern. Ich kann mir vorstellen, dass man das Wort drei durch eine grosse einstellige Zahl ersetzen könnte. Es geht eigentlich heute nicht darum, ob wir ein Parkleitsystem wollen oder nicht - ich glaube, hier sind wir uns schon einig – sondern wer heute mit den privaten Eigentümern verhandeln muss, soll wissen, ob die Stadt die Gesamtkosten übernimmt oder nicht. Ist die Dringlichkeit aus Eurer Sicht nicht gegeben, steht die Motion trotzdem im Raum, und die Leute, die verhandeln, wissen recht lange Zeit nicht, was ihre Grundlagen für eine Verhandlung sind. Ich bitte Euch aus diesem Grund, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich möchte mich eingehend zur Dringlichkeit äussern, weil meine Ausführungen zur Dringlichkeit auch die materielle Behandlung dieses Vorstosses beinhalten. Der Stadtrat stimmt dem Motionär zu oder ist gleicher Meinung, dass es sich beim Parkleitsystem um ein sehr berechtigtes Anliegen handelt, das im Vorfeld der Abstimmung mehrfach erwähnt wurde, dem auch – und dies soll an dieser Stelle ebenfalls bekannt gegeben werden – in der Vergangenheit nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wurde, aber das jetzt mit einer hohen Priorität behandelt wird und wo die Verhandlungen auch bereits aufgenommen wurden. Der Motionär erwähnt, dass bereits mehrfach der Auftrag erteilt wurde, ein solches Parkleitsystem zu bewirtschaften bzw. zu erarbeiten. Es hat im Jahr 2001 angefangen, und der letzte Vorstoss war derjenige meiner Kollegin Iris Schelbert. Die Motion wurde schliesslich im Jahre 2008 überwiesen. Der Stadtrat wurde aufgefordert, ein entsprechendes Reglement, eine Vorlage zu erarbeiten, wo die öffentlichen Parkhäuser und auch die öffentlichen Parkplätze auf beiden Stadtseiten abgedeckt werden sollen, und die Anzahl der jeweils noch freien Parkplätze angezeigt werden sollen. Das Parkleitsystem soll unabhängig vom Bau eines Parkhauses und auch möglichst rasch erstellt werden. Die entsprechenden Arbeiten für das Parkleitsystem laufen. Es hat sich in diesem Zusammenhang, als man es auch intensiver bewirtschaftet hat, gezeigt, dass der Zeitrahmen, den die neue Motion vorgeben will, sehr ehrgeizig ist, um nicht zu sagen zu ehrgeizig, um auch eine seriöse Vorlage und die Grundlagen erarbeiten zu können.

Unabhängig davon wer die Kosten für das Parkleitsystem trägt, geht es auch darum, die verschiedenen Betreiber von Parkhäusern für das Vorhaben zu gewinnen.

Es hat sich auch heraus gestellt, dass einzelne Parkhäuser nur sehr wenig öffentliche Parkplätze haben und eine andere Nutzung, zum Beispiel für Einkaufsläden bzw. für andere Bereiche der Nutzung, eher beschränkt zugänglich sind. Zudem stellt sich die Frage, wie weit am Samstag, Samstagabend, sowieso zu Abendzeiten und am Wochenende, die Parkhausbetreiber ihre Parkierungsanlagen zur Verfügung stellen wollen. In der Vorlage des Stadtrates betreffend Attraktivierung der Innenstadt Olten haben wir erwähnt, dass dem Parlament voraussichtlich Ende 2010 eine entsprechende Kreditvorlage unterbreitet werden soll. Das ist eigentlich auch, was der Motionär verlangt, so dass man bis Ende Frühjahr 2011 das Bauprojekt fertig hätte und man sich die Einführung im Sommer oder Herbst 2011 vorstellen könnte. Was die Investitionen und die Bauarbeiten anbelangt, rechnen wir mit ungefähr einem halben Jahr. Die Kosten für das Parkleitsystem betragen rund 1,9 Millionen Franken. In der Abstimmungsvorlage haben wir die entsprechende Zahl auch genannt. Man muss heute einfach sagen, dass die Rahmenbedingungen vielleicht nicht mehr die gleichen sind. Es steht nicht mehr das Parkhaus im Zentrum der Stadt, sondern es sind andere Parkierungen und auch Verkehrsabläufe in dieser Stadt zu berücksichtigen, so dass die Zahl von 1,9 Millionen Franken in diesem Sinne einmal eine Annahme ist und nicht einfach tel quel übernommen werden kann. Es zeigt sich auch, dass man sich durch die Neuausrichtung, die man bezüglich Innenstadt allenfalls angehen wird, Überlegungen machen muss, wie die Parkierungsanlagen, die der öffentlichen Hand gehören, spricht Munzingerplatz oder auch die Rötzmatt als solche bewirtschaftet werden müssen. Insbesondere im Stadtzentrum, zum Beispiel Munzingerplatz, stellt sich die Frage, inwieweit dort nachgerüstet und möbliert werden muss. Ein weiterer Punkt, der beachtet werden muss, ist die ganze Parktarifstruktur, wo wir gesagt haben, man möchte mit der Vorlage Attraktivierung Innenstadt selber einen einheitlichen Tarif bewirken. Das ist auch vom Tisch. Es ist eine Rahmenbedingung, die auch noch in die Überlegungen mit einbezogen werden muss. Zusammenfassend stellt der Stadtrat fest, dass das Anliegen des Motionärs als solches durchaus seine Berechtigung hat, er aber mit der geforderten Dringlichkeit ein schon lange bestehendes Anliegen nicht einfacher zum Lösen macht, sondern dass die ganz verschiedenen Rahmenbedingungen trotz allem auch nach dieser Abstimmung neu geklärt werden müssen und die ganzen Überlegungen halt noch mit der neuen Ausgangslage verfeinert werden müssen. Wir erachten die Dringlichkeit des Vorstosses selber als nicht gegeben. Er verlangt ja innerhalb von drei Monaten die sogenannte Realisierung, was wir als Stadtrat schlicht als nicht umsetzbar beurteilen, und es wäre unseriös, das Geschäft in dieser kurzen Zeitspanne auf den Weg zu geben. Deshalb ist der Stadtrat der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Sollte sie trotzdem bejaht werden, werden wir beantragen, dass die Motion nicht überwiesen werden soll, weil sie im Wortlaut, wie sie sich darstellt, nicht umsetzbar ist. Ich muss auch sagen: Wenn dann trotzdem die Meinung wäre, dass man hier irgendwelche Zeitrahmenfenster verändern soll, man etwas liberaler wird und die Abklärungen etwas länger dauern dürfen, stellt sich für den Stadtrat insbesondere auch die Frage, inwiefern dieser Vorstoss überhaupt motionsfähig ist, weil die laufenden Abklärungen noch die finanziellen Auswirkungen aufzeigen müssen. Von daher denke ich rein von der Verlässlichkeit des Auftrages, der hier in den Raum gestellt wird, dass, wenn überhaupt, höchstens ein Postulat der richtige Weg wäre. Aus diesen Überlegungen lehnt der Stadtrat die Dringlichkeit des Vorstosses ab.

Nico Zila: Daniel, ich möchte vorausschicken, dass Deine Schlussfolgerungen, es seien ohnehin alle für das Parkleitsystem, für uns Freisinnige etwas früh kommen. Wir haben die Kosten gehört. Das Wissen um diesen Betrag ist relativ neu. Ich glaube, der definitive Kosten-/Nutzen-Vergleich in dieser Frage ist noch nicht gemacht. Wir sind ein Stück weit erstaunt, dass die SP und auch Daniel als Vertreter eines Komitees, das auf den 3. Juli an den runden Tisch eingeladen wurde, dem an und für sich vorgreift und ein einzelnes Element, eine einzelne Massnahme im Innenstadtbereich isoliert und einfach vorzeitig heraus nimmt. Wir sind dafür, dem runden Tisch eine Chance zu geben, die alle möglichen

Lösungen auf den Tisch bringt, alle Leute an einen Tisch bringt, die etwas mitzureden haben, und sind gar nicht einverstanden damit, jetzt hier vorzugreifen. Wir sind auch sicher, dass die Parkhauseigentümer und –betreiber auch später um einen allfälligen Beitrag froh wären. Ich denke, in der Sache ist unsere Meinung, die Du verlangst, bis jetzt nicht gemacht. Aber aus den erwähnten Gründen sind wir gegen die Dringlichkeit.

Marcel Buck: Nachdem bei der Abstimmung vom 13. Juni vom Stimmvolk eigentlich zur Beibehaltung der momentanen Verkehrssituation klar ja gesagt wurde, sehen wir keinen Grund, die Motion dringlich zu erklären.

Daniel Schneider: Merci, Martin, für die ausführliche Beantwortung, die für die Begründung der Dringlichkeit unüblich lang ist. Du hast mich letztes Mal „gesüchelt“. Es war aber offenbar nötig. Ich bedauere, dass Ihr dies mit der Abstimmung vom 13. Juni in den Kontext stellt, muss aber auch sagen, dass es mich nicht ganz verwundert. Es geht um ein Sachgeschäft, und es ist tatsächlich so, dass die Verhandlungen mit den Parkhausbetreibern bedeutend einfacher von Statten gehen würden, wenn diese Voraussetzung schon geklärt wäre. Es geht hier nicht um 1,7, 1,9 oder 2,1 Millionen, sondern um die Bekundung des grundsätzlichen Willens, dass die Stadt Olten solche Kosten übernehmen kann. Das Parkleitsystem hatte noch nie etwas mit dem Abstimmungsprojekt zu tun. Es ist jetzt einfach noch als Nebenschauplatz hinein gerutscht. Ich denke, es wäre gut, wenn man dies emotional, was offenbar immer noch verknüpft ist, auch ein Stück weit trennen könnte. Ich werde hier als Mitglied der SP der Stadt Olten weiterhin Vorstösse einreichen. Nico, ob ich in einem anderen Komitee bin, spielt gar keine Rolle. Das sind etwas Verdauungsprobleme, die Du hier schilderst. Das musst Du selber lösen.

Beschluss

Mit 21 : 16 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 33/0

Prot.-Nr. 114

Dringliches Postulat Nadja Fleischli betr. „Olten gehört ab dem 28. September 2010 offiziell zum Schweizer Mozartweg“/Frage der Dringlichkeit

Nadja Fleischli: Bei diesem Vorstoss geht es um eine kleine feine Sache, die mit wenig Aufwand einen kulturellen Mehrwert nach Olten bringen könnte bzw. die in der Gesamtsicht eigentlich dazu dient, Mozart in der Schweiz ein Denkmal zu setzen. Die Dringlichkeit ergibt sich aus drei Aspekten. Der eine ist, dass die erste Anfrage 2005 beim Stadtrat eingegangen ist und bis heute keine Mozartstele steht, aber auch keine Entscheidung dagegen getroffen ist und auch nichts kommuniziert wurde. Weiter wirbt Olten Tourismus heute auf seiner Homepage mit diesem Mozartweg. Aber in Olten findet man nirgends eine solche Informations-tafel, die Einblick in das Leben Mozarts geben würde. Drittens wird die Konzertsaison immer mit einem Mozart-Konzert eingeweiht. Im September wird eine Mozart-Oper aufgeführt. Das wäre die nächste Gelegenheit, um eine solche Stele einzuweihen. Zudem sind in Aarburg und Schönenwerd solche Stelen bereits zu finden. Ganz kurz gesagt: Wenn man in Olten schon mit dem Mozart-Weg wirbt, gehört eine solche Informationstafel nach Olten und zwar eigentlich noch, bevor damit geworben wird oder jedenfalls auf den nächstmöglichen Zeitpunkt. Wenn eine Anfrage eingeht, ist sie zu prüfen, eine Entscheidung zu fällen, der auch zu kommunizieren ist. Darauf muss nicht fünf Jahre gewartet werden. Deshalb bitte ich Euch, die Dringlichkeit dieses kleinen Vorstosses zu unterstützen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte zwei Punkte zur Dringlichkeit aufgreifen. Erstens: Es ist tatsächlich so, dass 2005 an den Stadtrat heran getreten wurde. Der Stadtrat hat damals ganz klar abgelehnt. Der zweite Punkt ist das anstehende Konzert. Es handelt sich konkret um eine Aufführung von „Cosi fan tutte“ am 28. September. Der Stadtrat lehnt die Dringlichkeit ganz klar ab. Den ersten Grund habe ich bereits erwähnt. Der zweite Grund ist folgender: Im Stadttheater in Olten findet jedes Jahr sicher irgend einmal etwas von Mozart statt. Das kann nicht der Grund für die Dringlichkeit sein. Ich bitte um Verständnis. Der Stadtrat ist einstimmig für die Ablehnung der Dringlichkeit.

Christian Werner: Auch wir sehen überhaupt nicht ein, weshalb man diesen Vorstoss als dringlich erklären sollte. Weder eine Erwähnung auf einer Homepage, noch ein Konzert würde dies rechtfertigen. Ich glaube auch, wenn man jedem oder jeder, der oder die irgend einmal in seinem oder ihrem Leben durch Olten gereist ist und im Nachgang dazu etwas berühmter wurde, eine Stele widmen würde, sähe man wahrscheinlich bald vor lauter Stelen die Stadt Olten nicht mehr.

Luzia Stocker Rötheli: Wir stimmen der Dringlichkeit zu. Unserer Meinung nach sind die fünf Jahre genügend lang, um zu warten. Natürlich findet jedes Jahr ein Mozart-Konzert statt. Man kann auch noch die nächsten sechs, sieben Jahre abwarten. Aber ich denke, der Mozart-Weg macht immer wieder Schlagzeilen und wird auch immer wieder erwähnt. Das würde Olten gut anstehen, und ich denke, es ist ja nicht eine grosse Sache.

Beschluss

Mit 17 : 15 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 13/13

Prot.-Nr. 115

Einwohnergemeinde Olten, Rechnungen und Verwaltungsbericht 2009/Genehmigung

Dem Trend der Solothurner Einwohnergemeinden folgend, schliesst die Jahresrechnung 2009 der Stadt Olten mit einem Resultat deutlich über Budget ab, dies dank fortgesetzt guten Steuereinnahmen aus den Vorjahren. Ebenso erfreulich bleibt die gute Haushaltsdisziplin, schliessen doch auch 2009 viele Bereiche kostengünstiger ab als budgetiert.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen hiermit die Jahresrechnungen und den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 2009.

1. Resultatübersicht

Die Jahresrechnung der Stadt Olten schliesst auch 2009 erneut dank hohen Steuererträgen mit einem bemerkenswerten Überschuss von 16.770 Mio. Fr. ab. Das gute Ergebnis des Vorjahres wird also nahezu dupliziert. Auch die Erklärungen für den guten Abschluss sind mehrheitlich deckungsgleich wie im Vorjahr. Die Aussichten für die Zukunft sind aber stetigem Wandel unterworfen und zum jetzigen Zeitpunkt nur sehr schwer abschätzbar. Insbesondere die Auswirkung der Eurokrise auf die Schweizer Wirtschaft bleibt ein grosser Unsicherheitsfaktor für die nächsten Monate.

Steuerausfälle, insbesondere bei den Juristischen Personen, welche durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst werden, zeichneten sich für das Jahr 2009 ab und wurden soweit möglich berücksichtigt. Die ganze Wirkung, insbesondere durch die Verrechnung von Verlusten in den Steuerabschlüssen der nächsten Jahre, wird sich aber, je nach dem Tempo der wirtschaftlichen Erholung über eine längere Zeitspanne hinziehen. Weiterhin als positive Faktoren sind die gute Haushaltsdisziplin und der konsequente Schuldenabbau zu erwähnen.

Das Investitionsvolumen liegt zwar deutlich unter dem budgetierten Wert, liegt aber ein zweites Mal deutlich über den Durchschnittsinvestitionen der letzten Jahre und bildet den Übergang in eine lange Phase intensiver Investitionstätigkeit.

Sowohl das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit wie auch das operative Ergebnis vor Steuern haben die Budgetwerte um 1.520 Mio. bzw. um 3.021 Mio. Fr. unterschritten.

Gestufter Erfolgsausweis in Tausend Fr. (Erträge bzw. Resultatverbesserungen mit Vorzeichen '-')		Rechnung 2009	Budget 2009	Abweichung
A	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	95'008	94'424	584
30	Personalaufwand	49'349	48'410	939
31	Sachaufwand	17'918	18'193	-275
35	Entschädigungen Gemeinwesen	4'042	4'075	-33
36	Beiträge	22'353	22'578	-225
38	Einlagen in Spezialfinanzierungen	1'346	1'168	178
B	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	- 31'175	-29'071	-2'104
41	Regalien und Konzessionen	-107	-164	57
43	Entgelte	- 13'231	-13'291	60
45	Rückerstattungen	-5'938	-5'941	3
46	Beiträge für eigene Rechnungen	- 11'749	-9'675	-2'074
48	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-150	0	-150
C=A+B	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	63'833	65'353	-1'520
D	Ergebnis aus Finanzierung	6'254	7'746	-1'492
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	2'324	2'807	-483
33	Abschreibungen (Finanzaufwand)	9'869	9'395	474
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)	-5'939	-4'456	-1'483
E=C+D	Operatives Ergebnis vor Steuern	70'087	73'099	-3'012
40	Steuerertrag	- 86'857	-75'114	-11'743
F=E+40	Operatives Ergebnis nach Steuern	- 16'770	-2'015	-14'755

2. Vergleich mit den Budgetzielen

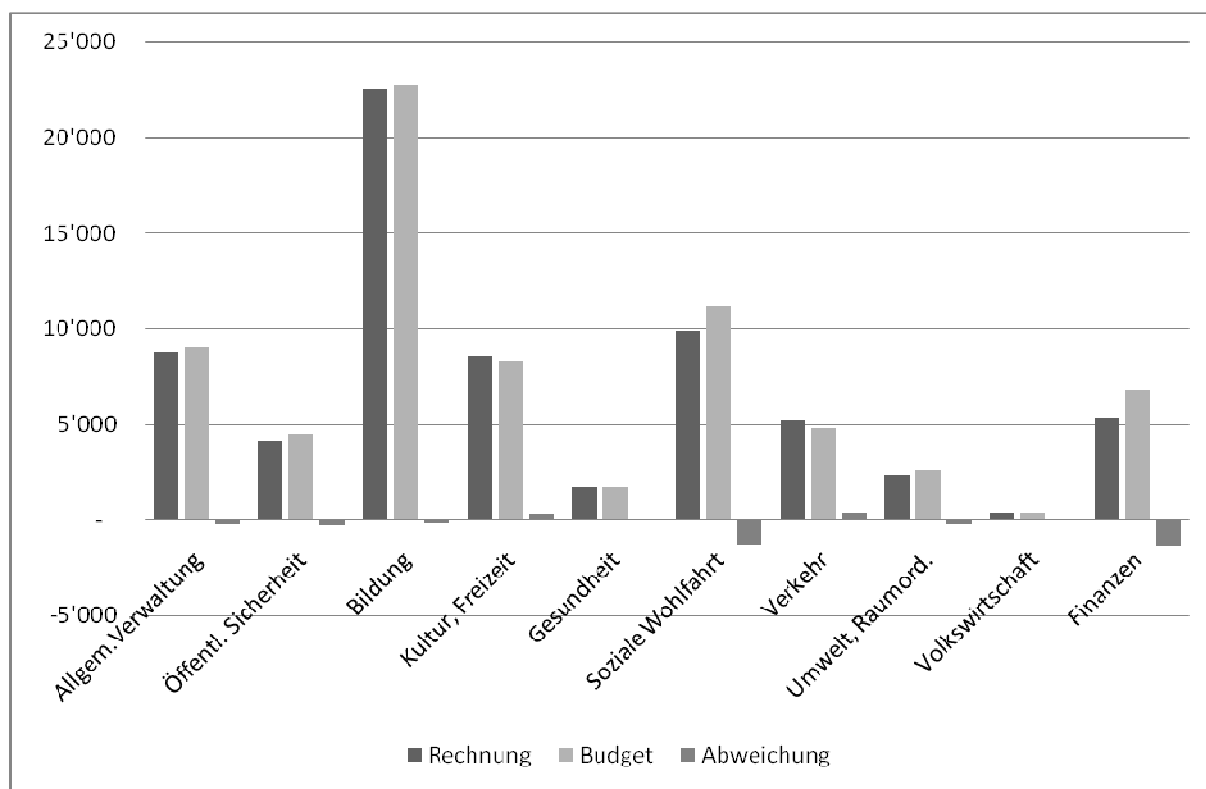
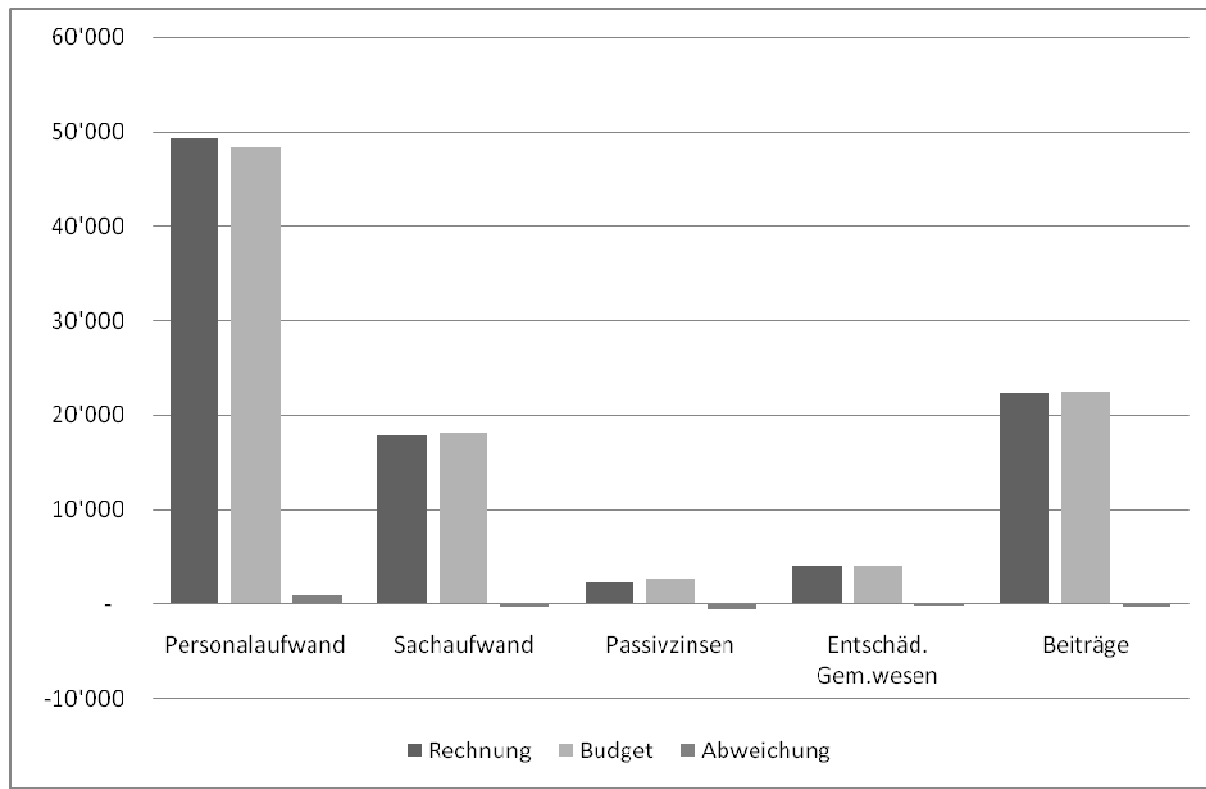
Der Stadtrat hat mit den Budgetrichtlinien die folgenden Finanzziele vorgegeben

1. Ausgleich der Laufenden Rechnung
2. Minimalabschreibungen des Verwaltungsvermögens mit 12% (kantonale Vorgabe 8%).
3. Selbstfinanzierungsgrad von 100% für Investitionen mit Werterhalt bzw. 80% für Gesamtinvestitionen.
4. Der Steuersatz für Juristische Personen nicht über 100% der einfachen Staatssteuern.
5. Die beeinflussbaren Ausgaben dürfen grundsätzlich nicht stärker als die erwartete Teuerung ansteigen.

Alle fünf Ziele wurden erreicht bis deutlich übertroffen, so konnte beispielsweise auch das Wachstum für den beeinflussbaren Aufwand trotz Nachtragskrediten in Grenzen gehalten werden.

Die wesentlichen Budgetabweichungen der Aufwand- und Ertragssacharten sind im Verwaltungsbericht der Direktion Finanzen und Informatik enthalten.

Die folgenden Grafiken zeigen die gute Budgetdisziplin und die geringen Budgetabweichungen in den Kostenarten und Funktionen (in Tausend Fr.)



Nachfolgend werden die relevanten Abweichungen einzelner Funktionen kurz dargestellt bzw. begründet (in Tausend Fr.):

0 Allgemeine Verwaltung

Nettoaufwand Budget	9'006
Nettoaufwand Rechnung	8'749
Budgetabweichung	-251

Die höchste Abweichung weist die Funktionen Allgemeine Verwaltungskosten aus. Hier wurde die Zusammenarbeit mit sbo/aen entgegen der Absicht zum Budgetierungszeitpunkt unverändert fortgesetzt (Mehreinnahmen -200). Die Zahlungen unter der Rubrik Leistungen an Pensionierte (Refinanzierung Überbrückungsrenten Lehrpersonen -130).

1 Öffentliche Sicherheit

Nettoaufwand Budget	4'435
Nettoaufwand Rechnung	4'129
Budgetabweichung	-306

Budgetabweichung lässt sich durch tiefere Besoldungskosten bei der Stadtpolizei (-267) und höheren Netto-Steuereinnahmen beim Feuerwehrpflichtersatz (-80) erklären.

2 Bildung

Nettoaufwand Budget	22'744
Nettoaufwand Rechnung	22'559
Budgetabweichung	-185

Bemerkenswert sind die Mehrkosten im Besoldungsbereich Kindergarten (+130), Primarschule (+117), Musikschule (+90), HPS (+493), dennoch konnten die Nettokosten im Bereich der Bildung gegenüber Budget um 185 unterschritten werden.

3 Kultur, Freizeit, Sport

Nettoaufwand Budget	8'252
Nettoaufwand Rechnung	8'588
Budgetabweichung	+336

Die Budgetabweichung kann mehrheitlich durch den erhöhten Beitrag für den Eissport (+290) erklärt werden.

4 Gesundheit

Nettoaufwand Budget	1'723
Nettoaufwand Rechnung	1'698
Budgetabweichung	-25

Keine wesentliche Differenz zum Voranschlag.

5 Soziale Wohlfahrt

Nettoaufwand Budget	11'185
Nettoaufwand Rechnung	9'862
Budgetabweichung	-1'323

Tiefer ausgefallen sind der Gemeindebeitrag an die EL (-616) sowie eine nicht budgetierte Zahlung ‚Interkommunaler Lastenausgleich‘ bei der gesetzlichen Sozialhilfe in der Höhe von -876.

6 Verkehr

Nettoaufwand Budget	4'762
Nettoaufwand Rechnung	5'143
Budgetabweichung	+381

Aufgrund einer Budgetierungs- und Abgrenzungsproblematik liegt der Unterhalt öffentliche Beleuchtung rund 240 höher als budgetiert. Hinzu kommen Mindereinnahmen bei den Parkuhrgebühren/Vermietete Parkplätze in der Höhe von 198.

7 Umwelt und Raumordnung

Nettoaufwand Budget	2'595
Nettoaufwand Rechnung	2'344
Budgetabweichung	-251

Die grössten Budgetabweichung stammen aus der Funktion 740 Friedhof Bestattungen (-62) und 781 öffentliche Bedürfnisanstalten (-63). Die restliche Unterschreitung setzt sich aus kleineren Einzelbeträgen zusammen.

8 Volkswirtschaft

Nettoaufwand Budget	406
Nettoaufwand Rechnung	409
Budgetabweichung	+3

Keine wesentliche Differenz zum Voranschlag.

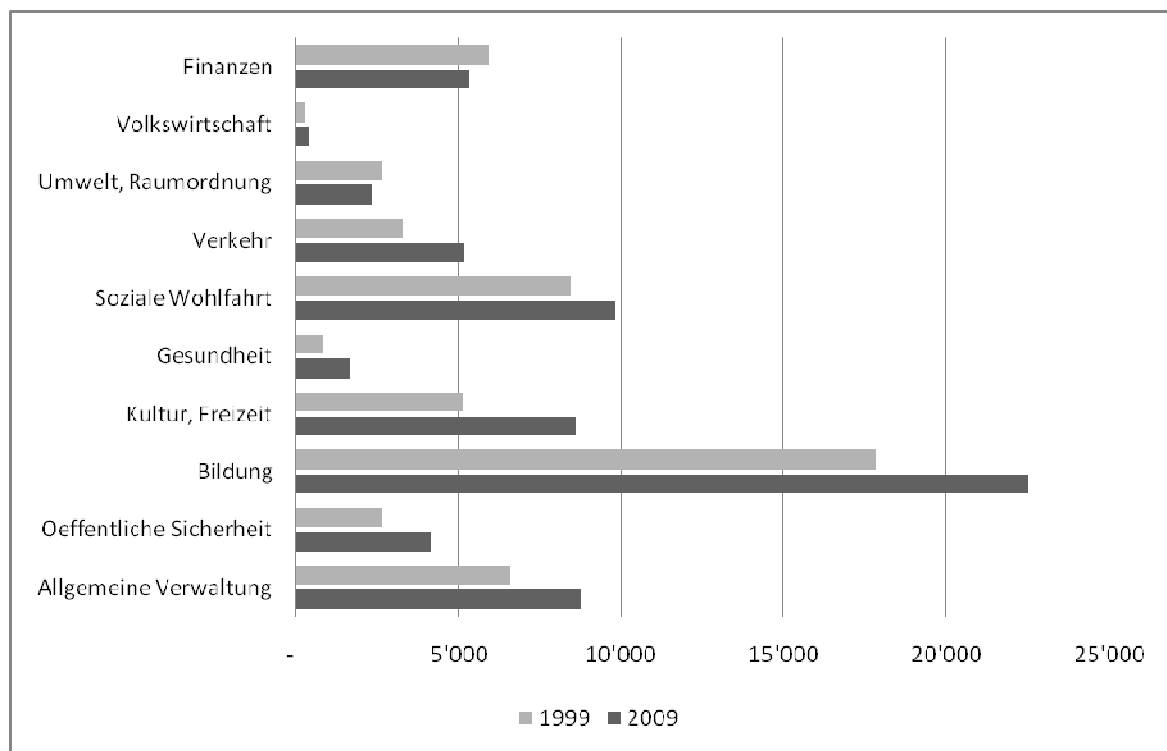
9 Finanzen (ohne Steuern)

Nettoaufwand Budget	6'761
Nettoaufwand Rechnung	5'338
Budgetabweichung	-1'423

Diese wesentliche Budgetverbesserung ist hauptsächlich auf die Minderbelastungen im Kapitalsdienst zurückzuführen (-800), sowie durch Verkäufe im Finanzvermögen (-1'032). Insgesamt wurden aber die Abschreibungen um 629 gegenüber dem Budget erhöht.

3. Entwicklung der Nettobelastungen der Hauptfunktionen im 10-Jahresvergleich

In absoluten Zahlen gemessen, hat der Bereich Bildung mit einer Zunahme von 4.734 Mio. Fr. die grösste Steigerung innerhalb der letzten 10 Jahre erfahren. Das Angebot im Bildungsbereich wurde in dieser Zeit stark erweitert (ICT, Blockzeiten, Geleitete Schulen, Begabtenförderung etc.). Frankenmässig einen markanten Anstieg verzeichnet auch der Bereich Kultur und Freizeit mit 3.478 Mio. Fr.



4. Investitionsrechnung (in Tausend Fr.)

Brutto-Investitionen Budget	27'024
Brutto-Investitionen Rechnung	21'204
Budgetabweichung	-5'820
Netto-Investitionen Budget	25'679
Netto-Investitionen Rechnung	20'084
Budgetabweichung	-5'595

Sowohl die Bruttoausgaben als auch die Nettoausgaben liegen deutlich unter dem veranschlagten Wert. Dies weil Investitionsausgaben zeitlich verschoben sind und später anfallen werden. Die grössten Abweichungen zum Budget sind eine Folge der Verschiebungen/Nichtrealisierungen (Jahrestranchen 2009 für: Rötzmatt, Strassenunterführung Neubau -2.5 Mio. Fr., Ersatz Wärmeanlagen Schwimmbad -1.3 Mio. Fr., Abbruch und Altlastensanierung Kleinholz -0.6 Mio. Fr.)

Für das ERO-Projekt (Verkehrsentlastung Region Olten) wurden bisher 13.3 Mio. Fr. an den Kanton Solothurn überwiesen. Die Vorfinanzierung dafür beträgt 21.3 Mio. Fr. Spätestens bei Abschluss der Investition wird diese Vorfinanzierung erfolgsneutral über die Laufende Rechnung aufgelöst. Durch die Bildung der Vorfinanzierung werden also die notwendigen Abschreibungen bereits vor der eigentlichen Investition sichergestellt, aber erst bei der Auflösung der Vorfinanzierung als Abschreibungen gebucht.

5. Bilanzwerte und weitere Kommentare

Die guten Ergebnisse der letzten Jahre wirken sich weiterhin positiv auf die Bilanzsumme aus. Das Verwaltungsvermögen beträgt aufgrund der hohen Investitionstätigkeit neu 42.6%, das Finanzvermögen liegt bei 52.1%. Der Anteil für Kapitalvermittlungen an die Städtischen Betriebe und weitere Organisationen beträgt noch 2.4% und die Vorschüsse für Spezialfinanzierungen ergeben einen Anteil von noch 2.9%.

Dank den hohen Mehrerträgen in den letzten Rechnungen konnten die Schulden merklich abgebaut werden. Das Investitionsvolumen der letzten Jahre wurde selbstfinanziert. Die Darlehen konnten bei Fälligkeit also abgebaut werden. Die langfristigen Schulden haben sich im Berichtsjahr von 27.185 Mio. Fr. auf 18.315 Mio. Fr. reduziert.

Weitere Kommentare sind im Jahresbericht Finanzen und Informatik - Abschnitt D - enthalten.

6. Ergebnisse aus Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

6.1 Abwasserentsorgung (711)

Bei einem Umsatz von 4.188 Mio. Fr. schliesst die Betriebsrechnung nach Abschreibungen von 1.424 Mio. Fr. ausgeglichen ab. Der Buchwert der Aktiven beträgt Ende Rechnungsjahr noch 5.105 Mio. Fr.. Der Wiederbeschaffungswert für Kanalisationen und Spezialbauwerke wurde seinerzeit vom Amt für Umwelt SO auf rund 86 Mio. Fr. ermittelt. Für die Abwasserentsorgung wurden Investitionen von 1.193 Mio. Fr. getätigt. An Kanalisationsgebühren konnten 0.518 Mio. Fr. in Rechnung gestellt werden. Die Tarifausgleichsreserve blieb mit 0.908 Mio. Fr. unverändert.

6.2 Abfallbeseitigung (721)

Bei einem Ertrag von ca. 2.033 Mio. Fr. wird auch in diesem Bereich ein Überschuss von 0.156 Mio. Fr. ausgewiesen. Dieser Betrag ist als Einlage in die Spezialfinanzierung verbucht worden. Der Buchwert der aktivierten Fahrzeuge beträgt Ende Rechnungsjahr noch 0.265 Mio. Fr.. Die Reserve für die Abfallbeseitigung beträgt danach 1.287 Mio. Fr.

7. Sonderrechnungen

7.1 Pensionskasse der Stadt Olten

Die Darstellung der Jahresrechnung der Pensionskasse der Stadt Olten (inkl. angeschlossener Körperschaften) entspricht der Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26. Nach einem Einbruch des gesamten Finanzmarktes bis ins 1. Quartal 2009 schliesst die Rechnung dank einer positiven Kapitalrendite bis Ende 2009 mit einem Mehrertrag von 7.626 Mio. Fr. ab. Das insgesamt gute Börsenjahr, hat das Resultat positiv beeinflusst. Der Deckungsgrad ist von 78.4% auf 82.8% markant gestiegen. Die vorhandene Arbeitgeberbeitragsreserve von 22.369 Mio. Fr. zu Gunsten der Stadt Olten entspricht einem Deckungsgrad von 11.9%. Sie entspricht einem Anteil von rund 69.2% der gesamten Unterdeckung von 32.318 Mio. Fr.

Weitere Informationen sind dem Jahresbericht der Pensionskasse zu entnehmen.

7.2 Regionale Zivilschutzorganisation

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden liegt um Fr. 48'000.00 unter dem Budgetwert.

7.3 Regionaler Führungsstab

Der Kostenanteil für die angeschlossenen Gemeinden entspricht in etwa dem Vorjahreswert.

7.4 Sozialregion

Nach der Gründung der Sozialregion wird dieser Bereich erstmals ausserhalb der Laufenden Rechnung der Stadt Olten abgebildet. Die administrativen Kosten bewegten sich im budgetierten Rahmen. Für die Stadt Olten liegt der Gemeindebeitrag für das Vormundschafts- und Sozialamt rund 0.120 Mio. Fr tiefer als budgetiert. Der Beitrag für die gesetzliche Sozialhilfe lag aufgrund der höheren kantonalen Abrechnungspauschale rund

0.524 Mio. Fr. höher als budgetiert. Weitere Informationen sind dem Verwaltungsbericht der Direktion Soziales zu entnehmen.

8. Kennzahlen

Zur Beurteilung der Finanzlage eines Gemeinwesens und zur Steuerung der Haushalte werden Finanzkennzahlen herangezogen. Im Vordergrund stehen.

- Nettoschuld pro Einwohner/in
- Selbstfinanzierungsgrad
- Selbstfinanzierungsanteil
- Zinsbelastungsanteil

Seit 2007 kann ein Nettovermögen ausgewiesen werden. Der aktuelle Wert pro Kopf beträgt Fr. 2'095. Deshalb ist der Zinsbelastungsanteil mit - 1,9 % weiterhin unter der Nullgrenze. Ebenfalls liegt der Selbstfinanzierungsgrad beim aktuellen Investitionsvolumen mit 132.6% auf einem bemerkenswerten Stand und der Selbstfinanzierungsanteil liegt bei 21.5%.

9. Antrag für die Verwendung des Mehrertrages

Nach den Rechnungsvorschriften sind die Ertragsüberschüsse für zusätzliche Abschreibungen, für die Bildung von Vorfinanzierungen bereits bewilligter Projekte oder zu Gunsten des Eigenkapitals zu verwenden. Gestützt auf diese Vorgaben beantragt der Stadtrat folgende Verwendung:

Einlage in Vorfinanzierung (Beitrag Verkehrsentslastungsprojekte)	Fr.	8'000'000.00
Einlage in Vorfinanzierung (Beitrag Neubau Fachhochschule)	Fr.	3'000'000.00
Einlage in Eigenkapital	Fr.	5'770'178.87
Total Verwendung	Fr.	16'770'178.87

Begründung zur Einlage in Vorfinanzierungen

Vorfinanzierungen sind zweckgebundene Reserven für zukünftige Investitionen. Mit dem vorhandenen Rechnungsergebnis können die bestehenden Vorfinanzierungen für die beiden fremdbestimmten Grossprojekte weiter geäufnet werden (aktuelle Bestände vor der Einlage: Verkehrsentslastungsprojekte 21.300 Mio. Fr.; Standortbeitrag Fachhochschule 4.380 Mio. Fr.). Spätestens bei Abschluss der Investitionen muss die Vorfinanzierung erfolgsneutral über die Laufende Rechnung aufgelöst werden.

Begründung zur Einlage ins Eigenkapital

Das Eigenkapital dient in erster Linie als Reserve für zukünftige Aufwandüberschüsse. Diese Finanzpolitik ist der Minderung des Verwaltungsvermögens (zusätzliche Abschreibungen) vorzuziehen. Die Abschreibungen für die nächsten Jahre sind dann vom höheren Verwaltungsvermögen zu berechnen. Dies wiederum ergibt einen höheren Selbstfinanzierungsanteil.

10. Zusammenfassung und Ausblick

Dank einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik und erheblichen Nachtaxationen aus den Steuerjahren 2007 und 2008 bei den juristischen Personen schliesst die Jahresrechnung der Stadt Olten deutlich über Budget ab.

Im Weiteren sind in den nächsten Jahren zusätzlich die Folgekosten des hohen Investitionsbedarfs und die sich abzeichnenden Mehrkosten für Reformen im Bildungsbereich zu verkraften.

Fazit

Mit Blick zurück auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ist für die Folgejahre immer noch mit deutlich schlechteren Ergebnissen zu rechnen. Dies insbesondere im Bereich der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, da Geschäftsverluste aus den Vorjahren steuerlich mit den Gewinnen in den nächsten sieben Jahren verrechnet werden können. Dadurch wird die durchschnittliche Finanz- und Wirtschaftskrise Spuren in den zukünftigen Abschlüssen hinterlassen.

Beschlussesantrag:

1. Die folgenden Rechnungsergebnisse 2009 werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Mehrertrag	Fr.	16'770'178.87
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	Fr.	20'084'926.32
c) Bestandesrechnung (Bilanz)	Bilanzsumme	Fr.	211'371'807.95
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Mehrertrag	Fr.	7'625'618.41
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	Fr.	178'376'945.12

2. Der Mehrertrag der Allgemeinen Verwaltung ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in Vorfinanzierung (Beitrag Verkehrsentslastungsprojekte)	Fr.	8'000'000.00
Einlage in Vorfinanzierung (Beitrag Neubau Fachhochschule)	Fr.	3'000'000.00
Einlage in Eigenkapital	Fr.	5'770'178.87
Total Verwendung	Fr.	16'770'178.87

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 26. Mai 2010 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 5. Mai 2010 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2009 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETEN

Nico Zila: Die GPK hat den tollen Rechnungsabschluss 2009 mit dem Überschuss von 16,77 Millionen Franken natürlich erfreut zur Kenntnis genommen. Wir haben uns über die wichtigsten Ursachen für die doch grosse, wenn natürlich auch positive Abweichung gegenüber dem Budget für das Jahr 2009 informieren lassen. Ganz klar an erster Stelle ist zu erwähnen, dass die Steuererträge bei den juristischen Personen deutlich höher als

erwartet waren. Wir haben auch feststellen dürfen, dass die Ausgaben, namentlich beim Sachaufwand, zu einem guten Teil auch beim Personalaufwand den Budgetvorgaben entsprochen haben und dort im Jahr 2009 in der Stadtverwaltung sehr seriös gewirtschaftet und gehaushaltet wurde. Nach einigem Hin und Her haben wir festgestellt, dass der Verkauf der Liegenschaft Schlachthof ebenfalls einen kleinen Teil im Umfang von rund 1 Million Franken zu diesem guten Ergebnis beigetragen hat. Auch haben wir vernehmen dürfen, dass dem Bereich der Sozialhilfe der Stadt Olten mehr Geld als im Voraus erwartet zugekommen ist. Ich darf sagen, dass es allerdings auch ein paar Anmerkungen gibt, welche die GPK doch noch etwas mehr als andere für den Ausblick in die nächsten Jahre kritisch oder zumindest warnend gestimmt haben. Einige einzelne Punkte möchte ich heraus nehmen. Im Jahr 2009 hatten wir bereits einen rückläufigen Steuereingang bei den natürlichen Personen, sogar unter dem doch traditionell konservativen budgetierten Wert. Das ist sicher eine Entwicklung, bei der wir sehen, dass sie zumindest für die nächsten paar Jahre so weiter gehen wird. Beim Steuereingang der juristischen Personen ist an und für sich aus heutiger Sicht auch absehbar, dass er nicht auf diesem Traumniveau wird verharren können. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir jetzt gerade durchlebt haben oder immer noch durchleben, wird ihre Wirkung leider verzögert entfalten. In der GPK ist festgestellt und auch kurz diskutiert worden, im Wissen, dass es ein Punkt ist, den der Kanton endlich lösen müsste, dass der Einfluss der Heilpädagogischen Sonderschule HPS auf die städtische Rechnung doch recht gross ist. Es gibt namentlich einzelne Budgetposten, die sehr stark durch die HPS beeinflusst sind. Am Schluss ist es ja bekanntlich für die Stadtkasse eine Nullrechnung und erlaubt dann aber den Vergleich mit anderen Städten oder zum Teil auch mit früheren Jahren nur sehr bedingt, wenn es im Bereich HPS Schwankungen gibt. Wir haben vom Finanzverwalter gehört, dass etwas an langfristigen Verbindlichkeiten, Schulden der Stadt, abgebaut werden konnte. Allerdings an und für sich nicht soviel, wie wir liquid wären, um dies zu tun. Das liegt daran, dass sich die Stadt Olten sicher sinnvollerweise sehr lange Verbindlichkeiten auferlegt. Dann hat die GPK in aller Kürze über die Investitionsrechnung diskutiert. Es sind ja nicht alle budgetierten Investitionen auch tatsächlich ausgelöst worden. Wir haben den Euch allen bekannten Mechanismus, dass ja immer ein Teil der Investitionen auf ein Folgejahr hinüber rutscht wegen Entwicklungen, die zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht vorhersehbar sind. Es gibt auch andere - der ominöse Rötzmatttunnel oder die Rötzmattunterführung sind ja ein Beispiel dafür – die dann ganz wegfallen. Deshalb kann man eigentlich nicht sagen, dass alle Vorhaben eines Budgetjahres, die nicht realisiert werden, im Bereich der Investitionen sich dann automatisch so weiter ziehen, sondern sie gefährden eben auch die Abweichungen, die man wahrscheinlich nicht vermeiden kann. Die GPK hat auch noch die Frage gestellt, zu welchem Zeitpunkt das hervorragende Ergebnis vorhersehbar war. Wir wurden informiert, dass es erst Anfang 2010 möglich war, in die Zukunft oder die Vergangenheit zu schauen und mit einigermaßen grosser Sicherheit sagen zu können, was heraus schaut. Einzelne Mitglieder der GPK haben den Wunsch nach einem Controlling und Reporting geäussert, das häufiger als heute stattfindet. Stichwort Quartalsabschlüsse bis hin zu Monatsmitteilungen. Wenn es möglich wäre, dies umzusetzen, würde uns dies selbstverständlich erlauben, immer aktueller als heute zu wissen, wie viel Geld uns für laufende Projekte oder für neue Ausgaben zur Verfügung steht. Im Moment ist offenbar der Stand der Oltner Stadtkasse so, dass sie übertoll ist. Wir sind sehr liquid, und ich denke, es mangelt nicht an guten Ideen, das Geld auszugeben, nur halt ab und zu am nötigen Konsens. Wie jedes Jahr, wobei in diesem Jahr eher in der Light-Version, ist die Diskussion um die Verwendung der Mittel des Überschusses geführt worden. Die GPK ist hier ohne grosse Diskussion dem Vorschlag des Stadtrates gefolgt. Man hat noch kurz angeschaut, ob es etwas ausmachen würde, die Ausgleichsreserve zu berücksichtigen und nicht die Einlage in das Eigenkapital vorzunehmen, sind dann aber buchhalterisch aufgeklärt worden, dass dieser Unterschied marginal wäre. Auf einen Antrag ist somit verzichtet worden. Eine erste kleine Flanke in Richtung Steuersenkungsdiskussion, die wir wahrscheinlich im Herbst oder Frühwinter erwarten dürfen, hat natürlich auch stattgefunden. Der Punkt Pensionskasse hat in der Geschäftsprüfungskommission doch auch noch zu einigen Diskussionen Anlass gegeben. Wir hatten ja gleichzeitig auch den Jahresabschluss 2009 der PK der Stadt Olten zu genehmigen und haben auf den ersten Blick sehr gute

Zahlen gesehen. Die Performance war relativ gut im Bereich 8 % Gewinn. Den Deckungsgrad hat der Stadtrat auf knapp 83 % erhöhen können. Allerdings ist in der Kommission auch festgehalten worden, dass die Rendite 2009 unter der durchschnittlichen Performance schweizweit gelegen hat, obwohl sie in absoluten Zahlen sehr hoch war. Wir haben diskutiert, ob es kurz- oder langfristig umsetzbare Massnahmen gäbe, um das Verhältnis zwischen aktiven Mitgliedern der Pensionskasse und pensionierten Mitgliedern zu verbessern. Es ist uns auch aufgezeigt worden, dass halt der Leistungskatalog der Oltnen Pensionskasse relativ grosszügig ist und es deshalb unter Umständen für eine andere Institution nicht unbedingt interessant ist, sich der Pensionskasse der Stadt Olten anzuschliessen. Das Gegenteil ist auch zur Sprache gekommen, was passieren würde, wenn sich eine angeschlossene Körperschaft aus unserer Pensionskasse lösen möchte. Zumindest für mich ist die Information neu gewesen, dass es die angeschlossene Körperschaft ist, die dies dann ausfinanzieren müsste im Unterschied zur Vollfinanzierung gegenüber dem heutigen Stand. Wir haben ja noch einen hängigen Vorstoss, nicht mehr auf der heutigen Traktandenliste, zum Zustand der Pensionskasse, wo sicher noch mehr en détail auf das Thema eingegangen werden kann. Zusammengefasst ist die GPK einstimmig für die Anträge des Stadtrates, das heisst Genehmigung Rechnung und Verwaltungsbericht 2009 und die beantragte Gewinnverwendung.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Dem Trend der solothurnischen Einwohnergemeinden folgend – zumindest einer grossen Mehrheit davon – das Oltnen Tagblatt kann jeden Tag mindestens von einer erfolgreich abschneidenden Gemeinde aus unserer Region berichten – schliesst auch die Jahresrechnung 2009 mit einem Resultat deutlich über dem Budget ab. Es gibt zwei wesentliche Gründe dafür: Sicher die aktuell fortgesetzten guten Steuereinnahmen, aber eben auch die Steuereinnahmen, die aufgrund des Stichwortes Nachtaxationen aus den Vorjahren zustande gekommen sind. Zwei Zahlen: 2007 eine halbe Million, 2008 zehneinhalb Millionen Franken. Erfreulich ist die gute Haushaltsdisziplin. Es hat einmal jemand gesagt, man sollte die Leute nicht im eigenen Haus loben. Ich muss es jetzt aber gleichwohl sagen. Haushaltsdisziplin hat nichts mit Lob zu tun, sondern gehört zum guten Ton. Aber auch gute Töne sollte man immer wieder hervorheben. Die guten Töne sind Teil eines disziplinierten Umganges mit den Finanzen unserer Stadt und sprechen für eine moderne, wirtschaftlich denkende und funktionierende, arbeitende Verwaltung. Konkret schliessen auch einige Bereiche im Jahre 2009 kostengünstig, kostenbewusst oder kostengünstiger als budgetiert ab.

Ich gestatte mir, ein paar Punkte aus der Rechnung 2009 speziell hervorzuheben, wissend, dass die Ergebnisse, die wir heute zur Kenntnis nehmen Geschichte sind, die wir nicht verändern oder korrigieren können.

Der Überschuss von 16,8 Mio. ist eigentlich eine einfache Rechnung nach Berücksichtigung simpler Eckwerte: Einnahmen weniger Ausgaben oder konkret Einnahmen gleich Steuern, Ausgaben gleich alles Andere.

In der Geschäftsprüfungskommission ist auch das wenig betriebswirtschaftlich klingende Wort, zumindest bei den Finanzen, gefallen: „Der heit au Glück gha“. Glück gehört zweifellos dazu. Ich meine, für die Ergebnisse, gerade unter dem Titel „Kostenarten und Funktionen“ spricht aber auch eine hohe Präzision in der Budgetierung – Stichwort Budgetgenauigkeit!! Nehmen wir das doch einfach einmal positiv zur Kenntnis.

Im Bericht und Antrag findet man einen sogenannten gestuften Erfolgsausweis. Seit zwei Jahren gibt es in der Berichterstattung dieses Instrument, das aus dem Modellverfahren HRM2 in den nächsten Jahren für alle Einwohnergemeinden im Kanton Solothurn relevant und gefordert wird. Wir kennen das seit Jahren. Dazu gehört auch eine Geldflussrechnung, die den Cashflow ermittelt, also den periodisierten Zahlungsmittelüberschuss der wirtschaftlichen Tätigkeit, um dies etwas fachlich auszudrücken. Der Cashflow macht eine Aussage über die Liquidität des Unternehmens Stadt Olten, und ein positiver Cashflow

versetzt bekanntlich ein Unternehmen immer wieder in die Lage, zu handeln, besser zu handeln, die Umsatz- oder Umsetzungsprozesse von Projekten positiv anzugehen.

Die Budgetzielsetzungen des Stadtrates für das Jahr 2009 wurden mehr als erreicht, ja sogar deutlich übertroffen. Auch das Wachstum der beeinflussbaren Ausgaben konnte in Grenzen gehalten werden. Das sieht man auch bei den Nachtragskrediten.

Damit komme ich auch zu den Nachtragskrediten. Ab Seite 70 des Geschäftsberichtes sind die Details zu den Nachtragskrediten zu finden. Hier sieht man, dass wir uns selber seit einigen Jahren eigentlich in einem guten Rahmen bewegen. Der Rahmen, den wir uns geben, kann eingehalten werden. Ich sage es gerne auch jetzt wieder: Nachtragskredite sind à priori nichts Schlechtes, also kein Zeichen schlechter Budgetierung. Das Handling der Nachtragskredite muss aber sogenannt geführt werden. Der Stadtrat legt grossen Wert auf präzise Budgetierung nach dem Prinzip des Zero-Base-Budgetings. Das wiederum heisst, dass man auch eine gewisse Flexibilität in die Geschäftstätigkeit impliziert und das wiederum kann dazu führen, dass Nachtragskredite bewilligt werden können respektive bewilligt werden müssen. Dies im Übrigen von allen Instanzen (auch vom Gemeindeparlament). Zero-Base-Budgeting heisst– vielleicht für den Präsidenten der GPK – modern konservativ budgetieren und nicht einfach nur konservativ.

Thema Investitionen:

Es wurden tatsächlich nicht alle geplanten Investitionskredite ausgelöst oder aufgebraucht, weil auch nicht alle Vorhaben realisiert werden konnten; einzelne wurden sogar ganz gestrichen. Das steht alles im Bericht und Antrag. Trotzdem gilt es festzustellen, dass die Stadt Olten im Jahr 2009 zum zweiten Mal hintereinander deutlich über den Durchschnittsinvestitionen der letzten Jahre liegt und der Übergang in eine lange Phase intensiver Investitionsfähigkeit gegeben ist (siehe Finanzplan 2010 bis 2016). Man muss das jetzt in diesem hohen Haus sagen. Sofern man das auch überall will und akzeptiert und den Projekten auch zustimmt, können wir investieren.

Ich möchte noch eine Aussage zur eigentlichen Verwendung des Rechnungsüberschusses machen. Wir haben die beiden grossen Projekte, die wir nicht alleine beeinflussen oder bestimmen können, sondern an die wir einfach gewaltige Zahlungen zu leisten haben. In den letzten Jahren haben wir durch Vorfinanzierungsrückstellungen auch diese beiden grossen Projekte schon behandelt.

Man kann nur Vorfinanzierungen für Projekte bilden, die vorentschieden, entschieden, am Realisieren sind, deren finanzielle Auswirkungen im Detail auch bekannt sind. Es macht sehr viel Sinn, die Projekte ERO und Fachhochschul-Neubau mit Mitteln aus dem Überschuss 2009 zu bestücken. Details sind im Bericht und Antrag ersichtlich. Weder ERO noch Fachhochschule werden die laufenden Rechnungen der kommenden Jahre weiterhin belasten! Aufgrund dieser Vorfinanzierung kann gesagt werden, dass die Finanzierung dieser beiden grossen Projekte hiermit geleistet ist.

Was sagen die guten finanziellen Verhältnisse der Stadt Olten eigentlich nach aussen aus?

Die Finanzen unserer Stadt und der aktuelle Status ist ein sicherer Wert für die Stadt selber und die Oltnen Bevölkerung als Gesamtheit. Wenn das Geld stimmt, lässt es sich besser leben!

Die aktuelle Lage der Finanzen unserer Stadt ist für die Wirtschaft, für Unternehmungen – die notabene sehr grosse Leistungen erbringen und zu diesen guten Rechnungen beitragen – enorm wichtig. Ein guter Status der Finanzen der öffentlichen Hand lassen ein Unternehmen in seiner Geschäftstätigkeit anders operieren, als die Situation zum Beispiel, wenn man an einem überschuldeten Standort ist, wo man nie genau weiss, wann die Steuern plötzlich erhöht werden müssen. Das ist nicht eine Erfindung von mir, sondern eine

Aussage aus Wirtschaftskreisen. Wir haben bekanntlich ein sehr gutes Verhältnis mit einer sehr erfolgreichen, aufgestellten Wirtschaft. Die Stadt will eine verlässliche Partnerin zu unserer Wirtschaft sein. Wir verlangen natürlich auch Gegenrecht. Der Standortwettbewerb geht auch zu einem guten Teil über die Finanzsituation!

Die Finanzlage unserer Stadt soll auch ein sicherer Wert für die Region sein, denn die Aussage einer starken Stadt für eine starke Region bedingt immer auch wieder Fortschritt, ein Vorwärtstreben – Investitionen und Zentrumsleistungen. Wir wollen diese auch erbringen, brauchen aber eben auch die entsprechenden finanziellen Mittel dazu. Das Thema Neid und Missgunst für oder gegen die Stadt Olten von aussen her muss nicht sein, im Gegenteil, wenn es nämlich der Stadt Olten gut geht, geht es anderen sicher auch nicht so schlecht.

Oltens Finanzen sind ein sicherer Wert für unseren Kanton. Eine zweistellige Prozentzahl des gesamten Steueraufkommens des Kantons Solothurn kommt aus unserer Stadt Olten. Die erste Zahl ist näher bei vier als bei zwei.

Meine Damen und Herren, es gilt, dieser wirklich guten Situation und Ausgangslage für unsere Finanzen Sorge zu tragen. Die Politik – auch im Finanzbereich – ist bekanntlich schon für uns, für die Gegenwart. Aber sie muss auch nachhaltig sein, also mittel- bis langfristig für unsere Jugend und für die kommenden Generationen.

Ich möchte jetzt nicht in düstere Zukunftsprognosen verfallen. Aber wir werden schwierige Situationen zu lösen haben. Im Moment herrscht noch eitel Sonnenschein. So stand es in den Medien nach einer Aussage unseres kantonalen Finanzdirektors Christian Wanner. Aber sie haben das Fazit im Bericht und Antrag gelesen. Ich bin fest überzeugt, dass dieses Fazit stimmt, auch für die Stadt Olten.

Im zweiten Halbjahr 2010 beschäftigen wir uns mit dem Finanzplan 2011 bis 2017 und dem Budget 2011. Der Stadtrat wird entsprechende Vorschläge und Massnahmen präsentieren. Das Gemeindeparlament wird diese beraten.

Ich danke zum Schluss allen am Ergebnis 2009 Beteiligten. Das sind Faktoren, aber es sind auch Menschen. Ich danke einer dynamischen Wirtschaft für die sehr guten Einnahmen bei den juristischen Personen, grundsätzlich allen Steuerzahlenden in unserer Stadt, aber auch den Mitarbeitenden in den Behörden und der Verwaltung, dem Gemeindeparlament unserer Stadt, der Kollegin und den Kollegen im Stadtrat. Der eigentliche Verwaltungsbericht zeigt einen Ausschnitt aus den vielfältigen Tätigkeiten unseres Oltens. Unzählige Menschen haben zu dieser Geschichte beigetragen. Ich danke allen herzlich dafür.

Für Detailfragen zur Rechnung steht unserer Finanzverwalter Markus Sieber selbstverständlich zur Verfügung. In diesem Sinne möchte Sie der Stadtrat bitten, den Beschlussesanträgen gemäss Bericht und Antrag zuzustimmen.

Christian Wüthrich, FdP-Fraktion: Zuerst besten Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung, welche ihre Arbeit im Jahr 2009 mit Bravour geleistet haben. Dem Stadtrat ebenfalls herzlichen Dank, nicht zuletzt auch für die Erstellung der Rechnung und des Berichts und Antrags. Bekanntlich kann man an einer Rechnung grundsätzlich nichts verändern. Es sind ja schliesslich nur Fakten. Aber vielleicht lohnt es sich für den Stadtrat, im Vorfeld, gestützt auf die nächste Budgetdebatte im November, dass wir uns erlauben, ihm einige Überlegungen mitzugeben. Ich möchte auf ein paar einzelne Punkte der GPK und sicher auch noch auf einen oder zwei des Stadtrates zurückkommen. „Freude herrscht über die Rechnung 2009“. Das haben wir vom Stadtrat gehört. Das operative Ergebnis mit einem Überschuss von über 16 Millionen Franken ist in der Tat erfreulich. Aber die Frage ist, wie viel Freude über den heutigen Tag hinausgeht oder wie sehr sie tatsächlich angebracht ist. Offensichtlich haben wir uns beirren lassen. Mit einem Teil des Überschusses hätte Olten in den letzten Monaten kurzfristig Einwohner, Gewerbe und Wirtschaft finanziell entlastet und das Geld in die Standortattraktivität investiert werden

können. Entsprechende Vorschläge gab es weit vor dem September 2009 viele. Der Stadtrat hat aber die Vorschläge jeweils mit dem Hinweis auf die angeblich so schlechte Finanzlage vehement bekämpft. Auch wir von der FDP-Fraktion haben, als uns der Stadtrat die Mahnung der schlechten Ergebnisse noch einmal vor dem Kopf geworfen hat, den Steuersenkungsdruck gebremst und sind auf den Konsolidierungskurs eingeschwenkt. Die Quittung haben wir nachher beim Städtevergleich erhalten. Im neuesten Städteranking der Bilanz sind wir auf Platz 50 zurückgefallen und bei der Steuerbelastung sogar auf Platz 70 im Quervergleich. In der heutigen Parlamentsdiskussion über die Rechnung 2009 ist die entscheidende Frage, die auch die GPK aufgeworfen hat: Wann hat der Stadtrat geahnt, dass die Rechnung viel besser als budgetiert abschliessen wird? In unserer Fraktion ist dies eine zentrale Frage gewesen. Der Stadtrat meint, er wisse dies erst seit Anfang 2010. In diesem Fall stellt sich die kritische Frage – die GPK hat dies aufgenommen – zum Controlling und Reporting. In der Fraktion sind wir der Meinung, dass jeder KMU-Betrieb heute in der Lage ist, monatlich oder quartalsweise den aktuellen Geschäftsgang abzuschätzen und mit dem Budget zu vergleichen. In der Stadtverwaltung ist dies offensichtlich nicht möglich, obschon der Bund und viele andere Städte bereits im Herbst 2009 öffentlich gesagt haben, dass das Jahr 2009 höchstwahrscheinlich viel besser als budgetiert ausfalle. Dagegen sagt der Stadtrat noch in der Budgetdebatte im November 2009, sieben Wochen vor dem Jahresabschluss, er könne zum bevorstehenden Abschluss der Rechnung 2009 noch nicht viel Konkretes sagen. Unsere Schlussfolgerung aus der Rechnung 2009: Der Stadtrat muss das finanzielle Controlling im Sinne eines rollenden Reportings verbessern, damit das Parlament, das Volk auf einer solideren Informationsbasis über aktuelle Investitionsvorhaben diskutieren kann. Ein anderes Thema: Wir möchten hier bei der Rechnungsabnahme sicher keine Steuersenkungsdebatte führen, möchten aber deponieren, dass es uns ernst ist, dieses Thema im November zu behandeln. Der Rechnungsabschluss 2009 gibt uns finanzielle Möglichkeiten, gezielt in die Standortattraktivierung Olten zu investieren. Solche Investitionen müssen kurzfristig Wirkung zeigen und bekanntlich die Schwäche der Stadt im Standortwettbewerb ausgleichen. In diesem Sinne erwartet die FDP vom Stadtrat, dass er im nächsten Finanzplan und im Budget 2011 auch Investitionen vorsieht, mit denen die Stadt Olten ihre heute nur mittelmässige Position im Steuerwettbewerb verbessern könnte. Zur Liquidität: Es ist so, dass die Stadtkasse voll ist. Sie ist gut gefüllt. Dies leider in einem Moment, in dem es sehr vorteilhaft wäre, günstiges Geld aufzunehmen. Aber wir sind auf der besseren Seite. Dann können wir dies auch abhaken. Ein Thema, das uns auch beschäftigt, ist die ganze Geschichte mit der Pensionskasse. Im Rahmen des Rechnungsabschlusses befasst sich das Parlament heute auch mit der Rechnung der Pensionskasse. Die Rendite von 8,84 erscheint auf den ersten Blick hoch. Der Deckungsgrad hat sich auch verbessert, liegt aber immer noch tiefer als der Durchschnitt der öffentlichen Pensionskassen. Es braucht rasche, konkrete Massnahmen, die dann auch wirklich umgesetzt werden. Selbst unpopuläre, einschneidende Lösungen müssten in Betracht gezogen werden. In diesem Sinne hoffe ich, dass es uns gelungen ist, dem Stadtrat für die Rechnung 2009 unsere Überlegungen, die konstruktiv und gut gemeint sind, zu übergeben. Wir hoffen, dass er sie wohlwollend prüft und eventuell einführen kann. Die FDP-Fraktion wird dem Beschlussesantrag des Stadtrates einstimmig folgen.

Theo Schöni: Die Fraktion Grüne nimmt das gute Ergebnis der laufenden Rechnung 2009 und den Verwaltungsbericht auch mit Genugtuung zur Kenntnis. Ich kann es vorweg nehmen: Wir werden den Beschlussesanträgen, insbesondere für die Verwendung des Mehrertrags, zustimmen. Unseren Dank möchten wir der gesamten Verwaltung aussprechen, die zu diesem positiven Ergebnis wesentlich beigetragen hat. Hier komme ich auf die kleinen Beträge, die halt in diesem guten Haushaltbudget ebenfalls enthalten sind. Auch dort sind bei den Personalkosten deutliche Einsparungen bei den Lohnanpassungen gemacht worden. Das zählt ebenfalls mit, auch auf der finanziellen Seite. Die Leistung ist trotzdem erbracht worden. Das Ergebnis ist aber auch wesentlich davon geprägt, dass nach wie vor ein guter Ertrag durch die Steuereingänge hat erreicht werden können. Bei der Budgetberatung 2008 sind doch etliche Bedenken aufgekommen, dass sich die finanzielle Lage, beeinflusst durch die globale Abschwächung der Wirtschaft, auch bei uns deutlich zu

einer Verschlechterung führen könnte. In diesem Zusammenhang sind dann von und Kantonen grosse Summen in Konjunkturprogramme eingespeist worden. Aus diesem Blickwinkel sind wir denn nicht ganz zufrieden, dass bei unserer Investitionspolitik sehr grosse Zurückhaltung besteht. Zum wiederholten Mal liegen diese Investitionen deutlich, nämlich diesmal 5,6 Millionen Franken unter dem budgetierten Wert. Bei näherer Betrachtung haben wir insbesondere grosse Abweichungen beim Verkehr, bei der Ortsregionalplanung sowie bei der Stadtentwicklung. Dies ist uns ins Auge gestochen, ohne jetzt ins Detail zu gehen. Es braucht halt dort unserer Meinung nach nicht nur ein rollendes Controlling, sondern auch eine rollende Planung, insbesondere in diesen beiden Bereichen, wo man flexibel auf diese Situationen eingehen kann, wenn auch einmal Projekte zurückgestellt werden müssen, wenn sie nicht gleich realisiert werden können, dass man auf andere Sachen, die ebenfalls budgetiert worden sind, ausweichen kann. Das heisst, dass sowohl die Planungssicherheit wie die Priorisierung der einzelnen Vorhaben in der Zukunft zu verbessern sind. Auch die Pensionskasse ist bei uns in der Fraktion zum Thema geworden. Obwohl sich der Deckungsgrad leicht verbessert hat, ist es alles andere als rosig. Wir haben bereits im letzten Jahr von den erwähnten Mehrerträgen 5 Millionen Franken in die Pensionskasse gesteckt. Das ist wahrscheinlich auch das Resultat davon, weshalb sie heute einiges besser geworden ist. Trotz dieser leisen Kritik werden wir den Beschlussesanträgen zustimmen.

Dr. Rudolf Moor: Die SP-Fraktion ist von diesem Resultat sehr positiv überrascht. Wir haben vor allem an der Vorfinanzierung der ERO und der Fachhochschule Freude, weil wir der Meinung sind, dass es etwas ist, von dem alle, die in Olten wohnen, profitieren können. Die Projekte werden dadurch, dass sie vorfinanziert werden können, für die Stadt billiger. Das ist ein guter Beitrag, dass hier weniger daran bezahlt werden muss und man noch Geld für anderes Sinnvolles hat. Wir sind beeindruckt von der Budgetgenauigkeit bei den Ausgaben. Aber Ernst Zingg, es tut mir leid, ich kann es nicht lassen. Ich möchte es schon noch einmal sagen: Wenn es so gut stimmt, ist auch etwas Glück dabei. Trotz des Glückes möchte ich natürlich allen, die zu dieser Disziplin beigetragen haben, auch danken. Nur Glück kann es nicht sein. Es ist effektiv eine gute Disziplin vorhanden. Die positive Überraschung, die das Resultat birgt, weist aber auch auf ein Risiko hin, nämlich auf dasjenige der Abhängigkeit einzelner weniger, relativ wichtiger juristischer Personen, die einen grossen Anteil der Einnahmen leisten. Wir wissen, dass das Steueraufkommen dieser juristischen Personen von Gewinn und Verlust dieser Unternehmen abhängt, das heisst, das Pendel kann ebenso rasch auf die positive wie auch auf die negative Seite ausschlagen. Es ist sehr schwierig voraus zu sehen, was tatsächlich passiert. Das ist eindeutig etwas, das man aus unserer Sicht im Auge behalten muss, dass man hier ein Risiko hat. Ich habe im Hinblick auf einen der wichtigen Steuerzahler geschaut, wie es in der Stadt Lausanne aussieht, weil einer der wichtigen Steuerzahler auch in der Stadt Lausanne ziemlich Steuern bezahlt. Hier sieht man in der Rechnung 2009, dass sie im letzten Jahr von einem Konzern in der Energiewirtschaft einen ausserordentlichen Ertrag von 80 Millionen Franken hatte als Folge des Übergangs von EOS auf Alpiq. Der Name ist in der offiziellen Rechnung der Stadt Lausanne genannt worden, so dass ich ihn hier auch nennen kann. Wenn man das Resultat der Stadt Lausanne sieht, hatte sie 2009 trotz allem einen Verlust von 78 Millionen Franken. Man sieht, dass hier andere Gemeinden und andere Städte eindeutig auch ein Interesse haben, von diesen Gewinnen zu profitieren. Es ist nicht immer ganz transparent, wohin diese Steuern gehen respektive es ist für uns schwierig zu sehen, nach welchen Kriterien welcher Teil der Steuern zu welchem Sitz eines solchen Unternehmens abfliessen. Dies zeigt einfach, dass wir in diesem Bereich erhebliche Risiken haben. Das schon mehrmals erwähnte späte Erkennen dieser zusätzlichen Steuereinnahmen erachten wir eigentlich nicht so als Riesenkatastrophe. Schlimmer ist es natürlich, wenn es ein Verlust ist. Aber auch dort lohnt es sich wahrscheinlich an sich nicht, zuviel dagegen zu unternehmen. Im Gegensatz zu einem privaten Unternehmen oder zur Migros oder sonst jemandem kann nämlich die Stadt nicht einfach die Tarife erhöhen oder senken und irgendwie die Preise anpassen. Die Reaktionsfähigkeit der Stadt ist ohnehin nicht kurzfristig, sondern langfristig gegeben. Deshalb stellen wir in Frage, ob ein kurzfristiges Reporting oder ein grösserer Aufwand für

die frühe Abschätzung wirklich sinnvoll ist. Wir haben den Eindruck, es ist sehr viel Aufwand für wenige Möglichkeiten, kurzfristig reagieren zu können. Deshalb stehen wir dem eigentlich auch nicht positiv gegenüber. Der Sprecher der FdP hat ja dem Stadtrat Ratschläge gegeben. Ich verzichte darauf. Aber ich glaube, der Stadtrat kann selber herleiten, dass wir ihm nicht die gleichen Ratschläge wie die FdP mitgeben. Deshalb sage ich auch gar nichts zu diesem Thema. Die SP wird die Rechnung einstimmig genehmigen und ist mit der Verwendung des Geldes gemäss Vorschlag des Stadtrates einverstanden.

Gert Winter, SVP-Fraktion: Gemäss Standard and Poor's sind für das Jahr 2009 auf Kantons- und Gemeindeebene lediglich ausgeglichene Haushalte zu erwarten. Umso besser nimmt sich der Rechnungsabschluss der Stadt Olten mit einem Überschuss von 16,77 Millionen Franken aus. Positiv vermerken wir auch das Erreichen der Budgetziele, insbesondere das unter Ziffer 5 aufgeführte, wonach die beeinflussbaren Ausgaben grundsätzlich nicht stärker als die erwartete Teuerung ansteigen dürfen. Dass im Stadtrat trotz ausgezeichnetem Abschluss keine Euphorie aufkommen will, ist ebenso ein Erfolgsfaktor für die Zukunft wie die kritische Beurteilung der städtischen Vorlagen durch das Stimmvolk. Für die nächste Zukunft rechnen auch wir mit geringeren Überschüssen, weil sich derzeit bei der wirtschaftlichen Grosswetterlage eine Eintrübung zunächst im südeuropäischen Raum abzeichnet. Umso wichtiger bleiben solide städtische Finanzen, der Verzicht auf überflüssigen Firlefanz und die Beschränkung auf das Notwendige, beispielsweise wie im letzten Jahr bereits beantragt die Senkung des Steuerfusses und die Sanierung der städtischen Pensionskasse mit anders als bisher angemessenen Beiträgen auch der städtischen Angestellten. In diesem Sinne nimmt die Fraktion der SVP die Beschlussesanträge 1 bis 3 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis und wird ebenfalls einstimmig den unter Ziffer 4 aufgeführten Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Heidi Ehram: Auch die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat natürlich mit Freude vom sehr positiven Rechnungsabschluss Kenntnis genommen. Wie jedes Jahr ist auch in diesem Jahr der Verwaltungsbericht wieder sehr informativ und detailliert ausgefallen. Wir danken allen, die einen Beitrag dazu geleistet haben, vorab natürlich der Finanzdirektion mit Herrn Sieber als Finanzverwalter. Herrn Sieber danken wir auch, dass er uns an der Fraktionssitzung die Rechnung erläutert und unsere Fragen beantwortet hat. Dass gut, seriös und präzise budgetiert worden ist, haben wir bereits gehört, aber ich möchte es auch von unserer Seite her noch einmal erwähnen. In vielen Bereichen gibt es eine Punktelandung, wie dies unser Finanzverwalter so treffend ausdrücken kann. Budgetüber- und -unterschreitungen sind weitgehend erklärbar. Auch die Nachtragskredite bewegen sich im Rahmen. Dies alles zeigt, dass in der Stadtverwaltung auch in finanzieller Hinsicht gute Arbeit geleistet worden ist. Was zum tollen Ergebnis geführt hat, ist bereits von Nico Zila und Ernst Zingg ausgeführt worden. Die Auswirkungen des Ergebnisses sind bei den Kennzahlen offensichtlich. So ist der Selbstfinanzierungsgrad fast 90 % höher als im Budget und das Nettovermögen pro Kopf ist über Fr. 2'000.— angewachsen. Gemäss Budget wären wir ungefähr bei Fr. 940.—. Auch unsere Fraktion ist jetzt auf den nächsten Finanz- und Investitionsplan und auf das Budget 2011 gespannt. Sicher wird die Finanzsituation positiver als im letzten Herbst aussehen. Bei gleichbleibendem Investitionsvolumen werden wir wohl kaum schon 2012 eine Pro-Kopf-Verschuldung haben, wie dies der Finanz- und Investitionsplan 2010 – 2016 aufzeigt. Aber auch die Abstimmung über die Attraktivierung Innenstadt wird im nächsten Finanzplan noch ihre Spuren hinterlassen. Das Ergebnis 2009 lässt uns aber nicht euphorisch werden. Auch wir denken, dass es nicht ganz so positiv weiter geht wie in den letzten Jahren. Anzustreben ist ja auch, dass bei dieser guten Liquidität der Stadt ein hoher Realisierungsgrad bei den Investitionen erzielt werden kann. Aufgrund des letztjährigen Finanz- und Investitionsplanes und des Budgets ist für unsere Fraktion eine Steuersatzsenkung absolut kein Thema gewesen. Es wird sich zeigen, ob eine solche bei der Budgetdebatte im November ein Thema wird. Das wird davon abhängen, ob geplante Investitionen wie Attraktivierung Aareraum, Bahnhof Ost und Eissportanlagen die Chance haben, realisiert zu werden und welche neuen Projekte priorisiert werden. Sicher muss man dann auch noch prüfen, in welchem Ausmass die Nachwehen der Finanz- und Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen

der natürlichen und juristischen Personen reduzieren werden. Unsere Fraktion hat die Eckwerte über den Abschluss der Pensionskasse 2009 zur Kenntnis genommen. Die Sanierungsfähigkeit und die Anlagestrategie der Pensionskasse sind auch bei uns diskutiert worden. Ich möchte keine weiteren Ausführungen machen und mich dem Sprecher der GPK anschliessen. Der Antrag über die Verwendung des Mehrertrages hat in unserer Fraktion keine Diskussion ausgelöst. Wir werden auf die Vorlage eintreten und dem Beschlussesantrag einstimmig zustimmen.

Christian Wüthrich: Ruedi hat es richtig gesagt. Bei grossen Steuerzahlern ist es ein Risiko, wenn in einem Jahr ein Geschäftsgang mit den Einnahmen nicht so gut ist. Das ist an und für sich korrekt. Nur dehnt sich das Ganze natürlich noch etwas weiter aus. Es gibt mehrere Punkte, die bei einem grossen Steuerzahler Risiken sein könnten. Man muss eine moderne, leistungsfähige Stadtverwaltung, hervorragende städtische Infrastruktur und weitere Möglichkeiten haben. Der Steuersatz muss für eine Unternehmung attraktiv sein, um hier zu bleiben oder sich überhaupt hier niederzulassen. Es gibt noch mehrere Punkte. Wesentlich ist aber, dass bei einer Stadt, die eine recht gute Dichte von guten Unternehmen hat, die Chancen erheblich sind, dass sich weitere gute Unternehmen dort niederlassen. Das ist für mich auch wesentlich und nicht nur der Geschäftsgang.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wir sagen jeweils: „Wir danken herzlich für die gute Aufnahme einer guten Rechnung“. Es hat nämlich niemand gesagt, wir hätten eine gute Rechnung gehabt. Jemand hat gesagt: „Euphorisch – Freude herrscht“. Der Stadtrat hat nie von „Freude herrscht“ gesprochen. Dieses Wort ist nicht über unsere Lippen gekommen. Es steht auch nirgends in einem Elaborat, sondern wir sind vornehm zurückhaltend und der Meinung, dass wir einen guten Abschluss gemacht haben. Ich möchte dafür danken, wie es aufgenommen worden ist, und so wie ich es zusammenzählen kann, auch unseren Anträgen zugestimmt wird. Ich möchte einige Worte aufnehmen, gerade das Schlusswort von Christian Wüthrich. In meinen allgemeinen Ausführungen habe ich versucht, etwas über verlässliche Partner zu sagen. Das ist genau das Thema. Bei den SBB habe ich jeweils gesagt, wir seien viel mehr mit der Bahn verbunden als einfach nur so, wir seien ein gutes Ehepaar. Das ist immer noch so. Bei diesen wichtigen grossen Steuerzahlern sind wir in einem sehr guten Konkubinat, um es etwas modern auszudrücken. Die Steuern sind nicht immer nur das Thema für ein solches Unternehmen, hier zu sein. Man kann nämlich auch mit sehr kurzfristigen guten, flexiblen Entscheidungen, zum Beispiel einen Neubau eines solchen Unternehmens realisieren oder Bewilligungen einholen, Firmen behalten oder anziehen. Dies einfach als Hinweis. Ich möchte zwei Punkte erwähnen, die ich hier nicht ausführe, weil es zu langfädig würde. Vorschlagen möchte ich, dass unser Finanzverwalter bei Gelegenheit in der GPK und vielleicht auch in den Fraktionen einmal ausführlich erklärt, wie eine öffentliche Hand ein Controlling und jeden Monat den Abschluss macht. Ruedi Moor hat eigentlich die Steilvorlage dazu gegeben. Es ist nicht ganz gleich wie ein privates Unternehmen. Lasst Euch dies einfach einmal sagen. Wenn man innerhalb von zwei Wochen 10 Millionen Franken Steuergelder hinein geschwemmt erhält, kann man diese nicht drei Monate vorher einplanen. Wenn man innerhalb eines Monats die definitive Abrechnung im EL-Bereich oder im öffentlichen Verkehrsbereich von „oben“ erhält, kann man es nicht vorher prognostizieren, wenn es dann plötzlich eine Differenz von 1 Million gibt. Natürlich sind wir nicht ein Unternehmen mit 5 Millionen Umsatz, sondern mit einer paar Millionen mehr. Deshalb ist es umso schwieriger, Aussagen zu machen. Wir haben eine moderne konservative Budgetierung, und ich denke auch eine moderne, aber zurückhaltende Rechnungslegung. Man kann über alles sprechen, und ich schlage vor, dass wir auch einmal in der politisch verantwortlichen Szene ausführen, wie es in Olten und bei einer öffentlichen Hand abläuft. Zur Pensionskasse: Ich denke, dass es in den eidgenössischen Räten alles Fachleute hat, die sich mit der Pensionskasse befassen oder sich sehr dafür interessieren. Sie sind aktuell dabei, für die Pensionskassen der öffentlichen Hand neue Richtlinien und Regelungen festzulegen. Bis jetzt war es so, dass alle Pensionskassen einen Deckungsgrad von 100 % anstreben und Massnahmen ergreifen müssen, wenn sie ihn nicht erreichen. Man spricht ganz konkret davon, und der Entscheid wird auch kommen, dass die öffentliche Hand, die

eine andere Absicherung und Struktur hat, sich bei 80 % einpendelt. Sinnigerweise haben die Statuten der städtischen Pensionskasse diese Hürde von 80 % in Stein gemeisselt. Wenn er darunter geht, sind Massnahmen zu ergreifen. Man hat es gemacht, hat eine sogenannte AL-Studie verfasst und dementsprechend auch gewisse Vorgaben erhalten. Wir liegen gottseidank wieder über 80 %, haben im Moment eine stagnierende Situation bei rund 82,4 % und hoffen, im Laufe dieses Jahres näher zu 85 % als wieder zurück zu 80 % zu kommen. Theo Schöni, ich entschuldige mich in aller Form für meine unqualifizierte Reaktion. Aber die 5 Millionen Franken haben nichts mit dem Deckungsgrad zu tun. Das ist eine Einlage der Stadt, nur für die städtischen Mitarbeitenden. Man nennt dies die Arbeitgeberbeitragsreserve ohne Verwendungsverzicht. Das heisst, wenn wir dies nicht in die Pensionskasse einwerfen wollen, können wir es auch wieder wegnehmen. Das gilt nur für das Personal, die Mitarbeitenden der Stadt Olten. Wir haben aber bekanntlich noch sehr viele andere Mitwirkende in der Pensionskasse wie Gemeinden, Heime und so weiter und so fort. Damit man auf einen grünen Zweig käme, müssten auch sie nachziehen. Aktuell hat diese Einlage 0,0 % Einfluss auf den Deckungsgrad. Zu den Investitionen: Der FdP-Sprecher hat sinngemäss gesagt, der Stadtrat habe Vorschläge zu Investitionen abgelehnt. Ich möchte wissen, welche wir abgelehnt haben, die nicht schon das Parlament abgelehnt hatte oder die irgendwie anderweitig nicht weitergekommen waren. Wir haben aufgelistet, weshalb wir bei der Netto beurteilung eine Budgetabweichung von 5,5 Millionen Franken haben. Hier sind allein über 4 Millionen Franken durch die Streichung einer Strassenunterführung Rötzmatt entstanden, die das Parlament genehmigt hat. Man hat sie nicht ausgelöst; es wären 18,5 Millionen gewesen, und ein Teil 2009 ist nicht ausgelöst worden, weil man das Projekt ja nicht hat. Die Wärmeanlagen im Schwimmbad sind auf ein anderes Jahr übertragen worden, nämlich auf das jetzige. Man musste im letzten Jahr planen. Es konnte nicht ausgeführt werden, unter anderem auch wegen des Hochwassers der Aare und und und... Der letzte Punkt ist die Altlastensanierung Kleinholz. Ich denke, man muss dies hier schon etwas realistisch sehen. Wir geben uns Mühe, die Investitionen auch mit den vorhandenen Ressourcen auszulösen. Für diesen Hinweis bin ich dankbar. Wenn es nicht geht, werden wir in Zukunft nach Ressourcen schreien, damit wir sie auslösen können. Da könnt Ihr sicher sein. Das Geld sollte man eigentlich nicht horten. Unsere Nachbarstadt im Osten ist die reichste Stadt der Schweiz. Ich sage es immer wieder gerne. Sie kann jetzt langsam aber sicher etwas investieren. Sie brauchen aber auch mehrere Volksabstimmungen, damit Investitionen ausgelöst werden können. Zusammengefasst: Noch einmal herzlichen Dank für die Aufnahme des Rechnungsabschlusses. Der Stadtrat hat gut zugehört, und ich glaube, dass er weiss, was er zu tun hat.

Christian Wüthrich: Beim politischen Kontext ist nicht nur der Stadtrat, sondern natürlich auch das Parlament gemeint. Aber die Vorschläge haben vorgelegen. Ich möchte zwei davon erwähnen. Einer ist die Mahnung vor weiteren Steuersenkungen, wo man eigentlich in den letzten zwei Jahren hier vehement und klar dargelegt hat, dass es weder seriös noch irgend etwas anderes ist, mit den kommenden, zum Teil schlechten Rechnungsjahren. Sie sind zurück genommen worden. Ein aktuelles Beispiel ist der 200-Franken-Gutschein, den man zurück geben wollte. Das sind zwei Sachen, die nicht stattgefunden haben, auch nicht zuletzt bei vielen Leuten hier im Parlament auf Druck der schlechten Jahre. Jetzt muss ich noch etwas sagen. Die Investitionen gemäss Finanz- und Investitionsplan sehen auch eine moderate Verschuldung vor, wenn man es betrachtet. Hier waren wir ja einverstanden, sogar mit einer Verschuldung, einige Parteien mehr oder weniger. Wir müssen jetzt schon langsam schauen. Das haben wir auch in der Fraktion gesagt. Wir müssen schauen, dass wir im Parlament breit abgestützte Sachgeschäfte finden, wo wir an der Grundinfrastruktur, hier haben wir noch einen enormen Bedarf – das müssen wir sehen – endlich einmal vorwärts machen können. Es gibt Projekte, und hier müssen wir schauen, dass wir dies gemeinsam durchziehen können, damit Olten einfach über das Breitenband attraktiver wird. Hier kann über alles gesprochen werden.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

DETAILBERATUNG

Kennzahlen, Ergebnisse: Keine Wortmeldungen

Laufende Rechnung

307.461.02 Kantonsbeitrag an die archäologische Sammlung des Historischen Museums (Seite 25)

Nico Zila: In der GPK hat eine offene Frage die Sitzung überdauert. Für das Jahr 2009 waren Fr. 26'200.— budgetiert, die wir vom Kanton erhalten sollten. Dies ist aber nicht erfolgt. Ich glaube, in der Zwischenzeit ist des Rätsels Lösung gefunden worden.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Er wurde einfach noch nicht bezahlt.

Markus Sieber, Finanzverwalter: Seitens der Stadtverwaltung haben wir bezüglich des Beitrages, den wir für die archäologische Sammlung erhalten, Gespräche mit dem Kanton aufgenommen. Im Moment ist es so, dass die Gespräche noch laufen bzw. im zweiten Teil dieses Jahres wieder aufgenommen werden. Das Ziel ist, dass der Beitrag erhöht werden kann. Aktuell sind die Beiträge 2009 und 2010 noch ausstehend.

Investitionsrechnungen: Keine Wortmeldungen

Bestandesrechnung: Keine Wortmeldungen

Nachtragskredite: Keine Wortmeldungen

Sozialregion: Keine Wortmeldungen

Verwaltungsbericht

Seite 143

Christian Wüthrich: Ernst Zingg hat die Frage schon einmal gehört. Aber ich wäre froh, wenn ich sie vor allen stellen dürfte. Ich muss es los werden. Auf Seite 143 sehen wir das Bild des wunderschönen Lokals, das wir hier nicht zur Freude aller behandelt haben. Man hat sich dann geeinigt, dass dies einer der besten Standorte, wenn nicht überhaupt schlichtweg der beste ist. Ich bin enttäuscht, wenn ich heute dort vorbei gehe. Das Haus ist weder richtig angeschrieben, noch so gestaltet, dass man es wirklich vom Bahnhof her sieht, was ja so wichtig ist. Es hat jetzt zwar eine kleine blaue Info-Tafel, die man aber suchen muss. Aber eine so ausgerichtete Fassade gehört für mich angeschrieben. Andere Städte haben dies längstens gemacht. Dort sieht man die Info-Points auf 100 Kilometer. Das ist vielleicht etwas übertrieben. Aber sie sind sehr gut angeschrieben. So viel Geld, so viel Renommee, so viele Fachkräfte, die wir dort einsetzen. Nicht angeschrieben... Das geht nicht. Ich habe extrem Mühe, so etwas überhaupt zu akzeptieren.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Vielleicht eine banale Aussage: Wenn es dort auch viele Leute hat, das Produkt, das sie schaffen, ist eigentlich entscheidend. Sie machen alle einen sehr guten Job. Das habt Ihr übrigens bewilligt, wofür wir Euch noch lange dankbar sind. Das Gebäude gehört nicht der Stadt Olten. Beschriftungen an Gebäuden oder aufgesetzte

Firmamente liegen nicht unbedingt in der Kompetenz des Stadtrates. Es gibt eine zuständige Kommission, unter anderem die Altstadtkommission. Auch gesagt werden kann aber, dass man grafisch mit einer Anschrift auf der Stadtseite gewisse Fortschritte machen kann. Man müsste vielleicht die grafische Gestaltung dieser Tafel noch etwas anschauen. Hier ist man auch an der Arbeit. Auch mit den Fenstern kann noch etwas gemacht werden. Hier sind wir ebenfalls am Werk. Dies zu Deiner Beruhigung.

Bildung und Sport (Seite 175)

Andreas Schibli: Ich habe eine Frage zur Reform Sekundarstufe I. Meines Wissens läuft die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden grundsätzlich gut. Ich lese im Verwaltungsbericht nach: „Das Ganze gibt zu Optimismus Anlass“. Meine letzten Informationen sind so, dass es bei der Finanzierung hapern könnte und eventuell daran scheitern wird bzw. wer bezahlt was? Hier möchte ich gerne noch genauere Auskünfte, weil es, wie im Verwaltungsbericht steht, eilt. In einem Jahr sollte damit begonnen werden können.

Stadtrat Mario Clematide: Ohne zu viel zu sagen: Deine Beurteilung der Lage ist nicht schlecht, und Entscheidungen werden in relativ kurzer Zeit fallen.

Schulsozialarbeit (Seite 192)

Andreas Schibli: Der Gemeinderatspräsident hat gesagt, es seien nur Auskünfte und Fragen erlaubt. Darf ich auch eine Bemerkung abgeben? Die Schulsozialarbeit in der Stadt Olten habe ich in der letzten Zeit von zwei Seiten kennen gelernt. Erstens zwingend durch meinen Beruf und zweitens auch als Vater von zwei schulpflichtigen Kindern. Ich möchte der Schulsozialarbeit, auch zu Händen des Protokolls, ein Kränzchen winden. Diese Personen machen dies wirklich sehr, sehr gut. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern die Meinung anderer Lehrpersonen der Stadt Olten und von diversen Eltern.

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Loben fehlt bei unseren Vorstössen noch. Wir können zwar Motionen, Postulate und Interpellationen machen. Vielleicht müsste es noch das Instrument des Lobens geben, weil dies ja zwischendurch auch sehr sympathisch ist.

Beilage zu...

Christian Wüthrich: Ich verdanke dies jedes Jahr und mache es auch in diesem Jahr. Die Beilage finde ich extrem wichtig für uns, damit wir sehen, wie die Vollkosten aussehen, wo die Stadt Geld investiert. Besten Dank für die Einführung.

Beschlussesantrag

1. Zustimmung
2. Einstimmige Zustimmung
3. Einstimmige Zustimmung
4. Einstimmige Zustimmung

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die folgenden Rechnungsergebnisse 2009 werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Mehrertrag	Fr.	16'770'178.87
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	Fr.	20'084'926.32
c) Bestandesrechnung (Bilanz)	Bilanzsumme	Fr.	211'371'807.95
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Mehrertrag	Fr.	7'625'618.41
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	Fr.	178'376'945.12

2. Der Mehrertrag der Allgemeinen Verwaltung ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in Vorfinanzierung (Beitrag Verkehrsentslastungsprojekte)	Fr.	8'000'000.00
Einlage in Vorfinanzierung (Beitrag Neubau Fachhochschule)	Fr.	3'000'000.00
Einlage in Eigenkapital	Fr.	5'770'178.87
Total Verwendung	Fr.	16'770'178.87

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 26. Mai 2010 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 5. Mai 2010 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2009 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

Mitteilung an:
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 18/15, 18/22

Prot.-Nr. 116

Rechtsdienst, Pensenerhöhung auf 100%/Genehmigung

Nachdem der Stadtrat im August 2009 eine auf ein Jahr befristete Pensenerhöhung des Rechtsdienstes von September 2009 bis August 2010 vorgenommen hat, beantragt er dem Parlament auf Grund der weiterhin wachsenden Geschäftslast eine definitive Erhöhung auf 100%. Die erforderlichen zusätzlichen 20 Stellenprozente können kompensiert werden, indem derzeit nicht besetzte 20 Stellenprozente beim Umweltschutzamt definitiv zum Rechtsdienst verschoben werden.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Aufgrund der hohen Belastungen durch Tagesgeschäft und Projekte wurde der seit 1996 mit 60% dotierte Rechtsdienst – parallel zum Personaldienst – zuerst ab 1. März 2003 befristet, per 1. Januar 2005 definitiv auf 80% erhöht. Schon zu jenem Zeitpunkt war eine Arbeitsplatzbewertung durch die auf Coachingleistungen spezialisierte Firma Cobbex Consulting AG in Wohlen zur Erkenntnis gekommen, dass der Rechtsdienst derzeit Arbeitspensen von bis zu 100% leiste, um die anfallenden Arbeiten einigermaßen bewältigen zu können; trotzdem mussten aber wünschenswerte Dienstleistungen zurückgestellt werden. Zudem habe der Aufwand im Rechtsdienst aus verschiedenen Gründen stark zugenommen:

- immer mehr Aufgaben mit Fristendruck
- immer mehr Einsprachen und Gerichtsfälle
- An die Vorprüfungen würden immer höhere Anforderungen bezüglich Genauigkeit und Termine gestellt
- Durch immer mehr Gesetze, Verordnungen usw. seien die entsprechenden Abklärungen komplexer und aufwändiger
- Ein grosses Arbeitspensum brächten auch die diversen Projekte, bei denen der Rechtsdienst direkt oder indirekt betroffen sei oder zur Mitarbeit beigezogen werden müsse.

Seit der Arbeitsplatzbewertung durch die Firma Cobbex hat sich der Arbeitsdruck im Rechtsdienst weiter erhöht. Es gibt in der Praxis fast keine bedeutende Vorlage an Stadtrat und Parlament, für die nicht der Rechtsdienst als einziger Experte im Rechtsbereich innerhalb der Stadtverwaltung Olten wesentliche Abklärungen tätigen muss. Auch die rechtlichen Abklärungen im Umfeld der Parlamentssitzungen nehmen stetig zu.

Hinzu kommt die Mitarbeit an zahlreichen Projekten, von der Besoldungsrevision über die juristische Beratung in den Dossiers Stadttheater, Sportpark Olten AG und sbo/a.en bis hin

zu den zentralen Projekten der Stadtentwicklung und -planung. Gross ist insbesondere die wachsende Beanspruchung durch den Bau- und Planungsbereich.

Resultat ist, dass der Rechtskonsulent seit längerer Zeit ein 100%-Pensum erledigt. Nachdem er bis Ende August 2009 trotzdem nur für 80% bezahlt war und als Mitglied der Direktionskonferenz gemäss Art. 16c Abs. 3 Personalverordnung kein Anspruch auf Überstundenentschädigung geltend machen kann, hatte der Stadtrat deshalb am 24. August 2009 entschieden, das Pensum des Rechtskonsulenten befristet auf 1 Jahr ab 1. September 2009 von 80% auf 100% zu erhöhen.

2. Erwägungen

Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass es sich bei der stark gewachsenen Belastung nicht um eine temporäre bzw. einmalige Erscheinung handelt: Die Zahl der Rechtsfälle steigt weiterhin an und auch die Begleitung von Grossprojekten wie etwas Olten SüdWest beansprucht auf viele Jahre hinaus auch in juristischer Hinsicht grosse Manpower.

Grundsätzlich wären auch externe Vergaben von Mandaten möglich. Hier gilt es allerdings festzuhalten, dass die Kosten bei externen Vergaben (Ansätze ab CHF 250 pro Stunde) hoch sind, das bei Externen vorhandene Wissen im Verwaltungsrecht beschränkt ist und das Knowhow zu den einzelnen Fällen innerhalb der Verwaltung notwendig ist und zu wichtigen Synergieeffekten führt. Abgesehen von einzelnen Aufträgen in Spezialbereichen muss daher nach Ansicht des Stadtrates der Akzent weiterhin auf einer internen „Grundversorgung“ liegen.

Ein Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass sich die Stadt Olten mit derzeit 80 Stellenprozenten im unteren Rahmen bewegt (alle ohne Vormundschaftsbereich):

Aarau (16'000)	Baden (17'000)	Biel (49'000)	Grenchen (16'000)	Burgdorf (15'000)	Liestal (13'000)	Solothurn (15'000)	Thun (42'000)	Uster (31'000)
z.T. durch Stadtschreiber abgedeckt 50% MA Komplexe Bauverfahren werden extern vergeben	30% durch Stadtschreiber 100% im Bauwesen	80% in Stadtkanzlei (Aufstockung in Planung) ca. 350% in Direktionen	25% Leitung 90% MA	20% durch Stadtschreiber abgedeckt Externe Mandate für CHF 80'000	50% Leitung 100% Volontär	50-60% Leitung 50% MA	200%	100% in Stadtkanzlei 100% im Bauwesen

3. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

3.1 Finanzielle Auswirkungen

Bei einer Aufstockung auf 100% entstehen jährliche Mehrkosten von CHF 30'000 Lohnkosten sowie CHF 6'600 Sozialleistungen. Dies bedeutet für die verbleibenden vier Monate des Jahres 2010 (ab 1. September) einen zu genehmigenden Nachtragskredit von

CHF 10'000 zu Gunsten Konto 020.301.00 bzw. CHF 2'200 zu Gunsten Konto 020.395.00. Die Kosten werden ab 2011 ins ordentliche Budget aufgenommen.

3.2 Mittelrückfluss und Kompensation

In der Arbeitsplatzbewertung der Firma Cobbex wird festgehalten, dass seriöse Abklärungen durch den Rechtsdienst zu Geld- und Zeiteinsparungen führen können, so etwa auf Grund weniger Gerichtsfälle und Einsprachen sowie schnellerer und effizienterer Abwicklung der Geschäfte für Stadtrat und Parlament. Insbesondere auch rechtzeitiges Handeln im Personalbereich (z.B. bei IV-Fällen) und im Versicherungsbereich kann wesentliche Folgekosten vermeiden.

Im vergangenen Jahr hat der Stadtrat festgehalten, dass derzeit 20 Stellenprozente im Umweltbereich nicht besetzt sind und diese weiterhin nicht zu besetzen seien, bis die Frage der Stellendotierung im Rechtsdienst definitiv geregelt ist. Er schlägt dem Parlament nun vor, die erforderlichen zusätzlichen 20 Stellenprozente insofern zu kompensieren, dass die derzeit nicht besetzten 20 Stellenprozente beim Umweltschutzamt (785) definitiv zum Rechtsdienst (020) verschoben werden.

4. Stellungnahmen

Die Querschnittsdienstleister begrüssen auf Grund ihrer Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst die Stellenerhöhung.

Beschlussesantrag:

1. Der definitiven Pensenerhöhung des Rechtskonsulenten von zurzeit 80% (aktuell definitiv bewilligt) auf neu 100% wird zugestimmt.
2. Den erforderlichen Nachtragskrediten von CHF 10'000 zu Gunsten Konto 020.301.00 bzw. CHF 2'200 zu Gunsten Konto 020.395.00 für das Jahr 2009 wird zugestimmt. Die übrigen Kosten werden ins Budget 2011 aufgenommen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Stefan Hagmann begibt sich in den Ausstand.

Heidi Ehram: Die GPK hat die Pensenerhöhung des Rechtsdienstes von 80 auf 100 % an ihrer letzten Sitzung behandelt. Sie ist der Ansicht, dass sie sinnvoll und gerechtfertigt ist, da die rechtlich abzuklärenden Anliegen der gesamten Verwaltung zugenommen haben. Weitere Ausführungen zur gewachsenen Arbeitslast des Rechtskonsulenten erübrigen sich. Das ist im Bericht und Antrag ausführlich erfolgt. Besonders zu erwähnen sind aber noch die komplexen Anforderungen an den Rechtsdienst bei den geplanten Bauprojekten. Die Erhöhung um 20 Stellenprozente des Rechtskonsulenten schliesst nach Meinung der GPK nicht aus, dass je nach Situation bei einem Projekt ein externes Mandat geprüft werden könnte. Kurz ist auch noch die Frage diskutiert worden, ob es richtig sei, 20 Stellenprozente bei der Umweltfachstelle zu streichen. Nach Ansicht der GPK kann der Stadtrat bei einem

neuen Bedarf beim Umweltschutzamt mit einem entsprechenden Antrag wieder an das Parlament gelangen. Deshalb begrüsst die GPK die definitive Verschiebung der 20 Stellenprozente zum Rechtsdienst. Es zeigt sich, dass der Stadtrat bei diesem Personalgeschäft seine Führungsaufgabe wahrgenommen hat und eine Kompensation beantragt, wie dies seit Jahren bei Pensenerhöhungen und bei neuen Stellen in der GPK immer wieder zur Diskussion stand. Die GPK ist einstimmig auf das Geschäft eingetreten und beantragt dem Parlament ebenfalls einstimmig, dem Beschlussesantrag zuzustimmen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Heidi Ehram, vielen Dank für den Kommentar namens der GPK. Ich muss eigentlich nichts mehr beifügen. Ihr habt den Bericht und Antrag. Vielleicht trotzdem zwei, drei Sätze. Die Stadt Olten ist ein grosses Unternehmen. Wir haben sehr komplexe Geschäfte, einen grossen Finanzhaushalt, und es gibt im Unternehmen Stadt Olten praktisch kein Geschäft mehr, auch innerhalb des Stadtratsgremiums, das wir am Montagmorgen behandeln, das nicht durch einen Stabsdienst unbedingt behandelt oder vorberaten, vorbesprochen oder geprüft werden muss. Wir haben deshalb auch die Institution der sogenannten Querdienstleistenden geschaffen. Das umfasst Recht, Finanzen, Controlling und Personal. 9 von 10 Geschäften gehen im Vorfeld der Stadtratssitzung und des Parlaments dort vorbei, je nachdem wer die Kompetenzen dafür hat, und müssen geprüft werden. Das bedingt eine Verfügbarkeit. Der Stadtrat hat wirklich vorbereitet, was er heute vorlegt. Er hat nämlich die Stelle des Rechtskonsulenten auf ein Jahr befristet geschaffen und geschaut, ob mit der Aufstockung auf 100 % diesem Bedürfnis, das wir unzweifelhaft haben, Nachachtung verschafft werden kann. Wir sind überzeugt, dass dies so ist, möchten klare Verhältnisse schaffen, und beantragen deshalb, auch im Sinne einer Wahrnehmung der Führung im personellen Bereich dem Parlament, die definitive Schaffung oder Erhöhung um 20 % auf 100 %. Der Rechtskonsulent ist übrigens auch der Rechtskonsulent des Parlaments. Danke für die Zustimmung zum Bericht und Antrag.

Luzia Stocker Rötheli, SP: Die Vorlage hat in unserer Fraktion etwas zu diskutieren gegeben, weil im Zusammenhang mit dem Antrag und der Kompensation nicht ganz klar war, was man eigentlich wie abstimmen müsste. Wirklich klären konnten wir dies nicht. Aus unserer Sicht ist der Bedarf für die Erhöhung dieses Pensums klar gegeben. In der Vorlage ist ausgewiesen, dass der Rechtskonsulent ja schon länger 100 % arbeitet und dies seit einem Jahr in einer befristeten Erhöhung macht. Die Stelle wieder auf 80 % zu reduzieren würde sicher keinen Sinn machen. Eine andere Variante wäre, sie weiterhin befristen zu lassen, das heisst, sie noch einmal befristet zu bewilligen. Das ist sicher nicht in unserem Sinne. Befristeten Stellen stehen wir bekanntlich eher kritisch gegenüber, vor allem, wenn der Bedarf ausgewiesen ist. Mit der Kompensation sind wir grundsätzlich einverstanden. Wir finden dies auch begrüssenswert. Allerdings zeigt sich hier einmal mehr, dass eine Kompensation nur um der Kompensation willens eigentlich wenig sinnvoll ist. Die beiden Stellen haben herzlich wenig miteinander zu tun. Inhaltlich sicher nicht, aber auch finanziell nehme ich an, dass die 20 % beim Rechtskonsulenten nicht den gleichen Kostenrahmen wie die 20 % bei der Umweltfachstelle haben. Die Forderung der Bürgerlichen bei der Kompensation ist aber immer eine quantitative und nicht eine qualitative. Das heisst, es ist eigentlich etwas salopp ausgedrückt „wurst“, was kompensiert wird. Hauptsache man kompensiert. In diesem Zusammenhang möchten wir durchaus wieder einmal in Frage stellen, wie sinnvoll dies ist. Nichts desto trotz werden wir der Pensenerhöhung natürlich zustimmen.

Marc Winistörfer: Die SVP-Fraktion wird das Eintreten auf das Geschäft einstimmig unterstützen und auch dem Materiellen einstimmig zustimmen. Die Begründung liegt auf der Hand. Einerseits erachten wir es auch als gegeben, dass die Geschäfte immer komplexer werden, juristische Fragestellungen nehmen zu. Es gibt mehr gesetzliche Grundlagen, die eine Stadt und auch uns im Parlament beschäftigen. Sicher gibt es auch eine grosse Zahl Vorstösse, die der Rechtsvertreter begleiten muss. Insofern ist der Bedarf sicher geklärt. Grundsätzlich ist hier nichts dazu zu bemerken. Wir nehmen sehr positiv auf, dass die Stadt gewillt ist zu kompensieren, erkennen darin auch einen gewissen Lerneffekt, dass endlich

einmal umgesetzt wird, was wir schon lange fordern, dass Stellenprozente kompensiert werden. Wenn Luzia Stocker von quantitativer und qualitativer Kompensation spricht: Wir hätten natürlich auch nichts dagegen, wenn man die 20 Prozente nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ einspart, sprich auch bei der Lohnsumme sicher noch Einsparungen ausgemacht werden können, wenn man sie dort noch kompensieren könnte. Wir werden zustimmen und danken dem Stadtrat ausnahmsweise einmal für den Lerneffekt und die Kompensation.

Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir werden auf das Geschäft eintreten und dem Beschlussesantrag auf Pensenerhöhung für den Rechtsdienst einstimmig zustimmen. Die Verwaltung und das Parlament sind darauf angewiesen, dass Rechtsfragen in den verschiedensten Bereichen effizient und kompetent behandelt werden, was langwierige Rechtsstreitigkeiten verhindern kann. Deshalb müssen auch der Arbeitslast entsprechend diese Stellenprozente zur Verfügung stehen. Über den ausgewiesenen Bedarf dieser Stellenerhöhung muss ich nichts mehr sagen. Zudem unterstützen wir auch die Verschiebung der 20 Prozente vom Umweltschutzamt zum Rechtsdienst. Diesmal ist es erfreulich, dass die Diskussion über die Pensenerhöhung ganz sachbezogen stattfinden kann und nicht mit einer Kompensationsdiskussion konkurrenziert. Das ist die Meinung unserer Fraktion zu diesem Thema. So war denn auch die Pensenerhöhung in unserer Fraktion völlig unangefochten. Ernst Zingg hat es gesagt: Der Rechtskonsulent ist auch der Rechtskonsulent des Parlaments. Unsere Fraktion schätzt vor allem die rechtlichen Auskünfte des Rechtskonsulenten während der Gemeinderatssitzungen, die ja für politische Entscheide manchmal auch durchaus richtungsweisend sein können.

Patrick Weibel: Die Grüne Fraktion unterstützt den Bericht und Antrag des Stadtrates ebenfalls. Wir schätzen die Arbeit des Rechtsdienstes sehr und möchten auch herzlich dafür danken. Ein Bedarf von 100 Stellenprozenten ist unserer Meinung nach klar gegeben, und wir sehen auch, dass die 20 % beim Umweltschutz zur Zeit nicht akut gebraucht werden. Wir sind aber der Meinung, dass wir, wenn im Umweltbereich Bedarf besteht, und ich denke hier vor allem an Klima- und Energiefragen, die mit Sicherheit in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden, hier im Parlament ganz klar auch wieder die Möglichkeit haben müssen, die Kapazitäten in diesem Bereich aufzustocken. Die Grüne Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Beschlussesanträge.

Nadja Fleischli: Ich möchte mich ganz kurz halten und nicht wiederholen, was meine Vorredner schon gesagt haben. Auch die FdP erachtet die Erhöhung des Pensums des Rechtskonsulenten aus den genannten Gründen als legitim. Besonders erfreut ist auch bei uns die Kompensation zur Kenntnis genommen worden. Vor allem zu erwähnen ist die bedarfsorientierte Kompensation, die der Stadtrat hier vorschlägt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der definitiven Pensenerhöhung des Rechtskonsulenten von zurzeit 80% (aktuell definitiv bewilligt) auf neu 100% wird zugestimmt.
2. Den erforderlichen Nachtragskrediten von CHF 10'000 zu Gunsten Konto 020.301.00 bzw. CHF 2'200 zu Gunsten Konto 020.395.00 für das Jahr 2009 wird zugestimmt. Die übrigen Kosten werden ins Budget 2011 aufgenommen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Personaldienst
Rechtskonsulent
Lohnbuchhaltung
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 3/12

Prot.-Nr. 117

Kanalspülfahrzeug, Ersatzanschaffung/Kreditbewilligung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Bis im August 1994 besass die Stadt Olten ein eigenes Kanalspül- und Reinigungsfahrzeug. Nach einem grösseren Unfall (altersbedingtes Handbremsversagen) konnte das damals bereits 23 Jahre alte Fahrzeug nicht mehr repariert werden. Von 1994 bis 1999 wurde ein fremdes Fahrzeug eingemietet. Dieser Mietvertrag hat in der GPK und auch in anderen Gremien zu Diskussionen Anlass gegeben und führte zum Auftrag, die Neuanschaffung eines eigenen Fahrzeuges eingehend zu prüfen (Protokoll Gemeindeparlament vom 5.11.1998). Anhand der Einsatzdauer und den daraus resultierenden Betriebskosten stellte sich heraus, dass ab ca. 1'200 Einsatzstunden pro Jahr ein Kauf günstiger zu stehen kommt als eine Fremdmiete.

Das 10-jährige Kanalspülfahrzeug des Werkhofes ist täglich im Einsatz und wird stark beansprucht. Dabei werden neben dem Kanalisationsnetz der Stadt Olten, auch die Leitungen der Gemeinde Trimbach, des Zweckverbandes Abwasserregion Olten (ZAO) und teilweise des Kantons (Strassenabwasserleitungen) unterhalten. Daraus ergeben sich heute ca. 1'500 Stunden Betriebsdauer. Durch die sehr gute Auslastung und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ergeben sich aber Abhängigkeiten. So sollen Stillstandszeiten infolge Reparaturen möglichst vermieden werden, da Ersatzfahrzeuge eingemietet werden müssen, um die Arbeiten ausführen zu können. Da kein zweites Fahrzeug zur Verfügung steht, sind andere Möglichkeiten nicht gegeben und es entstehen höhere Kosten.

In letzter Zeit kündigen sich grössere Reparaturen an, was zum einen hohe Kosten und zum anderen Arbeitsausfälle verursacht. Durch die starke Beanspruchung der mechanischen Betriebsteile des Fahrzeuges ist damit zu rechnen, dass in nächster Zeit grössere Unterhaltsarbeiten am Getriebe (Lebensdauer 10 bis 12 Jahre) und der Ersatz der Vakuumpumpe (Lebensdauer 10 bis 12 Jahre) anfallen werden. Im nächsten Jahr (2011) muss die gesetzlich vorgeschriebene Kesselinspektion (Gefahrguttransportfahrzeug) durchgeführt werden, wofür alleine schon Fr. 25'000.00 vorzusehen sind. Bedingt durch die schweren Lasten des Kessels sind die Federungen ebenfalls 2011 zu erneuern (KV Fr. 5'000.00). Im Werkhof und in der Verwaltung setzte sich daher die in der Fachwelt unbestrittene Meinung durch, das Fahrzeug rechtzeitig zu ersetzen, die Reparaturkosten zu vermeiden und auch einen höheren Rücknahmepreis für das alte Fahrzeug zu erzielen.

2. Kosten

Gestützt auf eine Richtofferte vom Sommer 2009 ist mit folgenden Kosten zu rechnen:

Chassis	Fr. 235'000.00
Aufbau	Fr. 430'000.00
Zusatzgeräte	Fr. 20'000.00
Brutto inkl. MwSt	Fr. 685'000.00

Für den Verkauf des alten Fahrzeuges rechnet man mit einem Erlös zugunsten Konto 710.606.02 von mindestens Fr. 50'000.00, möglich sind auch gegen Fr. 100'000.00.

3. Finanzierung

Der ganze Bereich der Abwasserbeseitigung ist in einer Spezialfinanzierung vollständig über die Gebühren finanziert. Im Bericht der Gebührenplanung der Stadt Olten über die Abwasserbeseitigung (Dr. Othmar Hausheer, 26.10.1999) sind Ersatzanschaffungen einberechnet. Da die Arbeitsleistungen dieses Kanalspülfahrzeuges den Bestellern (intern und extern) in Rechnung gestellt werden, kann das Fahrzeug auch innert der erforderlichen 10 Jahre amortisiert werden. Die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel der Spezialfinanzierung „Abwasserbeseitigung“ lassen den Kauf des Kanalspülfahrzeuges zu, wie dies geplant wurde.

4. Stellungnahme der Querschnittsdienstleister

Im vorliegenden Bericht und Antrag sind die Stellungnahmen der Querschnittsdienstleister berücksichtigt.

Beschlussesantrag:

I.

1. Für die Ersatzanschaffung des Kanalspülfahrzeuges wird in der Investitionsrechnung zulasten Spezialfinanzierung „Abwasserbeseitigung“, Konto 710.506.02, ein Bruttokredit von Fr. 685'000.00 bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I/1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Lukas Derendinger: Das Geschäft ist in der GPK behandelt worden und es hat keine grossen Gegenstimmen in irgend einer Art gegeben. Zu diskutieren hat die Frage gegeben, was schliesslich mit dem alten Fahrzeug oder „Stehzeug“, wie wir dann heraus gefunden haben, passiert. Es bestand die Angst, dass dies dann quasi irgendwo eingesetzt wird, wo es nicht sollte. Herr Balz hat uns erklären können, dass es sehr wahrscheinlich an eine Firma in der Schweiz verkauft wird, die es in den nächsten 10 bis 20 Jahren als Ersatzfahrzeug nutzen wird und die Stadt von diesem Geld wieder etwas hat. Wenn die Stadt Olten wegen Reparatur einmal auf ihr Fahrzeug verzichten muss, kann sie auf ein

solches zurück greifen. Das war die einzige grössere Diskussion. Gedankt wurde auch dafür, dass die alten Protokolle dabei waren, so dass man sehen konnte, wie sich das ganze Geschäft in den letzten bald 15 Jahren entwickelt hat und weshalb hier eine Neuanschaffung gemacht werden muss.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Es hat tatsächlich eine Geschichte, dass man aus den verschiedenen Anschaffungsmethoden auch gelernt hat. Leasing haben wir einmal diskutiert. Einmal hatte man eine Miete. Die Erfahrung zeigt auch, dass die entsprechende Anschaffung, wie wir sie jetzt beantragen, richtig ist. Einen Punkt möchte ich gerne noch mündlich ergänzen. In Punkt 3, Finanzierung, wird gesagt, dass die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel dies zulassen. Jetzt interessiert vielleicht auch, wieviel in diesem Fonds noch enthalten ist. Es sind zwischen 4 und 5 Millionen Franken, so dass die Finanzierung sicher gestellt ist. In diesem Zusammenhang möchte ich auch antönen, dass wir das Reglement bezüglich Abwassergebühren abändern werden. Hier gibt es vom Kanton her die entsprechenden Vorschriften, dass bei versickerbarem Wasser oder Gelände, wo mehr Wasser versickern kann, entsprechende Anreizsysteme geschaffen werden. Das ist vom Kanton her vorgegeben, und wir werden in diesem Zusammenhang dem Parlament die Reglementsänderung dann auch beantragen. Ich bitte Euch im Namen des Stadtrates, auf das Geschäft einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Rolf Braun: Die SP beurteilt die Anschaffung eines stadt-eigenen Kanalspülfahrzeug als sinnvoll. Wie wir gehört und gelesen haben, ist auch die Finanzierung sicher gestellt. Zudem ist es sicher für die Stadt sinnvoller und günstiger, ein solches Fahrzeug zu kaufen als dauernd anzumieten. Das haben die Vergangenheit und andere durchgeführte Studien gezeigt. Jetzt werden teure Revisionen und Inspektionen fällig. Zudem führen diverse Reparaturen, die immer häufiger werden, zu Stillstandszeiten, was die Verfügbarkeit in Frage stellt und wiederum kurzfristige Mieten nötig macht. Aus all diesen Gründen ist eine Neuanschaffung sicher unbestritten, und die SP wird für Eintreten stimmen und materiell zustimmen. Noch eine Bemerkung zum Bericht und Antrag: Die SP bittet darum, dass künftig in Berichten und Anträgen des Stadtrates genauere Formulierungen verwendet werden als dies zum Beispiel unter Punkt 4 mit Querschnittsdienstleistern gemacht wurde. Es ist wichtig, dass man punkto Transparenz genau weiss, wer und was damit gemeint ist. Ernst Zingg hat dies zwar vorher im Zusammenhang mit der Pensenerhöhung des Rechtsdienstes kurz erläutert. Aber es wäre gut, wenn man dies gleich im Bericht und Antrag definiert hätte.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Wir werden auf das Geschäft eintreten und zustimmen. Der Bedarf ist offensichtlich gegeben. Das Einzige, was bei uns noch etwas zu diskutieren gegeben hat, ist die Tatsache, dass die Neuanschaffung schon jetzt erfolgen muss. Ich habe die Auszüge aus dem Protokoll des Gemeindeparlamentes von 1998. Dort steht, das Kanalspülfahrzeug habe eine Nutzungsdauer von 15 Jahren. Jetzt hat aber offensichtlich ein Teil davon nur eine Nutzungsdauer von 12 Jahren. Unserer Ansicht nach war es eigentlich absehbar, dass eine Neuanschaffung vorher erfolgen muss. Wir möchten einfach darum bitten, dies in Zukunft genauer zu prüfen und anzugeben. Das heisst, dass man halt sagt: Es sind nur 12 Jahre. Dies auch im Sinne von Amortisationsüberlegungen, die man ja dann anders anstellen muss als wenn man von einer Nutzungsdauer von 15 Jahren ausgehen kann. Wir begrüßen auch, dass man sich darum gekümmert hat, das Fahrzeug an eine Partnerstadt in der Schweiz zu verkaufen und man bei einer Notwendigkeit eventuell darauf zurück greifen kann. In diesem Sinne werden wir dem Geschäft zustimmen.

André Köstli, SVP-Fraktion: Dass das bald 10-jährige Kanalspülfahrzeug ersetzt werden soll, weil es fast tagtäglich sehr gut ausgelastet ist, auch mit diversen Aufgaben bis hin zum Gefahrguttransport und auch dementsprechend gebraucht wird, erachten wir es deshalb als sinnvoll, dies auch so zu ersetzen. Es macht wirklich keinen Sinn, ein ewiges Flickwerk daraus zu machen, weil dann aufgrund des Alters ständig mehr Reparaturen und Betriebsausfälle sicherlich zu grossen Nachtragskrediten führen könnten. Uns gefällt natürlich sehr, dass für den Verkauf des alten Fahrzeugs gemäss telefonischer Auskunft von

Herrn Balz sogar mit rund Fr. 130'000.— zu rechnen ist. Dieses Geld kann dank der zur Verfügung stehenden liquiden Mittel von der Spezialfinanzierung so eingesetzt werden, wie es auch geplant worden ist und wiederum in 10 Jahren für ein neues Fahrzeug reichen sollte. Die SVP-Fraktion vertraut dem vorliegenden Bericht und Antrag des Stadtrates für dieses Projekt und macht deshalb einstimmig beliebt, den Beschlussesanträgen zuzustimmen.

Georg Dinkel: Die Fraktion CVP/EVP/GLP wird der Vorlage einstimmig zustimmen. Wenn man die anstehenden und nicht voraussehbaren Reparaturkosten zusammenrechnet, ist eine Neuanschaffung sicher sinnvoll. Aus diesem Grunde werden wir der Vorlage einstimmig zustimmen.

Daniel Dähler, FdP-Fraktion: Wir werden einstimmig zustimmen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Beschlüsse

Ziffer I./1. und I./2. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer II. wird einstimmig zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Für die Ersatzanschaffung des Kanalspülfahrzeuges wird in der Investitionsrechnung zulasten Spezialfinanzierung „Abwasserbeseitigung“, Konto 710.506.02, ein Bruttokredit von Fr. 685'000.00 bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziffer I./1. dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Ich stelle fest, dass es Investitionen zur Zeit leichter haben als auch schon.

Mitteilung an:
Baudirektion
VL Baudirektion
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 7/2

Prot.-Nr. 118

Uferweg Gösgerstrasse, Gesamtsanierung/Projekt- und Kreditbewilligung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

Ausgangslage

Bereits im Jahr 2005 wurden Vorbereitungen und Abklärungen bezüglich "Schweiz Mobil" getroffen. Neben dem Veloland, dem Wanderland, dem Mountainbikeland, dem Paddelland war auch Skatingland ein Thema. Die schweizerische Skatingroute sollte den Bodensee mit dem Neuenburgersee verbinden, möglichst den Flüssen entlang, um Steigungen zu vermeiden. Mittlerweile ist diese Skatingroute beschildert und führt von Winznau her auf dem Uferweg an der Gösgerstrasse in die Stadt Olten hinein und übers Gheid in Richtung Westen. Mit der Einführung der Skatingroute stellte sich die Frage des Miteinanders von Wanderern, Skatern und Velofahrenden auf dem Uferweg. Schnell war klar, dass der bestehende, holprige und zum Teil sehr schmale Weg den Ansprüchen nicht genügen wird.

Projekt Sanierung Uferweg Gösgerstrasse

Vor dem Projektieren der Sanierung wurden alle Bedürfnisse abgeklärt. So wurde die Spezialkommission "Vorbereitung Wettbewerb Attraktivierung Aareraum" angefragt, ob die Sanierung erfolgen könne, ohne den Wettbewerb abzuwarten. Dies wurde bejaht. Die Bedürfnisse des Werkhofes für einen zeitgemässen Unterhalt flossen ebenso in die Überlegungen ein wie die bestehenden, schönen Bäume oder die bestehende Flora und Fauna. Auch sollten die Infrastrukturanlagen in dieser Aareböschung bereinigt werden. Nicht mehr Benötigtes sollte entfernt, Notwendiges beibehalten werden. Die Baurechte der SBB wurden ebenfalls mit einbezogen wie auch die Hochwassersituation und die Kraftwerkskonzession. Aus all diesen Überlegungen und umfangreichen Abklärungen kamen die folgenden projektbildenden Vorgaben zu Stande:

- Die Wegbreite soll wenn möglich 2.50 m betragen
- Die Weghöhe soll wegen Hochwasser und zur Schonung der Wurzeln eher 15 bis 20 cm höher zu liegen kommen
- Die schönen Einzelbäume müssen geschont und umgangen werden
- Es ist einheimischer Kalkstein und nicht Granit als Baustoff vorzusehen
- Die Möglichkeiten für den Unterhalt durch den Werkhof sollen massiv verbessert werden

Für die Sanierung konnten alle Vorgaben eingehalten werden. Durch den Einbezug der bestehenden Bäume und Ufermauern entsteht ein abwechslungsreicher Weg entlang der Aare. Diverse Zugänge zum Wasser konnten wieder instand gestellt werden. Die Hecken und Baumäste bei den Sitzbänken wurden zurückgeschnitten, die Aussicht an das westliche Aareufer frei gegeben. Die Änderung der defekten Betonmauern in Kalksteinmauern lockert

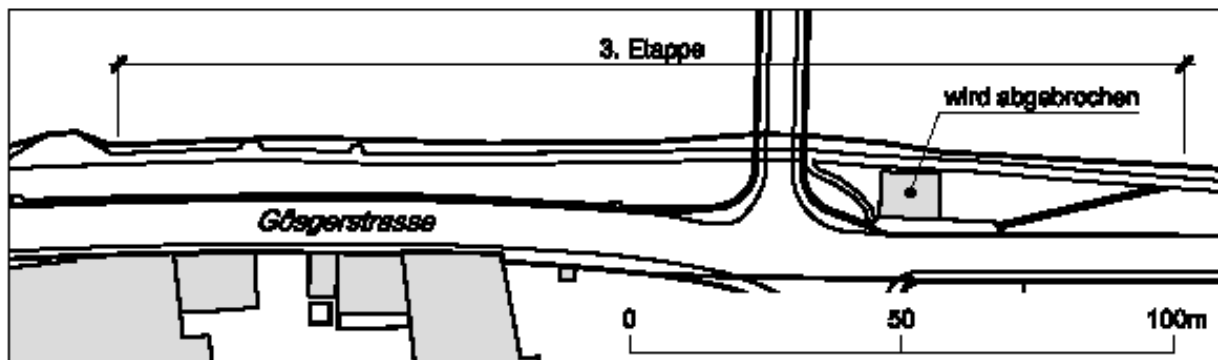
zusätzlich auf und gibt den dort ansässigen Eidechsen und Lurchen neue Unterschlüpfte. Die Bereinigung der Infrastrukturbauten mit dem Entfernen von Betonbauten in der Böschung hat die Natürlichkeit des Ufers stark verbessert.

Da der Uferweg im bereits erstellten Abschnitt nun mit den kleinen Unterhaltsfahrzeugen befahren werden kann, herrscht eine massiv bessere Sauberkeit und Ordnung. Der bereits erstellte Abschnitt ist für Fr. 780'000.00 bei einer Länge von 370 m erstellt worden.

Kosten

Die Böschungsverbauungen (Schwergewichtsmauern aus Stampfbeton) sind nun fast hundert Jahre alt, teilweise sind sie am Zerfallen. Da der Ersatz dieser Bauwerke ebenfalls in die Kosten der Sanierung Uferweg eingerechnet sind, fallen die Kosten eher hoch aus. Diese Ufermauern stützen jedoch auch das gesamte Ufer und eine Sanierung ist auch ohne Uferweg erforderlich. Die Lebenserwartung ist ebenfalls erreicht, so dass eine neue Investition in den Erhalt der Aareböschung mit den Werkleitungen und der Kantonsstrasse sowie der Attraktivierung des Aareufers als Ort der Erholung und Freizeit sicherlich gerechtfertigt ist.

Der nächste zur Sanierung vorgesehene Abschnitt beginnt beim Sitzplatz und endet mit der Einmündung des Weges von der Gösgerstrasse unterhalb der Trimbacherbrücke.



Gebäude SBB "wird abgebrochen"

Das ehemalige Gebäude zur Wasserfassung, welches den SBB gehört, soll abgebrochen werden. Gemäss Zonenplanvorschriften sollen im Aareraum nur Nutzungen zugelassen werden, welche dem Zweck dieser Freihaltezone dienen. Das Baurecht, welches die SBB von der Stadt haben, sieht den Rückbau durch die SBB vor, wenn das Gebäude nicht mehr den Zwecken der SBB dient. Dies ist nun gegeben.

Durch diese "Entfernung des Fremdkörpers" wird das Aareufer wiederum gewinnen.

Die bereits ausgeführten Sanierungsetappen und die nun anstehende Etappe muss durch die Stadt Olten alleine getragen werden. Da der Kanton Solothurn auf der Gösgerstrasse ein Trottoir und die Velostreifen zur Verfügung stellt, sieht er keine Möglichkeit an einer Kostentragung.

Anders sieht es in der Fortsetzung aus. Dort bestehen weder ein Trottoir noch spezielle Velospuren. Das Trottoir bei den SBB-Brücken mündet sogar in den städtischen Uferweg. Für diesen Abschnitt wurde dem Kanton ein Gesuch um Kostenbeteiligung gestellt. Die Antwort ist noch ausstehend.

Gesamtkosten

3. Etappe ⇒ Stadt Olten alleine:

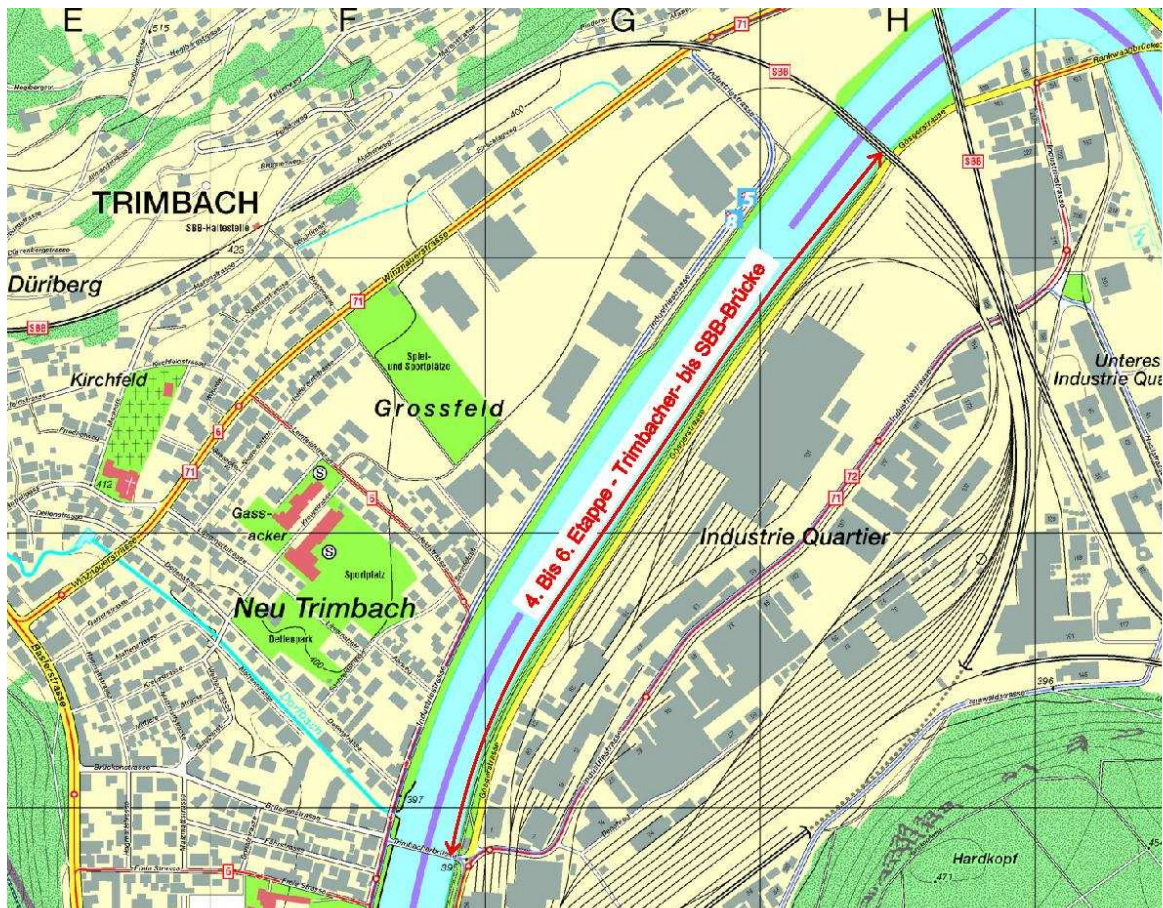
Ufermauern	Fr.	75'000.00
Befestigungen/Abbrüche	Fr.	25'000.00
Geländer (städtisch in Metall)	Fr.	45'000.00
Wegbau	Fr.	195'000.00
Honorare und Unvorhergesehenes	Fr.	45'000.00
MwSt 8.0 % (ab 1.1.2011)	Fr.	30'000.00
TOTAL 3. Etappe	Fr.	415'000.00

4. bis 6. Etappe (mit Beteiligung Kanton bis SBB-Brücken, Gesamtlänge 1'100 m):

Ufermauern (fast keine mehr)	Fr.	125'000.00
Befestigungen	Fr.	75'000.00
Geländer (ländlich in Holz)	Fr.	150'000.00
Wegbau	Fr.	985'000.00
Honorare und Unvorhergesehenes	Fr.	140'000.00
MwSt 8.0 % (ab 1.1.2011)	Fr.	125'000.00
TOTAL 4. bis 6. Etappe	Fr.	1'600'000.00

Beteiligung Kanton Solothurn

noch unklar



Finanzplan

Die Ausführung ist in Etappen vorgesehen und im Finanzplan berücksichtigt.

Die Stabsstellen wurden zur Stellungnahme eingeladen und deren Bemerkungen sind in die Vorlage eingeflossen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Das Projekt "Sanierung Uferweg Gösgerstrasse" wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 2'015'000.00 zu Gunsten Konto Nr. 330.501.05 wird genehmigt und frei gegeben.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Die Ziffer I/2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Daniel Dähler, GPK: Auch dieses Geschäft ist kurz und schmerzlos über die Bühne gegangen. Festgestellt worden ist, dass wir nicht mehr von einem Wanderweg sprechen, sondern inzwischen von einem Uferweg. Das ist mit Genugtuung entgegen genommen worden. Was bestimmt noch etwas fehlt, ist der Beitrag des Kantons. Hier hoffen wir wirklich, dass die 30 %, die uns so plus minus formuliert worden sind, auch wirklich eintreffen. Das einzige Thema war im Rahmen der eingedruckten Pläne die Etappierung 4 bis 6, weshalb das so ist. Das wurde in dem Sinne erklärt, dass eine Etappe nach der anderen und nicht in einem Stück gebaut wird und diese Etappen somit dementsprechend vorhanden sind und schliesslich nicht eine Etappe dargestellt ist. Somit empfiehlt die GPK einstimmig zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Wir haben ja im November etwas heftig über dieses Geschäft diskutiert. Ich denke, so wie es jetzt kommt, auch mit der Etappierung, mit den Kostenpunkten, die aufgeführt sind, haben wir in diesem ganzen Bereich eine Übersicht schaffen können. Meiner Meinung nach ist es vor allem auch interessant und wichtig, dass man die letzte Etappe – es sind dann eigentlich drei – miteinander realisiert, damit man dort schliesslich wirklich einen durchgehenden Lauf hat. Ich möchte Euch bestens danken, wenn Ihr auf das Geschäft eintretet, ihm auch zustimmt, damit er – es ist übrigens ein Teil des sogenannten Aareweges, Veloweges entlang der Aare in der Region - attraktiv bleibt und für die Bevölkerung wieder nutzbar wird.

Patrick Kissling: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat das vorliegende Geschäft an der Fraktionssitzung eingehend diskutiert und bedankt sich bei den zuständigen Personen des Tiefbaus für die Vorbereitung der Vorlage und die geleistete Arbeit. Der Bericht und Antrag war in unserer Fraktion grundsätzlich unbestritten. Wir begrüssen, dass grössere zusammenhängende oder in der Ausführung etappierte Projekte aus dem Tiefbau im Sinne einer besseren Transparenz zur Genehmigung vor das Parlament kommen. Als ich vor kurzem auf

dem Uferweg von Winznau zum Bahnhof gegangen bin, habe ich ein Wechselbad der Gefühle erlebt. Der alte, aber idyllische Weg war mit dem Kinderwagen wegen des schlechten Zustandes fast nicht zu befahren. Auf dem sanierten, breit asphaltierten Teil kam ich fast etwas zu schnell vorwärts. Es hat mich aber auch nicht weiter gestört, weil dort die Atmosphäre auch nicht mehr ganz so schön war. In diesem Sinne versteht sich auch unser Kritikpunkt an der Vorlage. Obwohl es bei den engen Platzverhältnissen und den vielen Nutzern mit den unterschiedlichsten Bedürfnissen nicht einfach ist, vermissen wir den klaren Willen zu einer guten Gestaltung. Die verschiedenen Elemente der Möblierung und Gestaltung passen wenig zusammen und bilden keine Einheit. Wir hoffen, dass der attraktiven Gestaltung von öffentlichen Langsamverkehrswegen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, und werden dem Bericht und Antrag grossmehrheitlich zustimmen.

Dr. Rudolf Moor: Die SP dankt dafür, dass wir jetzt eine Vorlage haben. Wie wir seinerzeit in der Budgetsitzung 2009 gesagt haben, werden wir nämlich jetzt beim Uferweg auch zustimmen. Wir sind eigentlich nach wie vor der Meinung, es sei richtig gewesen, dass jetzt eine Vorlage geschaffen wurde und es nicht unbedingt ganz klar war, ob man sagen kann, es sei eine gebundene Aussage und man deshalb keine Vorlage gemacht hat. Wir wissen nämlich jetzt tatsächlich, worum es geht. Aber auch wir haben vielleicht doch noch zwei oder drei Punkte etwas zu kritisieren. Die Pläne für eine solche Vorlage wären sicher noch etwas verbesserungsfähig. Bei einer genauen Betrachtung sieht man nämlich, dass die Grenze zwischen der Etappe 3 und 4 nicht auf beiden Plänen genau am gleichen Ort ist. Hier besteht sicher noch etwas Optimierungspotenzial. Zu dem, was vorher schon vom CVP-Vertreter angetönt wurde, würden auch wir gerne etwas sagen. Wenn man die Vorlage liest, hat man etwas stark das Gefühl, man baue den Weg eigentlich vor allem dafür auf, dass man ihn mit den schönen Strassenreinigungsfahrzeugen auch wirklich gründlich putzen kann. Reinigen ist sicher etwas Wichtiges. Dass es schön sauber ist, freut uns natürlich auch. Aber neben der reinen Funktionalität gäbe es vielleicht doch auch gewisse Aspekte der Gestaltung. Dass es auch attraktiv und „heimelig“ bleibt, wäre sicher ein wichtiges Anliegen, das wir auch unterstützen möchten.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Auch wir werden dem Geschäft zustimmen. Wir haben es ja eigentlich schon im Jahr 2009 diskutiert. Es gibt nicht mehr sehr viel dazu zu sagen. Vielleicht etwas lustig. Wir empfinden das, was jetzt von der SP und der CVP kritisiert worden ist, eigentlich etwas anders. Ich persönlich finde die Gestaltung, einfach vom letzten Sonntagsspaziergang, den ich in Erinnerung habe, sehr schön. Von der Fraktion aus begrüßen wir auch, dass alte grosse schöne Bäume gut umgangen wurden und eben genau diese Atmosphäre erhalten bleibt. Auch die Integration von Naturmaterialien habe ich als sehr positiv empfunden. Ich finde es auch schön, dass es dort unten jetzt endlich einmal etwas lebt. Früher war es immer etwas „tötelig“. Mir war es jeweils etwas unangenehm, dort spazieren zu gehen. Von daher möchten wir der Stadt eigentlich ein Kompliment für die Gestaltung machen. Ich fühle mich dort jetzt wohl, und wir empfinden dies eigentlich als schön, auch dass man es jetzt wirklich breit nutzen kann, eben mit dem Kinderwagen. Auch wenn man dann vielleicht etwas schneller ist, aber halt auch einmal mit den Inline-Skates der Aare entlang, was ebenfalls schön ist. Eine Frage, die wir an der Fraktionssitzung hatten, konnte Martin Wey eigentlich schon beantworten. Es geht um die Etappierung. Er hat schon gesagt, dass die letzten drei Etappen zusammen kommen. Wir begrüßen dies auch, weil es doch etwas ein Frust ist, wenn man von einem schönen Weg oder gerade mit den Inline-Skates unterwegs ist, wenn es dann plötzlich aufhört und man quasi Schritt für Schritt auf den Rädern weiter gehen muss. Von daher begrüßen wir, dass die ganze Etappe so rasch als möglich abgeschlossen wird, um dort unten ein durchgehendes Erlebnis zu ermöglichen. In diesem Sinne werden wir dem Geschäft zustimmen und bedanken uns für die Vorlage.

Thomas Frey, FdP-Fraktion: Es ist eigentlich schon fast alles gesagt. Ich habe in diesem Papier lesen können, dass die Spezialkommission, die den Wettbewerb ANDAARE vorbereitet hat, von dieser Sanierung gewusst und eigentlich gefunden hatte, man könne

dies machen. Ich erlaube mir einfach die Bemerkung, dass man mit der Ausschreibung dieses Wettbewerbs eine Chance vertan hat, das Teilstück des frisch sanierten Uferweges bis hinunter zur Bahnhofbrücke planerisch klärt, dass man dies angeschaut hat, diese Chance wurde bei der Ausschreibung des Wettbewerbs vergeben. Das Gleiche gilt übrigens auch für das Stück der heute frisch eingeweihten Gäubahnbrücke zum Salzhüslweg. Es ist schade, dass dies vergeben wurde. Aber die FdP wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

Christian Wüthrich: Ich möchte Thomas Frey unterstützen. Es geht eigentlich noch weiter, wenn Ihr auf Seite 3 das Kärtchen anschaut. Das berühmte Knie rechts oben ist eigentlich genau nicht in dieser Planung. Das ist das unattraktivste Stück des Ganzen. Ihr kommt auf das Trottoir, geht nachher durch die Siedlung, geht weg vom Wasser und kommt dann irgend einmal wieder auf einen relativ schönen Wanderweg. Ich gebe als Nichtbaufachmann und nicht gestalterischer Mann Thomas Frey recht. Wenn man es dazumal im Perimeter eingenommen hätte, hätte man vielleicht sogar die Möglichkeit gehabt, das Knie, eine sehr attraktive, schöne Biegung, auch einbeziehen zu können.

Daniel Schneider: Christian Wüthrich hat natürlich recht, Thomas Frey hat auch recht. Es haben eigentlich alle recht. Nur ist es bei den Wettbewerben wirklich so, dass, wenn man am Rande immer noch einen anhängt, beplanen wir in unserer Stadt bekanntlich die ganze Stadt in einem Wettbewerb, weil die Defizite halt deren viele sind. Damals, als die Vorbereitung für den Wettbewerb Aareraum gemacht wurde, hat man einfach dem Tiefbauamt explizit gesagt, es könne ein Projekt lancieren. Der Inhalt war damals nicht bekannt, und es durfte kein Präjudiz sein, dass der Anschluss, den Du zu Recht bemängelst, noch gemacht werden kann. Ich finde aber, man dürfe durchaus noch etwas weiter gehen. Oben und unten an der Trimbacherbrücke sind zwei verschiedene Welten. Oben ist ein Steilbord mit wirklich sehr grossen, besonders schönen Bäumen, wo wir auf dem Weg zum Kindergarten immer alle Kastanien gesammelt haben. Wunderbar. Unten an der Trimbacherbrücke wird es dann schon ein Stück weit karger. Dort ist nämlich der Raum zwischen Strasse und dem Weg relativ schmal. Es fehlt dort an Grün, und ich glaube, es verträgt auch gar nicht mehr so viele Verbreiterungen. Dann sind wir langsam nahe bei der Strasse. Meiner Meinung wäre es dort wirklich angesagt, eine gewisse Verdichtung mit Pflanzen zu machen. Ich glaube wirklich, dass man dort die Wettbewerbskultur der Stadt wieder einmal hätte aufzeigen können. Es ist ein sehr schöner Ort, der es verdient hätte, dass man sich näher damit auseinandersetzt. Ich weiss, dass unser Tiefbauchef kein Freund von Wettbewerben ist. Das ist vielleicht in den nächsten 10 Jahren noch zu korrigieren. Aber es geht wirklich nicht, dass man einfach so etwas vor sich hin „bastelt“. Entschuldigung, wenn ich dies so sage. Auch wenn es Anna Engeler gefällt, glaube ich, dass eine Gesamtkonzeption schon sehr gefragt gewesen wäre. Dann hätte es auch nicht so lustige Sachen wie bei den Gesamtkosten, Geländer bis zur Trimbacherbrücke, städtisch in Metall und weiter unten 4. bis 6. Etappe Geländer ländlich in Holz. Aber Achtung: In Winznau kommt wieder ein Metallgeländer. Wer weiss, was dort nachher passiert.

Beschluss

Bei 1 Enthaltung wird auf die Vorlage eingetreten.

Beschlüsse

Ziffer I./1., I./2. und I./3. wird bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Ziffer II. wird zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Das Parlament fasst folgenden Beschluss:

1. Das Projekt "Sanierung Uferweg Gösgerstrasse" wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 2'015'000.00 zu Gunsten Konto Nr. 330.501.05 wird genehmigt und frei gegeben.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Die Ziffer I/2 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion
VL Baudirektion
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 3/3

Prot.-Nr. 119

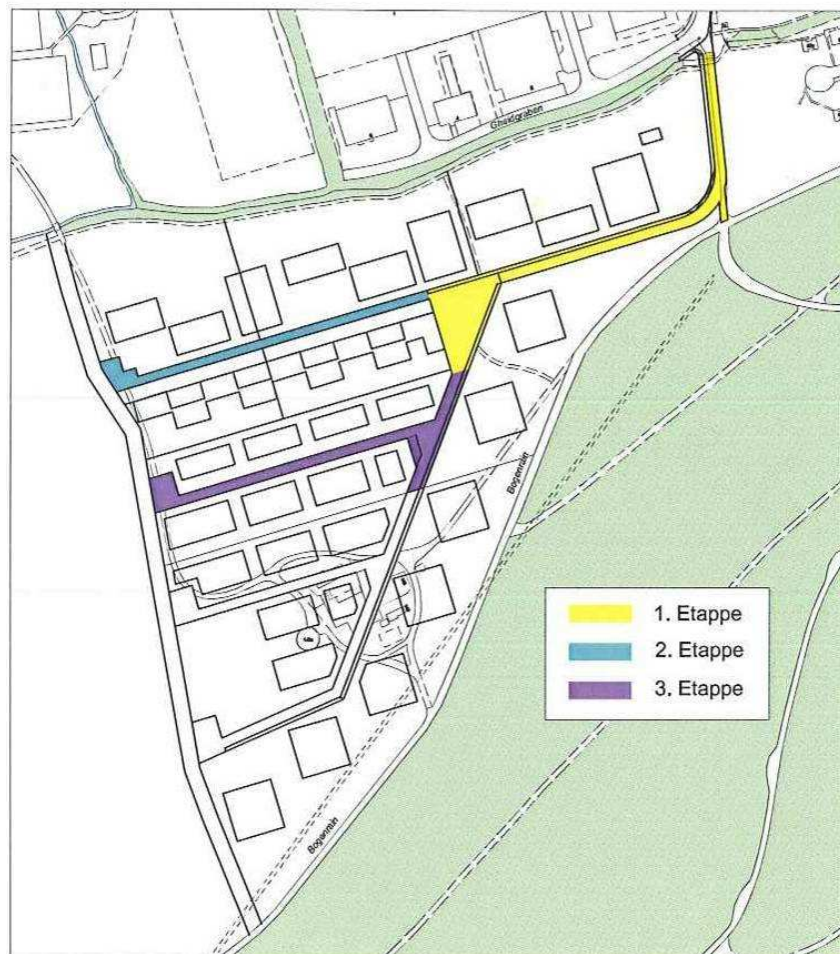
Bornfeld, Erschliessung, Vorziehen 2. und 3. Ausbauetappe/Kreditgenehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

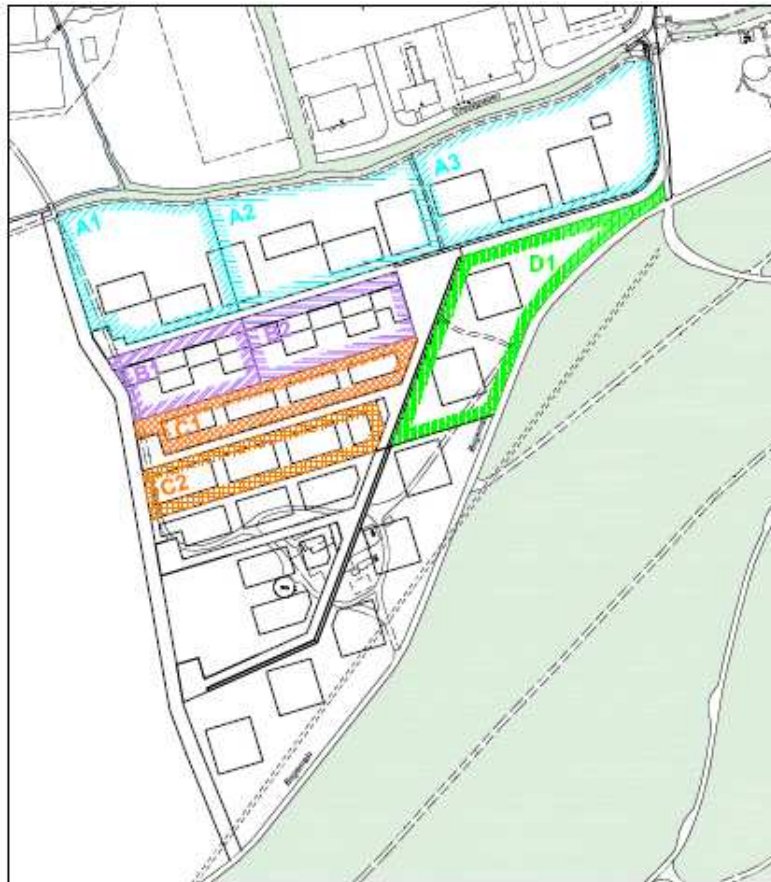
Ausgangslage

Das Neubaugebiet Bornfeld wurde mittels Teileinzonung und Gestaltungsplan im Jahre 2008 baureif. Die Grundeigentümerin, die Städtischen Betriebe Olten, vertreten durch die Aare Energie AG (a.en) ist seither mit der Verwertung beschäftigt. Die Verkäufe der Teilparzellen sind so weit fortgeschritten, dass die im Jahre 2009 für das Budget 2010 vorgesehene 1. Ausbauetappe bis zum Wendeplatz nun als Erschliessung nicht mehr genügt. Die 2. und teilweise 3. Ausbauetappe werden bereits im Jahre 2010 benötigt.



BORNFELD mit 1. Ausbauetappe gemäss Budget 2010 / 2. Ausbauetappe / 3. Ausbauetappe

Folgende Baugrundstücke wurden bereits veräussert oder stehen kurz davor:

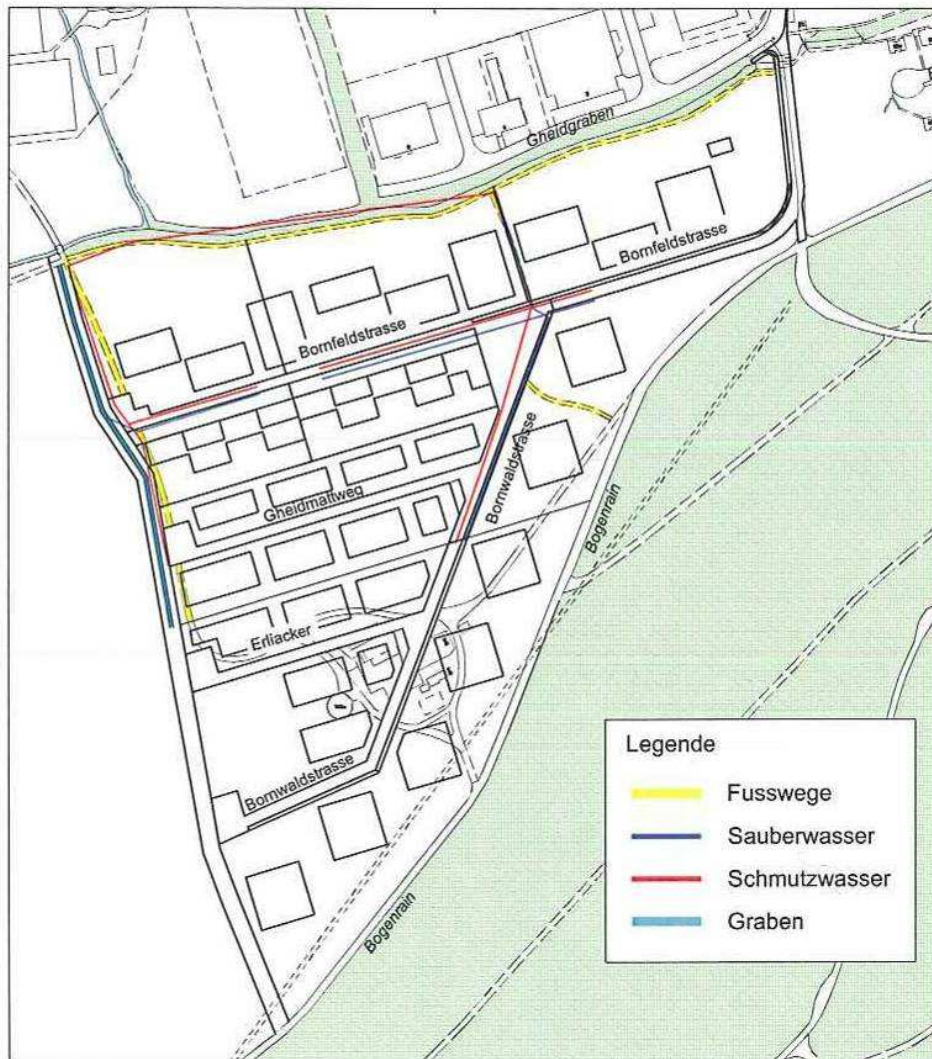


BORNFELD mit Baugebieten A1, 2, 3, B1, 2, C1, 2, D

Die Bauarbeiten wurden, in Kenntnis der guten Grundstücksverkäufe, bereits für die 1. und 2. Ausbautetappe und für die 3. Ausbautetappe bis zum Wendeplatz ausgeschrieben. Die Arbeitsvergabe ist jedoch nur für die 1. Ausbautetappe erfolgt, da die notwendigen Baukredite noch nicht gesprochen sind.

Erforderliche Kredite

2. Ausbautetappe (Bornfeldstrasse ab Wendeplatz)			
Kanalisationen (545 m) und Entwässerungsgräben	Fr.		1'040'000.00
Strassenbau inkl. Fusswege	Fr.		360'000.00
3. a) Ausbautetappe (Bornwaldstrasse)			
Kanalisation (180 m) und Entwässerungsgräben	Fr.		445'000.00
Strassenbau inkl. Fusswege	Fr.		200'000.00
3. b) Ausbautetappe (Gheidmattweg)			
Kanalisation (185 m) und Entwässerungsgräben	Fr.		615'000.00
Strassenbau inkl. Fusswege	Fr.		125'000.00



Etappen, Strassennahmen, Kanalisation + Graben + Fusswegen

Unter Beachtung der möglichen, schnellen Landverkäufe durch die Grundeigentümerin und in Anbetracht dessen, dass diese Erschliessungskosten im Jahre 2011 sowieso anfallen würden, schlägt der Stadtrat vor, die gesamten Kredite zu genehmigen und frei zu geben.

Rückerstattungen der Grundeigentümer

Die Grundeigentümerin hat bei Neuerschliessungen den überwiegenden Teil der Erschliessungskosten zu bezahlen. Die Einwohnergemeinde bevorschusst die Kosten. Es sind daher die Bruttokosten zu genehmigen.

Mit der Grundeigentümerin ist vereinbart, die Erschliessungskosten an die Stadt Olten zu überweisen, wenn die erforderlichen Erschliessungsarbeiten ausgeführt sind und die Grundstücke verkauft wurden.

Gemäss Vereinbarung hat die Grundeigentümerin folgende Kosten an die Stadt Olten zu erstatten:

44'682 m² Bauland à Fr. 57.00/m² (exkl. MwSt) = Fr. 2'546'874.00

Die Kosten, die der Stadt Olten verbleiben, betragen demnach:

Gesamterschliessungskosten:

Konto 710.501.53	bewilligt Budget 2010	Fr.	530'000.00
	Nachtragskredit Parlament	Fr.	2'100'000.00
	TOTAL Abwasser	Fr.	2'630'000.00
Konto 620.501.23	bewilligt Budget 2010	Fr.	550'000.00
	Nachtragskredit Parlament	Fr.	685'000.00
	TOTAL Strassenbau	Fr.	1'235'000.00
Gesamterschliessungskosten (inkl. 7.60 MwSt)		Fr.	3'865'000.00
Rückerstattung Grundeigentümerin (inkl. 7.60 MwSt)		Fr.	2'740'436.40
Zu Lasten der Stadt Olten verbleiben		Fr.	1'124'563.60

Dies sind Teilkosten für die Kanalisation, die gesamten Kosten für die Wanderwege sowie die Kosten der Bushaltestelle.

Die Stabsstellen wurden zur Stellungnahme eingeladen und deren Bemerkungen sind in die Vorlage eingeflossen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Nachtragskredit für den Baukredit für die 2. und 3. Ausbautappe Erschliessung Bornfeld zu Gunsten Konto Nr. 710.501.53 (Kanalisation) von Fr. 2'100'000.00 (exkl. MwSt) wird bewilligt.
2. Der Nachtragskredit für den Baukredit für die 2. und 3. Ausbautappe Erschliessung Bornfeld zu Gunsten Konto Nr. 620.501.23 (Strassenbau) von Fr. 685'000.00 (inkl. MwSt) wird bewilligt.
3. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7.6 % auf 8.0 % per 01.01.2011 gilt als zusätzlich mitbewilligt für die Bauausführung ab 2011, ebenso wie die Teuerung ab 01.01.2011.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Die Ziffern I/1. und 2. dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung mit Vorbehalt der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Rudolf Moor: In der GPK haben wir das Geschäft relativ intensiv besprochen. Ich kann sagen, dass die Vorlage nicht gerade nur auf Begeisterung gestossen ist. Unter anderem fühlt man sich zum Teil etwas unter Druck gesetzt. Dies natürlich durch den Fakt, dass man hier bauen will, aber auch unter Druck durch die sbo, die das Land ja verkaufen möchten. Man hat auch festgestellt, dass der Titel nur die halbe Wahrheit sagt. Es geht nämlich nicht nur um die Erschliessung, sondern auch noch um etwas mehr, zum Beispiel um ein Bushaltehäuschen, aber auch um Wanderwege. Das ist eigentlich weder aus dem Titel noch aus den Anträgen ersichtlich. Man muss den ganzen Text lesen, um dies auch zu merken. Diese Umstände haben dazu geführt, dass man sogar vorübergehend eine Rückweisung diskutiert hat. Man hat aber schliesslich trotzdem einstimmig Eintreten beschlossen. Den Beschlussesanträgen wurde nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass man vor der Parlamentssitzung noch Zusatzinformationen dazu erhält. Als ich hergekommen bin, habe ich gesehen, dass wir Zusatzinformationen erhalten haben. Diejenigen, die rechtzeitig gekommen waren, haben sie noch vor der Sitzung gesehen. Aber sehr viel vorzeitig war es nicht. Wenn man genau hinschaut, fragt man sich schon etwas, weil sie mit 18. Juni 2010 datiert sind. Man hat den Eindruck, dass vor der Sitzung noch etwas vorher hätte sein können als es tatsächlich der Fall war. Als Sprecher der GPK stelle ich aber fest, dass die Zusatzinformation heute vorhanden ist.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Zuerst danke ich Ruedi Moor für seine Ausführungen. Die angebrachte Kritik ist berechtigt. Erfreulich ist an und für sich, dass man dort ein Gebiet hat, das sich entwickelt. Es ist schneller in der Entwicklung fortgeschritten als insbesondere auch die sbo und im Nachklang dazu auch die Stadt Olten damit hat rechnen können. Tatsache ist, dass wir das hier beantragte Geld brauchen, um die Erschliessungen vorfinanzieren zu können. Der Mittelrückfluss ist entsprechend in der Vorlage auch deklariert. Das Zusatzblatt gibt weitere Informationen zur Kostenaufschlüsselung, was die Kanalisation anbelangt, mit den verschiedenen Kalibrierungen der Leitungen Wasser, Abwasser, aber auch die

Fusswege und die Bushaltestelle, dass man dadurch einen Überblick über die Kostensituation hat. Es ist nicht so, dass diese Vorlage dadurch unseriös ist. Aber das Eine oder Andere ist dadurch hängen geblieben. Das ist richtig. Aber als solche ist diese Erschliessung gerechtfertigt, und die entsprechenden Zahlen sind auch seriös errechnet worden. Ich möchte Sie bitten, trotz allem Druck, der auf diesem Geschäft ruht, einzutreten und dem auch zuzustimmen.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Vor neun Tagen, am selben Tag also, als die GPK sich eine Meinung zu diesem Geschäft bilden musste, war im Oltner Tagblatt eine Luftbildaufnahme zu sehen. Pressefotograf Bruno Kissling hat sie aus dem Flugzeug aufgenommen. Auf diesem Foto konnte man sehen, dass die beiden Strassen, die wir blau und violett auf dem Plan eingezeichnet haben, bereits im Bau sind. Mit anderen Worten: Wir hier im Parlament werden vor vollendete Tatsachen gestellt und können nachträglich nicken. Was würde wohl passieren, wenn wir diese Vorlage heute ablehnen würden? Es musste offensichtlich sehr schnell gehen. Die Unterlagen, die wir mit der Einladung zur heutigen Sitzung bekommen haben, waren inhaltlich eindeutig zu wenig aussagekräftig und hätten darum zur Überarbeitung zurückgewiesen werden müssen. Die Verwaltung hat in den letzten Tagen auf die Erwartung der GPK hin einen Teil dessen, was sein musste, wettgemacht. Ich habe es heute Nachmittag um 14 Uhr erhalten und konnte dadurch noch nachschauen, ob es dem entspricht, was man eigentlich noch erwartet, nämlich: Wo genau kommt die Bushaltestelle hin? Ist sie auf dem Plan eingezeichnet? Wir haben erklärt bekommen, dass es das gelbe Dreieck ist. Aber es ist nirgends angeschrieben. Was kostet die Bushaltestelle? Was kosten die Stadt die Fusswege? Was kostet der Anteil, den die Stadt für die Kanalisation bezahlen muss? Wir haben diese Zahlen zwar jetzt auf dem Ergänzungsblatt, jeweils gerundet auf 1'000 Franken genau. Interessanterweise haben wir schon in der Gesamtvorlage einen Betrag auf 10 Rappen genau. Eigentlich hätte es möglich sein müssen, auch die Einzelbeträge nicht nur gerundet auf 1'000 Franken auszuweisen, sondern so, wie es irgend jemand einmal zusammen zählen konnte, eben auf 10 Rappen genau. Wir haben die Informationen noch reichlich spät geliefert bekommen. Wir werden als Fraktion eintreten und zustimmen, weil wir grundsätzlich einverstanden sind, dass diese Erschliessungen gemacht werden müssen. Aber es bleibt ein schaler Beigeschmack.

Patrick Kissling: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat das vorliegende Geschäft an der Fraktionssitzung eingehend diskutiert. Die Fraktion ist hoch erfreut, dass in Olten in so kurzer Zeit ein neues Quartier entstehen kann und die bauliche Verwertung schneller erfolgt als ursprünglich geplant. Grundsätzlich sind wir mit dem vorliegenden Projekt einverstanden. Die Vorlage wirft aber auch einige Fragen auf. Der Bericht und Antrag kommt sachlich korrekt und technisch ausgereift daher. Zur Gestaltung des öffentlichen Raums konnten wir aber nicht viel finden. Wir sind der Meinung, dass sich der Strassenbau in Neubaugebieten dieser Grösse nicht nur auf die zwingenden Bedürfnisse des motorisierten Individualverkehrs und des Langsamverkehrs beschränken sollte, sondern mit innovativer Gestaltung des öffentlichen Raums ein Vorbild für alle kommenden privaten Investitionen darstellen sollte. Quartierstrassen, die so konzipiert sind, dass Autos nicht zu schnell fahren können und zum Spielen oder Verweilen im öffentlichen Raum einladen, fördern Begegnungen und damit die Sozialkontakte im Quartier, die sich für eine nachhaltige Entwicklung positiv auswirken. Wenn ich mich richtig erinnere, ist im Gestaltungsplan südlich der Bornfeldstrasse Platz vorgesehen mit Bauhainen, wo man sich treffen kann. Aber ich nehme an, dass es, weil es hier nicht erwähnt ist, auf privater Basis finanziert wird. Wir hoffen, dass diesen Aspekten der Gestaltung der Quartierstrassen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, und werden dem Bericht und Antrag trotzdem zustimmen.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Ich vertrete kurzfristig Max Pfenninger. Diejenigen, die schon länger dabei sind, wissen, dass er eigentlich grundsätzlich zu allen Geschäften redet, bei denen man am Hausmattrain vorbei fahren muss, und das ist ein solches Geschäft. Für uns ist dies eine sinnvolle Anwendung eines Nachtragskredits. Von daher begrüssen wir, dass wir darüber befinden können. Auch ist es für uns grundsätzlich ein positives Geschäft, weil

es eine attraktive Wohnlage ist, die wir hier für Olten erschliessen können. Es ist gut für Olten. Christian Wüthrich bezeichnete dies jahrelang als teuersten „Rüebliacker“ von Westeuropa und hat sich auf den Zeitpunkt gefreut, in dem es endlich erschlossen wird. Es ist jetzt da, und Deine Meinung teilt auch die Fraktion. Wir finden es ein wenig schade, wenn man etwas von diesem Quartier weg in andere Quartiere geht, und dass es nicht überall rasch vorwärts geht. Wir haben diverse attraktive Entwicklungsgebiete, wo es leider nicht so schnell vorwärts geht. Klar ist es nicht überall der gleiche Eigentümer, und es gibt halt zum Teil noch andere Probleme. Ich denke, es ist wichtig für die Stadt Olten, dass sie hier auch qualitativ gut wachsen kann. Eine Frage ist bei uns noch das Thema Schulhausplanung gewesen. In diesem Teil der Stadt gibt es jetzt noch mehr Leute. Der Stadtrat hat uns gesagt, dass es dort auch vorwärts geht, gerade, weil man hier vorankommen möchte. Das haben wir auch sehr begrüsst. Schliesslich ist die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten und Zustimmung zu den Beschlussesanträgen.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Merci für das Geschäft, merci auch Daniel Probst, dass er dies gleich Nachkredit genannt hat. Damit trifft er ungewollt den Nagel auf den Kopf. Beim Bornfeld gibt es verschiedene Betrachtungen. Zuerst natürlich ein Stück weit die städtebauliche. Ich erlaube mir, etwas zu sagen, obwohl mir ja bekannt ist, dass wir zu baulichen Fragen nichts sagen dürfen. Für mich war es immer fragwürdig, an der Peripherie der Stadt ein solches Gebiet zu öffnen. Wir sind uns aber alle bewusst, unter welchem Druck dies entstanden ist. Schliesslich möchte man ja in die Borngrube hinauf fahren können. Hingegen ist die bauliche Entwicklung, wenn man einfach liest, was dort oben passiert ist, eigentlich schön. Man merkt auch, dass es stimmt. In Olten ist Wohneigentum in verschiedenen Formen sehr gefragt. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist sehr viel Land dort oben schon veräussert oder mindestens reserviert worden. Aus dieser Reservezone ist natürlich auch ein Mehrwert entstanden. Es war nicht eingezont, wie es immer erzählt wird. Aus der Reservezone ist Bauland gemacht worden, und es wird ein erklecklicher Beitrag in die Kasse unserer hundertprozentigen Tochter sbo fließen. Es ist übrigens kein Kerngeschäft der sbo, und es wäre eigentlich schön, wir könnten dort gleich abschöpfen. Leider gibt es bei uns die Mehrwertabschöpfung immer noch nicht. Ich hoffe, wir können dies bald einmal bekommen. Bezüglich Vorbildfunktion der öffentlichen Hand meine ich einfach, es ist sehr wichtig, dass kritische Bauwerke wie zum Beispiel die Heizzentrale innerhalb des Waldabstandes, was auch nicht Teil des Geschäfts ist, aber doch erwähnt sein soll, mit einer rechtzeitigen Planung eigentlich vermieden werden könnte. Ich glaube, das dürfte einfach nicht passieren. Vorbildlich hingegen ist der vorangegangene Wettbewerb, in diesem Fall ein eingeladenes Verfahren mit verschiedenen Büros; ich glaube aus Olten. Dieses Vorgehen finde ich wirklich gut, das für andere Quartiere vielleicht auch Schule machen könnte. Jetzt habe ich sehr viele Sachen erwähnt, die Planungshoheit des Stadtrates sind. Ich lasse mir dies jedes Jahr mehrmals sagen und kann es trotzdem nicht unterlassen, ein bisschen etwas dazu zu sagen. Das Geschäft selber ist an und für sich ein hundsgewöhnliches Bevorschussungsgeschäft. Wir geben Geld, bauen etwas und erhalten es am Schluss wieder von denjenigen, die dann dort bauen wollen, zurück. Jetzt bezahlen wir einmal die Erschliessung. Vielleicht ist dem gegenüber zu stellen, dass im Moment dort oben kein einziges Projekt baubewilligungsreif ist respektive es liegt überhaupt keine Baubewilligung für kein einziges der Gebäude rundherum vor. So die Auskunft von Adrian Balz. Was mir aber beim Spaziergang am letzten Sonntag – jetzt sieht man, dass wir alle durch diese Geschäfte angeregt werden, spazieren zu gehen, entweder an die Aare oder ins Bornfeld hinauf – auch aufgefallen ist – ich habe leider das schöne Flugbild nicht gesehen – und mich wirklich sehr erbost hat, ist, dass die Sachen ja tatsächlich zu einem grossen Teil bereits gebaut sind. Also reden wir heute wirklich über einen Nachtragskredit, und das hat mich ganz ehrlich etwas sauer gemacht. Gottseidank bin ich allein auf dem Feld gewesen. Ich habe gedacht: Jetzt machen wir uns hier tatsächlich wieder etwas vor. Ich fände es wirklich fair und offen, wenn man sagen würde, dass dort jemand vermutlich über seine Kompetenzen unter verschiedenem Druck hinaus schon losgelegt hat. Dass uns nichts gesagt wird, ist ganz ehrlich etwas, worüber man sich unbedingt Gedanken machen muss. Mir persönlich ist es egal. Ich finde es gut, wenn wir etwas bauen können. Das ist mein Metier, und am Schluss verdiene ich sogar noch

irgendwo Geld, nicht in Olten. Aber ich glaube, das ist wirklich ein Thema, das der Führungsverantwortliche der Abteilung entgegen nehmen muss. Es ist mehrfach – es tut mir leid, wenn ich es sage – schon wieder der Tiefbau, der hier ein Stück weit über die Stränge geschlagen hat. Bei der Rutschbahn in der Badi hat es angefangen. Es taucht immer wieder etwas auf. Ich finde es gut, wenn es engagierte Leute gibt, die vorwärts machen wollen. Aber es müssen einfach die Regeln eingehalten werden, wenn die Stadt baut. Sie muss topp vorbildlich sein. Trotz der vorgenannten Vorbehalte werden wir diesem (Nach)-Kredit zustimmen.

Marcel Buck, SVP-Fraktion: Ich werde es nicht so lange hinaus ziehen, wie es unser Kollega jetzt gemacht hat. Jedenfalls gebe ich mir Mühe. Mit dem Wandern und Spazieren hat er aber recht. Diese Geschäfte animieren wirklich etwas, spazieren zu gehen. Sogar ich bin dorthin gegangen und habe es angeschaut. Wir sind darüber erfreut, dass es im Bornfeld so rasch vorwärts geht, und werden dem Bericht und Antrag ebenfalls zustimmen. An die Adresse von Felix Wettstein möchte ich noch Folgendes sagen: Wenn Du genauere Informationen bezüglich Bushäuschen, Busverbindung oder Strassenbreite möchtest, kannst Du mit Deiner Kollegin, die der Baukommission angehört, Kontakt aufnehmen, die Dir sicher einige Details weiter geben kann.

Beschluss

Es wird Eintreten beschlossen.

Beschlüsse

Ziffer I./1. bis I./4. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer II. wird einstimmig zugestimmt.

Gesamtbeschluss

Das Parlament fasst folgenden Beschluss:

I.

1. Der Nachtragskredit für den Baukredit für die 2. und 3. Ausbaustappe Erschliessung Bornfeld zu Gunsten Konto Nr. 710.501.53 (Kanalisation) von Fr. 2'100'000.00 (exkl. MwSt) wird bewilligt.
2. Der Nachtragskredit für den Baukredit für die 2. und 3. Ausbaustappe Erschliessung Bornfeld zu Gunsten Konto Nr. 620.501.23 (Strassenbau) von Fr. 685'000.00 (inkl. MwSt) wird bewilligt.
3. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7.6 % auf 8.0 % per 01.01.2011 gilt als zusätzlich mitbewilligt für die Bauausführung ab 2011, ebenso wie die Teuerung ab 01.01.2011.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Die Ziffern I./1. und 2. dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Baudirektion
VL Baudirektion
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 13/11, 14/10

Prot.-Nr. 120

Neuer Kinderhort/Aufnahme in städt. Leistungsvereinbarung und Nachtragskredit

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Geburtshaus La Vie, Dornacherstrasse 20 in Olten, musste wegen zu geringer Nachfrage kürzlich den Betrieb einstellen. Frau Eveline Erne, Präsidentin des Vereins Chinderstube, Betreiber einer Kindertagesstätte an der Ziegelfeldstrasse 24, hat die Direktion BISPO nun angefragt, ob sie bereit ist, einen Hort (Zielgruppe Kindergärtner und Schüler) als Angebotserweiterung des Vereins Chinderstube in den städtischen Leistungsvertrag mit den Kindertagesstätten aufzunehmen.

Für den Aufbau eines Kinderhortes kann beim Bund in diesem Jahr noch ein Antrag auf Finanzhilfe für familienergänzende Kinderbetreuung gestellt werden. Pro Platz werden für die nächsten drei Jahre Fr. 3'000.- subventioniert. Der Bundesrat hat im Februar 2010 entschieden, dass die Gewährung der Finanzhilfen ab dem Februar 2011 auf den Bereich der familienergänzenden Betreuung von Kindern im Vorschulalter konzentriert wird. Dies darum, weil sich die Kantone beim Beitritt zum HarmoS-Konkordat verpflichten, schulergänzende Betreuung vor Ort anzubieten, demzufolge können in diesem Jahr letztmals Anträge für Schülerhorte gestellt werden, für nächstes Jahr ist damit zu rechnen, dass die Bundessubventionen entfallen.

2. Erwägungen

Im Gegensatz zur rechten Stadtseite (Schülerhort Reiserstrasse des gemeinnützigen Frauenvereins Olten) fehlt auf der linken Stadtseite ein vergleichbares, städtisch unterstütztes Angebot für Kinder im Schulalter.

Die Betreuungsauslastungen der Kindertagesstätten in ganz Olten sind sehr gut. Die Chinderstube ist seit 3 Jahren voll ausgelastet. Teilweise besteht eine Warteliste. Kommt dazu, dass zu viele Kinder und altersmässig sehr unterschiedliche Kinder in der gleichen Krippe pädagogische Probleme mit sich bringen.

Die Zielgruppe für den Kinderhort sind Kinder im Schulalter. Insofern ist er eine Anschlusslösung an das bisher bestehende Krippenangebot und kann zur Verbesserung der Betreuungssituation beitragen. Hierfür besteht deutlicher Bedarf. Zurzeit ist das Angebot zu ca. 2% vorhanden. Für die Stadt Olten kann von einem Marktpotenzial von ca. 15% ausgegangen werden. Diese Zahlen stammen aus einer Analyse durch „leolea.ch“ (Bern), Lebensorte und Lebensart für Kinder, vom 7. April 2010. Leolea ist eine Koordinationsstelle für die Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung der Stadt Bern.

Die „Situationsanalyse für eine familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Olten“ (FHNW, Januar 2007, S. 28) kommt zum Schluss, dass etwa die Hälfte der befragten Eltern angibt, jetzt oder in Zukunft einen Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten zu haben. Dabei bezieht sich dieser Bedarf auf beide Aareseiten.

Die Führung des Vereins Chinderstube macht einen professionellen Eindruck (Frau Erne ist Personalfachfrau) und hat einen hohen Organisationsgrad. Die Kindertagesstätte Chinderstube ist eine bewährte Institution, und die entscheidenden Personen innerhalb der Organisation sind motiviert, die bevorstehende Aufbauarbeit zu leisten.

3. Finanzielle Konsequenzen

Ordentliche Aufwendungen

Für die EGO werden durch die Aufnahme einer neuen Tagesstätte zukünftig ordentliche Mehrkosten gemäss Leistungsauftrag von rund Fr. 120'000.- anfallen. Dies bei einer Auslastung der Tagesstätte von 95% und 14 Betreuungsplätzen. In der Aufbauphase geht die Chinderstube von einer steigenden Auslastung des Angebotes und folglich von steigenden ordentlichen Aufwendungen gem. Leistungsauftrag aus:

	2010	2011	2012
Leistungen gem. Auftrag	40'000	100'000	105'000

Einmalige Aufwendungen

Beim Aufbau des Schülerhortes müssen bei Auslastungen unter den budgetierten Zielwerten zusätzliche Finanzmittel für die dadurch entstehenden betrieblichen Mindereinnahmen sowie für die Investitionen beschafft werden.

Dieser Mittelbedarf sieht für die ersten drei Jahre wie folgt aus:

	2010	2011	2012
Mittelbedarf			
Betriebliche Mindereinnahmen gem. Planung	25'000	42'000	31'000
Investitionen	50'000	15'000	
	75'000	57'000	31'000
Mittelbeschaffung			
Bundessubventionen	42'000	42'000	42'000
Verein Chinderstube	33'000	15'000	
	75'000	57'000	42'000

Die Aufwendungen für die EGO können gemäss vorstehenden Ausführungen wie folgt zusammengefasst werden und werden hiermit beantragt:

	2010	2011	2012
Ordentlich (Zielgrösse rund 120'000)	40'000	100'000	105'000
Einmalig bzw. Bevorschussung Subventionen	42'000	42'000	42'000
Defizitgarantie	10'000	10'000	
Total	92'000	152'000	147'000

4. Stellungnahme von Rechtsdienst, Personaldienst, Finanzverwaltung und Finanzcontrolling

Der mögliche Mittelbedarf ist nicht budgetiert und für mehrere Jahre ausgewiesen. Er übersteigt die SR-Kompetenz von Fr 40'000.-- für wiederkehrende Ausgaben.

5. Beschluss:

1. Der Stadtrat genehmigt die Aufnahme eines Kinderhortes mit 15 Plätzen im ehemaligen Geburtshaus La Vie in die Leistungsvereinbarung der Stadt Olten (analog bestehende Kindertagesstätten).
2. Der Stadtrat genehmigt die Übernahme einer Defizitgarantie von Fr. 10'000.-/Jahr für die ersten beiden Betriebsjahre 2010 und 2011.
3. Der Stadtrat spricht einen Nachtragskredit von Fr. 92'000.- zu Gunsten des Kontos 542.365.02.
4. Die Direktion Bildung und Sport wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission mit dem umformulierten Antrag des Stadtrates zugestellt.

Christian Wüthrich: Im Sinne einer Offenlegung: Seit ein paar Jahren bin ich im Stiftungsrat Geburtshaus LaVie Stiftung. Die besagte Liegenschaft Dornacherstrasse 20 befindet sich im Besitz der Stiftung. Deshalb möchte ich mich gerne in den Ausstand begeben. Für mich wichtig ist aber die Tatsache, dass wir die Liegenschaft Dornacherstrasse ein paar Mal sehr gut hätten verkaufen können. Wir hätten sie auch mehrfach vermieten können. Im Stiftungsrat war man der Meinung, man möchte so nahe in der Stadt die Möglichkeit einem Verein bieten, der nachhaltige und sinnvolle Arbeit leistet. Deshalb hat man dazumal dem Verein Chinderstube die Möglichkeit gegeben, die Liegenschaft überhaupt zu mieten. Es ist mir wichtig, dies zu sagen.

Theo Schöni: Nur eine kurze Ergänzung betreffend Ausstand. Aus unserer Fraktion ist Myriam Frey auch in den Ausstand getreten, damit sie, weil sie durch die planerischen Gegebenheiten und Umbauten in Verbindung steht, nicht in einen falschen Zusammenhang gebracht wird.

Christian Wüthrich und Myriam Frey Schär haben sich in den Ausstand begeben.

Felix Wettstein: Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt einstimmig, dieser Vorlage zuzustimmen und das Tor zu öffnen für einen Kinderhort im früheren Geburtshaus LaVie. Sie haben die sprachlich angepassten Beschlussesanträge des Stadtrates mit dem gelben Blatt erhalten. Es ist wichtig, diese Entscheidung jetzt zu treffen, denn das neue Schuljahr beginnt in wenigen Wochen, und - ich denke, es ist eine nützliche Zusatzinformation von Christian Wüthrich gewesen, weil das Haus auf diese Weise nicht nur fast nahtlos besetzt bleiben, sondern in einem gemeinnützigen Sinn weiter genutzt werden kann. Die GPK hat sich vergewissert, dass das Angebot eines Horts für Kinder im Schulalter in diesem Einzugsgebiet eine wirkliche Ergänzung des bestehenden Betreuungsangebotes darstellt und offensichtlich auf eine Nachfrage stösst. Die Tagesstätten auf dieser Stadtseite können bis jetzt bloss einzelne Mittagsplätze für Kinder in den ersten Primarschuljahren anbieten, der neue Hort wird für das gesamte Primarschulalter eingerichtet sein und bietet flexible Lösungen, das heisst je nach Bedarf auch Auffangzeiten zum Tagessort oder am Nachmittag. Auch den Budgetüberlegungen und dem Finanzbedarf dieser Vorlage stimmt

die GPK zu, nicht zuletzt deshalb, weil der Verein selber einen Aufbau-Beitrag leistet und weil Fördermittel des Bundes in Aussicht stehen, so dass ein Teil des Nachtragskredites wieder in Subventionsform zurückfliessen sollte. Die Defizitgarantie durch die Stadt beschränkt sich auf zweimal 10'000 Franken für die ersten beiden Betriebsjahre.

Stadtrat Mario Clematide: Ich kann es kurz machen. Felix Wettstein hat das Wesentliche schon gesagt. Ich denke, der neue Kinderhort stellt eine Abrundung des Angebots auf der linken Aareseite dar. Auf der rechten Aareseite haben wir ja mit der Reiserstrasse vor einiger Zeit auch ein entsprechendes Angebot geschaffen. Die Nachfrage ist vorhanden. Das zeigt auch die Auslastung der Kinderkrippen, der Vorstufe zu den Kinderhorten. Von daher ist die Nachfrage gegeben, und es findet zudem keine Konkurrenzierung statt, was mir auch noch wichtig zu sagen ist. Mit dem Verein Chinderstube übernimmt ein engagierter Verein, der quasi als Startup auch einen namhaften Beitrag leistet - wobei ich grundsätzlich dazu sagen kann, dass mir scheint, hier schon andere Diskussion erlebt zu haben – die Führung dieses Hortes. Auf der anderen Seite hat, was die Zusammenarbeit zwischen den Kindertagesstätten anbelangt, ein Quantensprung stattgefunden. Ich finde dies ausgezeichnet. Es ist auch gesagt worden, dass der Nationalrat vorletzte Woche 120 Millionen Franken gesprochen hat, 40 Millionen mehr als der Bundesrat eigentlich beantragt hat, ganz klar auch für Kinder nicht nur im Vorschulalter, sondern auch solche für Horte und Tagesstrukturen. Dass das Geschäft relativ gut durch die politischen Instanzen durch gegangen ist, hat auch damit zu tun, dass sie am 1. September anfangen möchten und von daher Planungssicherheit brauchen. Zwei, drei kritische Bemerkungen möchte ich aber doch machen. Erstens: Ich habe am Anfang schon festgestellt, dass mit diesem Angebot eine gewisse Abrundung der Kinderbetreuungsangebotes stattfindet. Zweitens: In meiner Direktion habe ich angeordnet, dass man im Zug der Neufassungen der Leistungsvereinbarungen und der Einführung von Wirkungs- und Leistungsindikatoren das Controlling verbessert und, wie es Christian Wüthrich in einem anderen Zusammenhang gesagt hat, zu einem rollenden Reporting übergeht. Zudem muss die generelle Situation überprüft werden. Entsprechende Berichte in den Tageszeitungen aus Winterthur, wo wir gehört haben, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, aus der Stadt Luzern, wo man unlängst lesen konnte, dass ein neuartiges Finanzierungsmodell, nämlich die Subventionierung nicht vom Träger, sondern die Subventionierung der Eltern, die einen zugesicherten Krippenplatz haben, auf grosses Interesse stösst, ist für mich wichtig, dass dies generell überprüft wird. Für mich ist auch klar, dass dies nur mit den Trägerinstitutionen und nicht von heute auf morgen passiert. Aber dass man näher hinschauen muss, ist für mich klar. Ich bitte Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen und damit dem Kinderhort einen guten Start zu ermöglichen.

Heinz Eng: Die FdP-Fraktion wird dem umformulierten Beschlussesantrag des Stadtrates zustimmen. Ich bin eigentlich schon am ersten Satz hängen geblieben, wo steht: „Das Geburtshaus LaVie musste wegen zu geringer Nachfrage kürzlich den Betrieb einstellen“. Angebot und Nachfrage sind Begriffe, Prinzipien der Volkswirtschaft. Ich habe mir eigentlich erhofft, dass der Stadtrat in seinem Antrag konkrete Massnahmen aufzeigt, wie man eben die Steigerung dieser Nachfrage gewährleisten könnte. Leider ist dies natürlich Wunschdenken. Die ganze Geschichte ist insofern äusserst problematisch, weil die ganze demografische Verschiebung respektive die Problematik unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten leider mehr als nur beschäftigen. Ich glaube, es ist auch der Zeitpunkt gekommen, allen betroffenen Angestellten, Hebammen von LaVie ganz herzlich danke zu sagen. Sie haben unzählige Kinder, die das Lebenslicht in unserer Stadt haben erblicken dürfen, und auch Eltern bei der Geburt unterstützt, unter anderem auch meine zwei Kinder. Es ist eine fantastische Institution gewesen mit den Hebammen und der ganzen Unterstützung. Seitens der FdP-Fraktion ganz herzlichen Dank für all die geleistete Arbeit der Hebammen und Angestellten von LaVie. In diesem Zusammenhang ist es tröstlich, dass dieses Haus eigentlich in Kinderhänden bleibt. Das ist auch in den Erwägungen, Ausführungen des Stadtrates erwähnt worden. Es ist nachher auch mit den finanziellen Konsequenzen usw. sauber strukturiert und aufgegleist. Deshalb noch einmal zu meinem Eingangs-votum: Die FdP wird dem Beschlussesantrag des Stadtrates zustimmen.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Ich möchte zu Beginn klar festhalten, dass wir nicht gegen familienexterne Betreuung sind. Wir befürworten eine Wahlfreiheit für die Eltern, ob sie ihre Kinder familienintern oder familienextern betreuen bzw. betreuen lassen wollen. Gleichzeitig wehren wir uns aber dagegen, dass Eltern, die ihre Kinder eben familienintern betreuen, benachteiligt werden wie es heute der Fall ist, aufgrund der Tatsache, dass die Eltern, welche die Kinder selber betreuen, keinen Steuerabzug tätigen können im Gegensatz zu Eltern, welche die Kinder extern betreuen lassen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass durch Vorlagen, wie die uns vorliegende, Eltern, die ihre Kinder familienintern betreuen, weiter benachteiligt werden, weil sie durch ihre Steuern die Kindertagesstätten berappen müssen. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die vorgesehene Defizitgarantie und auch grundsätzlich die Mehrkosten. Die Aufnahme eines Kinderhortes bzw. einer Kindertagesstätte in einer Leistungsvereinbarung der öffentlichen Hand lehnen wir überzeugt ab, weil dies unseres Erachtens keine Staatsaufgabe ist und sich der Staat dort raushalten sollte. Im Anschluss an den Sprecher der FdP muss ich feststellen, dass wir in diesem Bereich einen schlanken Staat befürworten, so wie es die FdP früher getan hat. Ich möchte noch etwas zu den angesprochenen 120 Millionen Franken sagen bzw. zum Argument, dass man Bundesgelder abholen könne. Mir scheint dies eine sehr kurzfristige, um nicht zu sagen eine beschränkte Sichtweise, weil wir es letztlich ohnehin bezahlen. Wir finanzieren es ja, ob wir die Bundesgelder abholen oder es direkt ausgeben. Wenn man die Haupteinnahmequelle des Bundes anschaut, sind es die Mehrwert- und Einkommenssteuer. Die Mehrwertsteuer wird direkt an der Quelle, sprich beispielsweise bei den Einwohnerinnen und Einwohner von Olten erhoben, und bei der Einkommenssteuer ist es nicht viel anders. Von daher finanziert es der Steuerzahler sowieso. Ob es jetzt noch den „Kehr“ über Bern macht oder nicht, ist für uns nicht so wesentlich. Aus diesen Gründen lehnen wir einstimmig sämtliche Beschlussesanträge ab.

Simon Haller, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Unsere Fraktion wird dem Antrag mit einer Gegenstimme zustimmen. Wir sehen den Bedarf für den Kinderhort, denken, es ist eine gute Ergänzung zum bestehenden Angebot und begrüssen auch das Bestreben von Mario Clematide zu einem guten Controlling. Noch anfügen möchten wir, dass man aus unserer Sicht auch gerne wieder einmal über das Modell der Elternbeiträge sprechen darf.

Luzia Stocker Rötheli, SP-Fraktion: Die Idee, aus dem Geburtshaus einen Kinderhort zu machen, finden wir einleuchtend und sozusagen auch folgerichtig. Wir hoffen doch, dass dereinst doch im LaVie geborene Kinder auch in den Genuss eines Hortplatzes kommen. Im Gegensatz zur SVP-Fraktion finden wir natürlich, dass ein familienergänzendes Angebot nicht nur, aber auch Aufgabe des Staates ist. Dass es auf der linken Stadtseite einen Kinderhort braucht, ist aus unserer Sicht unbestritten, da es ein klares Bedürfnis ist. Es sind ja auch schon vereinzelt Kinder in den Kinderkrippen platziert. Aber Kinderkrippe und Kinderhort ist nicht das Gleiche, und es sind auch nicht die gleichen Bedürfnisse. Sie möchten auch nicht dasselbe Angebot machen. Ich denke, von Bébé bis Sechstklässler gibt es sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Es macht Sinn, dass es auch ein unterschiedliches Angebot gibt. Krippenplätze hat es eigentlich in der Stadt in grosser Anzahl. Sie sind mehr oder weniger genügend. Hortplätze hat es schon lange eher zu wenig. Auf der rechten Stadtseite hat der Kinderhort des Gemeinnützigen Frauenvereins je nachdem eine mehr oder weniger grosse Warteliste. Ich denke, der Bedarf ist ausgewiesen. Auch die Zahlen der Stadt Bern zeigen, dass es wirklich Hortplätze braucht. Wir begrüssen auch das von Mario Clematide angesprochene Controlling. Ich denke, das ist ein guter Weg. Wir begrüssen grundsätzlich das unkomplizierte und rasche Handeln des Stadtrats, der jetzt relativ schnell ein solches Angebot auf die Beine stellt. Wir fordern ja schon lange die familienergänzenden Strukturen. Damit wird hier sicher noch etwas dazu beigetragen. Ich muss allerdings etwas bemängeln: Beim Lesen der Vorlage bin ich etwas über den letzten Abschnitt auf der ersten Seite gestolpert. Die Aussage erschien mir etwas unprofessionell. Es steht: „Die Führung des Vereins Chinderstube macht einen professionellen Eindruck. Frau Erne ist Personalfachfrau“. Ich habe mich dann gefragt. Wenn man schon die Professionalität in die

Argumentation einer solchen Vorlage aufnimmt, müsste man sich vielleicht schon fragen, welche Professionalität dann gefragt ist. Ich denke, eine Personalfachfrau mag einen Kinderhort personell und administrativ sehr gut führen können, aber sicher nicht fachlich. Hier wäre allenfalls, um dies noch zu ergänzen, sicher ein, zwei Worte über die fachliche Führung des Hortes und auch den Anspruch der Stadt an die fachliche Führung des Hortes zu erwähnen gewesen. Es gibt ja Leistungsvereinbarungen, wo dies festgehalten wird. Wenn man aber hier schon etwas aufnimmt, fände ich es der Vollständigkeit halber wichtig, dass auch noch aufgezeigt wird, welchen Anspruch man an die Kinderbetreuung und –erziehung hat. Dass der Antrag umformuliert werden musste, weil er eine seltsame Formulierung hat, ist schon gesagt worden. Ich denke, es sind noch Punkte enthalten, die man vielleicht in Bezug auf die Verfassung der Anträge noch verbessern könnte. Trotz dieses formalen Mangels stimmen wir der Vorlage natürlich einstimmig zu, weil wir das Angebot überzeugend finden.

Theo Schöni, Fraktion Grüne: Wir bedauern es natürlich auch, dass das Geburtshaus weichen muss. Trotzdem freuen wir uns, dass hier Kinderbetreuung einziehen kann. Es sind zwar nur 14 Plätze, die hier geschaffen werden. Man kann sagen, mit der Einführung der Blockzeiten ist dies ein erster wichtiger Schritt, der auf dieser Stadtseite endlich gemacht werden kann. Der Weg zu breit angelegten und sinnvollen Tagesstrukturen ist aber noch weit. Gerade für eine Familie mit älteren Schulkindern ist es immer noch schwierig, die vor- und nachschulische Betreuung für Kinder zu organisieren. Deshalb ist damit zu rechnen, dass die Auslastung des geplanten Kinderhortes hoch sein wird. Selbstverständlich gehen wir aber davon aus, dass allfällige Defizite nach den ersten beiden Betriebsjahren mit einer Korrektur der Betriebskosten abgefangen werden können. Noch ein Wort zur SVP: Wenn der Allerheiligenberg etwas näher wäre, könnte man viel mehr Tagesstrukturen und Kinderplätze bei uns einführen. Die Grüne Fraktion wird natürlich einhellig dem Stadtrat und den Anträgen zustimmen.

René Steiner: Ich bin etwas skeptisch und habe noch zwei Fragen, wenn man dies sicher stellen möchte. Erstens: Mario Clematide hat vorher mit Sicherheit gesagt, es gebe bestimmt keine Konkurrenzsituation. Mich würde einfach interessieren, woher er diese Sicherheit nimmt, weil ich vor nicht langer Zeit jemanden von einer vergleichbaren Institution in der Stadt im Büro hatte, die mir gesagt hat, sie könnten die Plätze nicht besetzen und ob sie bei mir Werbung machen könne. Zweitens: Wie wird sicher gestellt, dass es nicht nur eine Institution für die Schönen und Reichen gibt? Nichts gegen sie. Aber wie stellt man dies sicher? Es kann ja nicht der Sinn, dass die öffentliche Hand, wenn sie ein Angebot fördert, das vor allem für die oberen Einkommen attraktiv und für die anderen gar nicht bezahlbar ist.

Stadtrat Mario Clematide: Ich möchte gleich auf die letzte Frage zu sprechen kommen. Das ist der Grund, weshalb ich dies analysiere. Ich will wissen, wer die Leistungen dieser Kindertagesstätten in Anspruch nimmt. Kommt die Institution der Kindertagesstätten auch wirklich denjenigen zugute, die sie brauchen? Es ist ja auch ein Ansatz, den man in Luzern gesehen hat, wo gesagt wird, es werden nicht mehr die Tagesstätten subventioniert, sondern die Familien. Dort haben sie ein Einkommen von Fr. 100'000.— als Grenze angenommen. Ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich dies im Detail noch nicht studiert habe. Bezüglich genauer Bedarfsabklärung – dies auf Deine erste Frage – kann ich so argumentieren, dass ich sage: Wir haben die Kinderkrippen, welche die Vorstufe sind. Sie sind voll. Die Eltern suchen ja, nachdem die Kinder aus der Kinderkrippe kommen, wieder eine Betreuungssituation, also suchen sie Kinderhorte. Tatsache ist, was auch in der GPK diskutiert worden ist, dass zum Beispiel das Kinderheim Schürmatt keine Konkurrenzsituation ist. Es gibt Wartelisten. Reiserstrasse ist meines Wissens auch ausgebucht. Das wäre ja auf der anderen Aareseite.

René Steiner: Erstens wäre für mich klar, dass die Abklärungen zuerst gemacht werden müssten, bevor man einen Leistungsauftrag vergibt und Geld spricht. Zweitens kann man natürlich nicht 1 : 1 folgen. Die Betreuungssituation ändert sich ja nachher von der Krippe

zum nächsten Segment von Kindern. Also kann man nicht einfach sagen: Wenn es unten voll ist, ist es oben auch voll.

Stadtrat Mario Clematide: Nein, ich sage nicht; wenn es unten voll ist, ist es oben auch voll. Ich sage, dass die Situation in den Familien nicht ändert, wenn das Kind aus einer Kinderkrippe in einen Kinderhort geht. Also müssen die Eltern dafür besorgt sein, dass sie eine familienexterne Betreuungssituation finden. Noch drei Bemerkungen zum Schluss: Erstens: Die Kritik von Luzia Stocker nehme ich hundertprozentig entgegen. Das hat einfach mit einer persönlichen Erfahrung zu tun. Claudia Erne ist einmal bei mir zur Schule gegangen. Ich habe gesehen, wie engagiert sie an die Koordination und Führungstätigkeit geht. Dann ist halt die Erinnerung bei mir durchgegangen. Ich hätte vielleicht etwas mehr Distanz nehmen sollen. Zweitens: Ich hoffe einfach, dass bei der SVP auch die Einsicht wachsen wird, dass sich die Rollen der Familien und der Partnerschaften in Gegenwart und Zukunft ändern werden. Ich denke, Ihr seid noch junge Parlamentarier. Sehr wahrscheinlich könnte es, wenn beispielsweise beide arbeiten wollen, zu einem Überdenken kommt. Ich erlebe dies jetzt beim eigenen Sohn. Ihr werdet dies sehen. Wir sprechen in zehn Jahren wieder darüber. Ich danke für die gute Aufnahme.

Beschluss

Grossmehrheitlich (29 : 7 Stimmen) wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Grossmehrheitlich (27 : 8 Stimmen) fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die Aufnahme eines Kinderhortes mit 14 Plätzen im ehemaligen Geburtshaus La Vie in die Leistungsvereinbarung der Stadt Olten (analog bestehende Kindertagesstätten) wird genehmigt.
2. Die Übernahme einer Defizitgarantie von Fr. 10'000.-/Jahr für die ersten beiden Betriebsjahre 2010 und 2011 wird genehmigt.
3. Ein Nachtragskredit von Fr. 92'000.- zu Gunsten des Kontos 542.365.02 wird genehmigt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport
VL Direktion Bildung und Sport
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 33/0

Prot.-Nr. 121

Dringliches Postulat Nadja Fleischli betr. „Olten gehört ab dem 28. September 2010 offiziell zum Schweizer Mozartweg“/Beantwortung

Am 21. Juni 2010 hat Nadja Fleischli (FDP) folgendes Postulat dringlich bei der Stadtkanzlei eingereicht:

„Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, am 28. September 2010 zeitgleich mit der im Stadttheater aufgeführten Mozart-Oper "Cosi fan tutte" Oltens Mozartstele einzuweihen.

Begründung:

1766 bereiste Wolfgang Amadeus Mozart die Schweiz zusammen mit seinen Eltern und seiner Schwester. Der Verein Schweizer Mozartweg erforschte diese Route. Mit dem Ziel den Menschen dieses musikalische Genie näherzubringen soll dieser kulturelle und verkehrshistorische Weg erlebbar gemacht werden. Entlang des Weges sollen deshalb Mozartstelen Einblick in das Leben Mozarts geben, die erste wurde im Mozartjahr 2006 in Aarburg eingeweiht.

Auch Olten zählt zu den Ortschaften, die von Mozart auf seinem Weg durch die Schweiz bereist wurde. Dies ist dem Stadtrat bekannt und Olten Tourismus macht auf ihrer Webseite darauf aufmerksam. Eine Mozartstele gibt es allerdings in unserer Kulturstadt Olten noch nicht.

Am 28. September 2010 wird im Stadttheater Mozarts „Cosi fan tutte“ aufgeführt, damit bietet sich Olten die Gelegenheit sich als Teil des Schweizer Mozartweges ganz offiziell feiern zu lassen und Teil dieses kulturellen, besonderen Weges zu werden. Damit diese Gelegenheit genutzt werden kann, ist eine dringliche Behandlung des Vorstosses notwendig.“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Dringlichkeit:

Mozart-Aufführungen sind im Stadttheater Olten keine Seltenheit. Der Stadtrat beurteilt daher das Anliegen der Postulantin als nicht dringlich.

Zum Inhalt des Vorstosses:

Das Anliegen der Initianten des Mozartweges ist im Grunde nicht neu, sind diese damit doch schon im Jahr 2005 an den Stadtrat herangetreten. Angesichts dessen, dass Olten offenbar

– im Gegensatz zu Aarburg und Aarau als Pferdewechselstellen – keine bedeutende Station auf dem Weg Mozarts durch die Schweiz darstellte, verzichtete der Stadtrat damals auf eine Beteiligung.

In der Zwischenzeit weist der Mozartweg Stelen lediglich in acht von 113 bisher eruierten von der Familie Mozart durchfahrenen Ortschaften auf. Der Stadtrat erachtet nach wie vor die Verbindung zwischen Olten und Mozart als zu gering und zu wenig nachhaltig, um diese mit einer Stele auszuzeichnen, wie sie das Konzept des Mozartwegs vorsieht. Kommt hinzu, dass im Verkehrsknotenpunkt Olten schon zahlreiche berühmte Personen durchgereist sind und einige davon – im Gegensatz zum damals zehnjährigen Kind Mozart – hier sogar wichtige Handlungen durchgeführt haben. Hier gilt es ein Präjudiz zu vermeiden. Zu erwähnen ist schliesslich, dass der öffentliche Raum an zentralen Orten nicht überstellt, sondern für offizielle Hinweisschilder wie das Fussgängerleitsystem reserviert werden soll, dass es andererseits aber auch wenig Sinn macht, solche Stelen wie die beantragte an abgelegenen Orten mit wenig Frequenz aufzustellen.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat dem Parlament die Ablehnung des Vorstosses.

- - - - -

Nadja Fleischli: Danke für das Wort und danke auch für die Antwort. Ich kann es mir fast nicht verkneifen. Hier steht etwas. Das damals zehnjährige Kind Mozart hat eine Reise durch die Schweiz gemacht. Wir sprechen hier nicht von einem Sonntagsausflug und auch nicht von einem Talent, das dann mit 20 auf MTV entdeckt worden sind. Er wurde nicht umsonst als Wunderkind bezeichnet. Ganz abgesehen davon hängt es etwas von der Perspektive ab, wie man die Antwort einschätzen will. Es kommt jetzt darauf an, ob man sagen will, welches der Mehrwert für Olten ist oder ob man sagt: Olten leistet einen Beitrag an ein Gesamtprojekt, eigentlich an ein Denkmal, das in der ganzen Schweiz zu finden ist, für diesen Mozart. Dies hängt von der Perspektive ab, und ich möchte dies auch so stehen lassen. Dann finde ich es aus Marketingsicht etwas zweifelhaft, wenn man ein Angebot bewirbt, das man gar nicht anbieten kann. Das heisst, ich stelle mir so die Situation vor: Man kommt in ein Hotel, hat auf der Homepage gesehen, dass es dort einen Swimmingpool hat, wo man baden kann, hüpf in der Badehose hin, und es gibt keinen Swimmingpool. Vielleicht kommt dann heraus, dass man ihn im Nachbardorf oder Nachbarhotel findet. Das finde ich persönlich aber unbefriedigend. Man weckt natürlich gewisse Erwartungen, wenn man etwas bewirbt. Diese zu enttäuschen hinterlässt ein Negativimage. Deshalb wünschte ich mir dort eigentlich auch etwas Konsequenz, indem man sagt: Wenn wir schon damit werben, machen wir eine Informationstafel. Weiter kommt, dass eine eingehende Prüfung und ein begründeter Entscheid doch einfach zu kommunizieren ist. Das ist aber so noch nicht passiert. Es kann auch sein, dass dieser halt negativ ist und man darauf verzichtet. Aber ein Entscheid ist zu kommunizieren. Das finde ich in dieser Antwort nicht. Genau dieses Anliegen finde ich hier eigentlich nicht beantwortet. Deshalb bitte ich das Parlament um Überweisung meines Postulats und zwar eigentlich, um eine Grundlage für ein Präjudiz zu schaffen, wie man in Zukunft mit Anfragen in Olten umgehen will.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wir haben vorher von Kollegin Clematide in einem speziellen Geschäft etwas gehört. Ich nehme Folgendes auf mich, was eine sehr wichtige Aussage ist: Man kann nicht etwas vermarkten, das man eigentlich nicht hat. Das ist eine Kommunikationsfrage, die zwischen dem Büro Region Olten Tourismus und der Stadt nicht ganz ausgereift ist. Es stellt sich die Frage, wie dies in Zukunft gehandelt wird. Das wissen die direkt Beteiligten sehr wohl. Man kann tatsächlich nicht etwas, wo die öffentliche Hand, die für die Platzierung, Finanzierung und über das ganze Drum und Dran zu verhandeln, zuständig ist, einfach in einen Werbeprospekt aufnehmen. Diskussionslos akzeptiert. Ich möchte auch zur Begründung nichts sagen, wie wir es inhaltlich für die Ablehnung begründet

haben. Wesentlich ist vielleicht einfach, damit man nicht ein ganz falsches Bild bekommt, dass die letzten Mails zwischen der Baudirektion und dieses Vereins „schweizerischer Mozartweg“ am 15. Juni hin- und her gegangen sind. Wir haben geprüft, wie wir dies angehen wollen. Selbstredend wird Frau Christina Kunz von mir eingeladen, und man wird ihr alles darlegen, warum und wieso. Das ist Stil. Hier bin ich völlig einverstanden.

Nadja Fleischli: Ich habe nur eine Verständnisfrage. Vielleicht liegt es an meiner Unerfahrenheit im Parlament. Aber wenn Ihr dies ja schon gemacht hat, stelle ich mir etwas folgende Frage: Dann habt Ihr ja eigentlich mein Postulat schon erfüllt und nehmt Stellung dazu. Weshalb wird es dann nicht überwiesen und abgeschrieben? Das verstehe ich nicht ganz.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wir haben es am Telefon schon besprochen. Wir reden von einem Postulat, wo Du etwas prüfen lassen willst, und wir lehnen den Inhalt des Postulats ab. Deshalb können wir nicht sagen: Annehmen und abschreiben. Dann haben wir nämlich etwas gemacht und sind der Meinung, es ist erledigt. Du möchtest ja etwas erreichen. Wenn wir annehmen und abschreiben, haben wir etwas Positives erreichen müssen. Wir haben aber von Anfang gesagt, dass wir das Geschäft ablehnen. Deshalb müssen wir es abweisen. Die andere Variante ist noch – es ist ein etwas böser Spruch – dass man vor der Einreichung des Postulats hätte Kontakt aufnehmen können.

Beschluss

Mit 20 : 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

Mitteilung an:
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 16/5

Prot.-Nr. 122

Wahl des Büros für die Amtsperiode 2010/11

Wahl des Parlamentspräsidenten

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

Parlamentspräsident: Heinz Eng

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr gratuliert Heinz Eng herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl des 1. Vizepräsidenten

Beschluss

Grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen gewählt als

1. Vizepräsident: Marcel Buck

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr gratuliert Marcel Buck herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl der 2. Vizepräsidentin

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

2. Vizepräsidentin Anna Engeler

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr gratuliert Anna Engeler herzlich zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl der Stimmenzähler

Beschluss

Einstimmig werden in globo für die Amtsperiode 2010/11 folgende **Stimmenzähler** gewählt:

1. **René Wernli, FdP**
2. **Thomas Marbet, SP**
3. **Georg Dinkel, CVP (neu)**

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr gratuliert den Gewählten herzlich zur Wahl und wünscht ihnen eine fruchtbare Arbeit. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten (3)

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 24. Juni 2010

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 123

Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr hält folgende Schlussrede als abtretender Präsident:

„Sehr geehrter Stadtpräsident
Sehr geehrte Stadträtin, liebe Stadträte
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Werte Gäste, Medienvertreter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einwohnergemeinde Olten

Für meine Schlussrede wollte ich das Thema Glück wählen. Glück ist ein Thema, das mich schon immer beschäftigt hat. Eigentlich hatte ich einmal vor, Glücksforscher zu werden. Das ist aber nicht so einfach, denn erstens kann man davon nicht leben, jedenfalls materiell nicht, und zweitens ist es ein sehr schwieriges Gebiet. Fängt man einmal an, sich mit den alten Philosophen wie Sokrates, Platon oder Aristoteles zu beschäftigen, ist man als Laie ganz schnell auf verlorenem Posten und legt die Literatur bald wieder zur Seite. Als mir dann aber das Hörbuch von Wilhelm Schmid mit dem Titel „Glück“ in die Hände gekommen ist, habe ich greifbare Thesen gefunden. Wilhelm Schmid spricht vom Zufallsglück, vom Wohlfühlglück und vom Glück der Fülle. Über diese wollte ich erzählen.

Doch dann ist der Abstimmungssonntag vom 13. Juni gekommen. Ja, es ist der 13. gewesen, und nach einer masslosen Enttäuschung ist in mir eine zünftige Wut aufgekommen, und ich habe meine Schlussrede in meinem Frust umgeschrieben. Wie ist es denn möglich, dass eine Vorlage nach so vielen Jahren sorgfältiger Vorarbeit in so zahlreichen Gremien nicht durchkommt? Das wollte mir einfach nicht in den Kopf. Ich habe Gründe für diese Niederlage gesucht und habe angefangen, von unfairer Wahlkampf zu sprechen, von falschen Zahlen oder von der Volksmotion Kronenplatz, die eigentlich, und das ist als politische Meisterleistung zu betrachten, wie ein indirekter Gegenvorschlag gewirkt hat. Ob dieses Vorgehen auch verantwortungsvoll und sauber war, überlasse ich hier jedem selber zu beurteilen. Wenn man sich nämlich vorstellt, dass bei jeder Abstimmung kurz vorher eine Volksmotion oder Initiative eingereicht wird, wirkt dies beim Stimmvolk tatsächlich wie ein Gegenvorschlag, obwohl es kein eigentlicher Gegenvorschlag ist, sondern eine Variante, die noch geprüft werden und alle politischen Gremien passieren muss. Gegen einen solch unfassbaren Gegenvorschlag hat es eine Vorlage natürlich schwer. Irgend einmal in meiner Wut bin ich dann auf meine Antrittsrede des letzten Jahres gestossen und habe dort folgendes Zitat gelesen: „Denke stets in der politischen Diskussion daran, dass der Antipode auch recht haben könnte“. Plötzlich habe ich gemerkt: Ja, der Gegner hatte recht. Nicht weil ich meine Meinung geändert habe, aber weil der Souverän ihm recht gegeben hat. Ich habe dann die Volksmotion zur Hand genommen und gefunden, dass ich auch mit dieser Variante leben kann. Weil ich ja immer sage: In Olten muss endlich etwas passieren, möchte ich den Kronenplatz folgerichtig auch unterstützen. Ohne Rücksprache mit unserer Fraktion oder mit dem Vorstand des Gewerbeverbandes, wo ich ja sehr für das Andere gekämpft habe, bin ich denn jetzt auch bereit, diesen Vorschlag mitzutragen, allerdings mit der Voraussetzung, dass das Versprechen: „Die Gesamtzahl der Parkplätze bleibt unverändert“ eingehalten wird.

Nach diesem Exkurs in die Politik hat es natürlich für mein eigenes Thema Glück nicht mehr viel Platz. Aber trotzdem ein paar Ideen von Wilhelm Schmid. Er spricht vom Zufallsglück und vom Wohlfühlglück, das sicher schon alle hier erlebt haben, wohlwissend, dass dieser Zustand nicht immer vorherrschen kann und zum Teil schnell, eben zu schnell verfliegt. Deshalb muss man gemäss Schmid „das Glück der Fülle“ anstreben. Das ist ein Glück, wo man sich bewusst ist, dass die gute Zeit nicht immer vorherrschen kann und dass auf die Phase der Glückseligkeit auch die Zeiten der Melancholie oder noch schlimmer der Depression folgen können. Wer dies erkennt, erkennt auch, dass auf die schlechten Zeiten wieder die guten folgen und erträgt deshalb die schlimmere Zeit mit einer heiteren Gelassenheit. All dies ist schneller gesagt als getan. Wenn ich an den schlimmsten Moment meines Präsidiumsjahres zurückdenke, nämlich den 29. September des vergangenen Jahres, als mir Marcel Buck konsterniert mitteilen musste, dass unser Ratskollege Ruedi Lutz gestorben ist. Ein aufgestellter Mann, der durch seine Toleranz und Freundlichkeit aufgefallen ist und in diesem Saal manche politische Brücke geschlagen hat. Alle hier wissen, wie uns dies an die Nieren gegangen ist, und man kann sich kaum vorstellen, was seine Familie und sein näherer Bekanntenkreis mitgemacht hat oder noch mitmacht. Ob man in einem solchen Moment daran denken kann, dass wieder bessere Zeiten kommen, ist sehr fraglich. Trotzdem wünsche ich dies allen Betroffenen. Ausser diesem tragischen Ereignis kann ich aber von lauter schönen Sachen in meinem Präsidiumsjaar erzählen. Bei zahlreichen Einladungen, insgesamt rund 30, habe ich dabei sein und viele neue Facetten von unserem Olten kennen lernen dürfen. Ich denke an das tolle Jubiläum des TV oder der Kolpingfamilie, an den Bastian, die Fasnachtsanlässe, aber auch an zahlreiche kleinere Feiern und Begegnungen, die mir mein Amt versüsst haben. Ich danke allen, die mir in diesem Präsidiumsjaar geholfen hat und dies auch ermöglicht haben. Euch allen für das vorwiegend disziplinierte Verhalten in nicht immer einfachen Debatten, dem Stadtrat für die wirklich stark verbesserte Informationspolitik und der Verwaltung für ihren grossen Einsatz im Dienste unserer Stadt. Meinen Vizepräsidenten danke ich für die Vertretungen im Verhinderungsfall. Ein ganz spezieller Dank gehört natürlich Markus Dietler und Erika Brunner, die für jeden Präsidenten eine grosse Unterstützung bieten. Meinem Nachfolger Heinz Eng wünsche ich in seinem Amt viel Glück, Wohlfühlglück, aber auch Glück der Fülle. Er wird etwas mehr beschäftigt sein. Ich möchte aber trotzdem, dass er die Familie nicht vernachlässigt. Deshalb schenke ich ihm einen Gutschein für den Minigolfplatz, wo Du einen Nachmittag mit Deiner Frau und Deinen Kindern verbringen kannst.

Somit schliesse ich meine Rede mit den Wünschen für viel Glück für alle, und im Sinne der vorherigen Ausführungen natürlich eben für viel Glück der Fülle. Danke vielmals für das Vertrauen und Dir, Heinz, viel Glück.“

Es folgt Applaus.

Heinz Eng: Ich möchte Dir im Namen aller Anwesenden ganz herzlich für Deine Abschlussrede danken. Auch im Namen aller Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Olten, der Verwaltung, des Stadtrates, des Parlamentes möchte ich Dir ganz herzlich für das verflossene Jahr, in dem Du das Präsidium übernommen hast, danken. Es ist ein tolles, effizientes Jahr mit sehr vielen Eindrücken gewesen, wie Du es vorher auch geschildert hast. Ich glaube, Du darfst eine positive Bilanz ziehen. Das Ganze ist nicht ganz ohne Entbehrungen abgegangen. Wir wissen auch, wie das Engagement und die Abwesenheiten usw. sind, wenn man ein solches Präsidium inne hat. In diesem Sinne noch einmal ganz herzlichen Dank. Ich möchte Dir hier ebenfalls einen Gutschein überreichen. Er ist scheinbar reglementarisch festgeschrieben, auch die Höhe. Nichts desto trotz herzlichen Dank. Es ist noch etwas zu sagen: Hinter einer erfolgreichen Person steht auch immer eine entsprechende Partnerin oder ein Partner. Für all die Entbehrungen, Abwesenheiten und für das politische Verständnis möchten wir alle Deiner Frau Gemahlin ganz herzlich danken. Wir wissen, dass es ein Jahr gewesen ist, in dem sie oft auf ihren Ehemann verzichten musste, da er engagiert war, vielleicht auch nicht immer so aufgelegt, wie man sich dies wünscht. Auf

und ab haben sich hier sicher abgewechselt. In diesem Sinne möchte ich Frau Rudolf von Rohr bitten, nach vorne zu kommen, und ihr einen Blumenstrauss überreichen. Nochmals ganz herzlichen Dank.

Es folgt Applaus.

Heidi Ehram: Vor einem Jahr war unsere Fraktion massiv gefordert. Wir haben einen fähigen Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten gesucht. Im Wissen darum, dass keine zwei Jahre im Vizepräsidium, also keine Lehrjahre im Parlamentsbüro zur Verfügung stehen. Mit sanftem Druck haben wir Dich überzeugen können, dass Du der richtige für diese Aufgabe bist. Deshalb freut es uns jetzt zu wissen, dass Dir das Präsidialjahr gefallen hat. Mit Deiner parlamentarischen Erfahrung, natürlichen Autorität und auch Humor hast Du die Gemeinderatssitzungen während Deines Amtsjahres souverän geleitet. Du hast es auch verstanden, Debatten über schwierige Geschäfte in einer sachlichen Atmosphäre über die Bühne zu bringen. Ich darf sicher im Namen aller Anwesenden sagen, dass Deine Art, Sitzungen zu leiten, auf grosse Akzeptanz gestossen ist. Wir danken Dir herzlich für die Arbeit, die Du für das Parlament geleistet hast. Danken möchten wir Dir aber auch, dass Du unser Parlament an vielen Anlässen würdig vertreten hast. Dir, Monika, danken wir, dass Du Deinen Ehemann in seinem zusätzlichen politischen Engagement unterstützt hast. Gerne nehmen wir Dich wieder in unsere Reihen zurück und sind froh, dass wir Dich als kompetenten Fraktionssprecher einsetzen können. Als Dank für Deinen Einsatz als höchster Oltner, als Vertreter unserer Fraktion, schenken wir Dir einen Gutschein des Ticket-Corners für Fussball-, Eishockeymatches oder kulturelle Veranstaltungen nach Deiner Wahl. Dazu schenken wir Dir einen Korb mit verschiedenen Sorten Bieren. Dies nämlich, weil unsere Fraktionsmitglieder immer so schnell verschwunden sind nach den Sitzungen, wenn es etwas lange gedauert hat, und wir gar keine Zeit mehr hatten, mit Dir ein Bier trinken zu gehen. Wir haben gedacht, so kommst Du noch zu einem Bier und kannst es vielleicht für Dich geniessen, oder wir finden dann doch wieder Zeit mitzukommen. Nochmals ganz herzlichen Dank.

Es folgt Applaus.

Roland Rudolf von Rohr bedankt sich herzlich.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Roland Rudolf von Rohr: Ich danke vielmals für die gute letzte Sitzung, die wir unter meinem Präsidium durchführen durften. Jetzt lade ich Euch herzlich auf die Terrasse ein. Ich hoffe, es ist noch etwas hell. Wir haben die zweite Verlängerung halt noch gebraucht. Ich wünsche allen einen schönen Abend und danke herzlich für das Vertrauen.

Es folgt Applaus.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.